

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe Dezember 2008

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

US-Kriegspolitik

Jürgen Wagner

Change We Can't: Barack Obama, der Siegeszug der
„War-Democrats“ und die Re-Vitalisierung der NATO 3

Jochim Guilliard

Irak: Besatzungsende nicht in Sicht 7

Deutschland und die Bundeswehr

Arno Neuber

Rüstungshaushalt 2009: Eins ist sicher –
der Profit der Rüstungsindustrie 11

Lucius Teidelbaum

Stahlhelm und Schmisse: Über das Verhältnis
Korporierter zu Armee und Krieg 13

Michael Schulze von Gläßer

Skrupellos: Bundeswehr-Marketing in Jugendmedien 16

Kongo

Christoph Marischka

Illusionen der Allmacht: Praktische Anmerkungen
zur „Verantwortung zum Schutz“ 18

Christoph Marischka

Kongo: Wie EUropäische Träume platzen 23

China

Andreas Seifert

China in Afrika: Positive Effekte? 27

Bericht IMI-Kongress 29

Tobias Kaphegyi

Versammlungsgesetzt: Der Staat geht in die Offensive 32

Editorial:

Von Flensburg bis Konstanz waren Antimilitaristen zum diesjährigen IMI-Kongress angereist. In der Spitze 150 Menschen hörten die Beiträge zur NATO. Auf dem Abschlusspodium saßen Aktivisten aus der Region Kehl, München und Tübingen. Ein erster Bericht zum Kongress findet sich in dieser Ausgabe des AUSDRUCK. Eine ausführliche Dokumentation mit weiteren Analysen zur NATO erstellen wir gerade und diese werden wir in größerer Auflage im Januar drucken, damit sie als Mobilisierungsmaterial zu den Protesten gegen den NATO-Gipfel im April verteilt werden kann.

Darüber hinaus haben wir für diesen AUSDRUCK ein buntes Programm an Texten zusammengestellt. Es geht um den Militarismus bei Burschenschaften, Bun-

deswehrwerbung in Jugendzeitschriften und das Abkommen über die Stationierung von US-Soldaten im Irak ebenso, wie um Obamas Außenpolitik und den neuen Rüstungshaushalt der Bundesregierung. Andreas Seiferts Text über die chinesische Afrikapolitik fasst eine ausführliche Studie zusammen, die auf der IMI-Homepage heruntergeladen werden kann. Zwei Texte drehen sich um die Unmöglichkeit humanitärer Interventionen im Allgemeinen und in der Demokratischen Republik Kongo im Besonderen.

Jenseits unserer Textarbeit sind wir gerade in Tübingen und Baden-Württemberg sowie bundesweit durch Vorträge an der Mobilisierung gegen die NATO beteiligt. Darüber hinaus rumort es gerade an einigen Universitäten. Eine Serie kleiner Anfragen an die

Bundes- und Landesregierungen hat offenbart, an wie vielen zivilen Bildungseinrichtungen militärische Forschung betrieben wird. Unter anderem am Karlsruher Institut für Technologie regt sich hiergegen Widerstand. Aktionen haben mittlerweile auch an der FU Berlin stattgefunden. Dort ist der mit über 50 Stellen ausgestattete Sonderforschungsbereich 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ angesiedelt - nach Ansicht der Kritiker handelt es sich bei dessen Mitarbeitern um „eingebettete Wissenschaftler“, welche Interventionsstrategien optimieren und legitimieren sollen und dabei kritiklos auf Strategien der Ära des Kolonialismus zurückgreifen.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisation erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Arno Neuber, Rüstungshaushalt 2009, in: Friedensforum, 9/2008; Δ Andreas Seifert, China in Afrika, in: Friedensjournal, 6/2008.

Bildnachweise: S. 9, wikipedia; S. 9, Pentagon; S. 17, von Glaßer; S. 20, Screenshot

AVAAZ; S. 24, 25, DPKO; S. 30, Seifert.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Jürgen Wagner, Christoph Marischka und Andreas Seifert sind IMI-Vorstandsmitglieder. Arno Neuber ist IMI-Beirat. Joachim Guilliard ist IMI-Mitglied und im Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg aktiv. Michael Schulze von Glaßer ist IMI-Mitglied, freier Journalist und Student der Politikwissenschaft. Lucius Teidelbaum war IMI-Praktikant. Tobias Kaphegyi ist Sprecher des DGB-Arbeitskreises Tübingen.

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisation ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen
(BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisation e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Change We Can't

Barack Obama, der Siegeszug der „War-Democrats“ und die Re-Vitalisierung der NATO

von Jürgen Wagner

„Amerika hat ein Einparteiensystem mit zwei rechten Flügeln.“

Gore Vidal

Unbestreitbar haben die letzten acht Jahre unter der Präsidentschaft George W. Bushs den USA aber auch dem Rest der Welt schweren Schaden zugefügt. Vor diesem Hintergrund erhoffen sich viele – auch und gerade in Europa – vom neuen US-Präsidenten Barack Obama wahre Wunderdinge – eben jenen grundlegenden Wandel der US-Außenpolitik, der vom neuen Amtsinhaber so vollmundig während seines Wahlkampfes versprochen wurde.

Um nicht missverstanden zu werden: sicherlich ist die Tatsache, dass mit Obama nun erstmals ein Afro-Amerikaner ins Weiße Haus einziehen wird, vorbehaltlos zu begrüßen und wird sich vermutlich auch längerfristig positiv auswirken. Auch setzt sich sein innenpolitisches Programm deutlich von dem seines unterlegenen Herausforderers John McCain ab. Angesichts des offensichtlich kritischen Gesundheitszustandes McCains war zudem allein schon die Aussicht, dass im Falle seines Todes Sarah Palin als dessen Nachfolgerin ins Präsidentenamt aufgestiegen wäre, schlichtweg gruselig.

Dennoch darf man jedoch nicht die Augen davor verschließen, dass den an Obama gerichteten friedenspolitischen Erwartungen bald der große Katzenjammer folgen dürfte. Spätestens seit nun die wichtigsten Posten seines künftigen Kabinetts vergeben wurden, ist Ernüchterung angesagt: sein Team steht für eine Fortsetzung der aggressiv-militaristischen US-Außenpolitik, die sich allenfalls taktisch und rhetorisch, nicht aber in der Substanz von der seines Vorgängers unterscheiden wird. Von den Kriegen im Irak und in Afghanistan über die grundsätzliche Haltung gegenüber Militäreinsätzen bis hin zum Verhältnis mit Russland deutet leider wenig darauf hin, dass mit einer grundsätzlichen Wende zu rechnen ist.

Einzig was die während Bushs Amtszeit schwer beschädigten transatlantischen Beziehungen anbelangt, dürfte eine grundlegende Neuausrichtung anstehen. Denn auch den US-Eliten ist klar, dass eine – tak-

tische – Anpassung der US-Außenpolitik angesichts der desaströs verlaufenden Kriege im Irak und in Afghanistan zwingend erforderlich ist. So deutet einiges darauf hin, dass Obama – nicht zuletzt aufgrund der großen wirtschaftlichen Probleme der USA – versuchen wird, die EU-Staaten künftig deutlich stärker militärisch in die Pflicht zu nehmen, auch sie sollen einen angemessenen Beitrag zur Aufrechterhaltung der westlich dominierten kapitalistischen Ordnung leisten. Im Gegenzug dürfte der Einfluss der EU-Staaten innerhalb einer insgesamt gestärkten NATO deutlich aufgewertet werden, um ihnen diesen Deal schmackhaft zu machen: „Der ‚unilaterale‘ Ansatz, der von Bushs demokratischen Kritikern als strategischer Fehler attackiert wurde, wird nun korrigiert und eine erneuerte NATO wird das Symbol hierfür sein.“¹

Falkenkabinett: Die Rückkehr der War Democrats

Mit seiner Entscheidung, Robert Gates, den Verteidigungsminister seines Vorgängers George W. Bush, für mindestens ein weiteres Jahr im Amt zu lassen, setzte Obama ein klareres Zeichen, mit der bisherigen Politik keineswegs grundsätzlich brechen zu wollen. Unter Gates wurde eine grundlegende Umstrukturierung der US-Armee eingeleitet, die darauf abzielt, künftig Stabilisierungs- und Aufstandsbekämpfungseinsätzen denselben Stellenwert wie klassischen Kriegseinsätzen zukommen zu lassen. Dies deckt sich offenbar mit Obamas Vorstellungen: „Wir müssen unsere Kapazitäten neu ausbalancieren, um sicherzustellen, dass unsere Truppen agil und tödlich genug sind, um in beidem, in konventionellen Kriegen und in Stabilisierungs- und Aufstandsbekämpfungsoperationen zu siegen.“² Genau hierfür steht der alte und neue Verteidigungsminister Gates – und damit auch dafür, dass künftig mit weiteren Besatzungen unter US-Flagge zu rechnen sein wird.

Auch die Berufung von James Jones, ein enger Freund John McCains, zum Nationalen Sicherheitsberater, ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die sich von Obama eine Wende in der Außen- und Sicherheitspolitik versprochen hatten. So war

Jones zwischen 2003 und 2006 als NATO-Oberkommandierender maßgeblich für die Eskalation in Afghanistan verantwortlich. Seine jetzige Ernennung deutet auf eine lückenlose Fortsetzung der NATO-Eskalationsstrategie hin, was sich aber mit Obamas eigenen Plänen ohnehin problemlos vereinbaren lässt (s.u.).

Während Obama mit den Ernennungen von Gates und Jones seine Ankündigung wahr machte, auch Republikaner einbinden zu wollen, rekrutiert er unter den Demokraten fast ausschließlich Personen aus dem Umfeld des früheren Präsidenten Bill Clinton. So berief er mit dem damaligen NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark einen der Protagonisten des 1999 erfolgten völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen Jugoslawien in seinen engeren Beraterkreis. Generell ist es ist frappierend, mit welcher Wucht die „Clintonians“ gegenwärtig an die Schaltstellen der Macht zurückkehren. So wurde mit Rahm Emanuel ein enger Clinton-Vertrauter zum Stabschef ernannt. Emanuel verfügt über engste Kontakte zum „Democratic Leadership Council“, dem 1988 gegründeten Sammelbecken der „War Democrats“, die sich für eine wirtschaftsfreundliche und militaristische demokratische Außenpolitik einsetzen. So fordert Emanuel, ein Befürworter des Irak-Kriegs 2003, schon lange eine Aufstockung der US-Armee um 100 000 Soldaten.³ Auch Obama hat mittlerweile angekündigt, zusätzlich 65.000 Soldaten und 27.000 Marines rekrutieren zu wollen.⁴

Spätestens aber mit der Berufung Hillary Clintons als Außenministerin hat sich Obama von seinem Anspruch, einen wirklichen Wandel einleiten zu wollen, wohl endgültig verabschiedet. Bei Liberalen und Linken löste die Ernennung einen regelrechten Schock aus. So kommentierte Maureen Dowd konsterniert: „Wie kann er Hillary, die für den Irak-Krieg stimmte, ohne die Einschätzungen der Nachrichtendienste zu lesen, die Verantwortung für die Außenpolitik und eine Welt übertragen, die durch diesen Krieg gespalten wurde.“⁵ Auf der anderen Seite erhält Obama Lob aus berufenem Munde. So schreibt der Neokonservative Max Boot: „Als jemand, der skeptisch gegenüber der moderaten Haltung Obamas während des Wahlkampfes war, muss ich nun zugeben, dass ich angesichts dieser Berufungen baff bin, die meisten hätten auch gut von einem Präsidenten McCain kommen können.“⁶

Irak: Teilung und Teilabzug

Für den von Obama nach eigenen Aussagen hochgeschätzten neuen Sicherheitsberater James Jones, steht die Bedeutung

des Irak-Krieges außer Frage. Ein vom US-Kongress in Auftrag gegebener Bericht, der unter seinem Vorsitz erstellt wurde, ließ diesbezüglich keine Zweifel aufkommen: „Die strategischen Konsequenzen eines Scheiterns – oder nur eines empfundenen Scheiterns – wären für die Vereinigten Staaten und die Koalition enorm. Wir nähern uns einem wirklich strategischen Augenblick im noch jungen Jahrhundert. Die regionale geostrategische Position des Irak, das Machtgleichgewicht im Mittleren Osten, die ökonomische Stabilität, die durch die Energieströme in viele Teile der Welt ermöglicht wird und die Fähigkeit, den Terrorismus wo es am notwendigsten ist zu besiegen und einzudämmen stehen zur Disposition und lassen schnelle und einfache Lösungen nicht zu.“⁴⁷

Von einem „überstürzten“ Abzug hält Jones ebenso wenig wie Vizepräsident Joseph Biden, der im Vorfeld des Angriffskrieges im Kongress einer seiner eifrigsten Befürworter war.⁸ Hochgefährlich sind Joseph Bidens Vorschläge zur „Lösung“ des Desasters, das dieser Krieg angerichtet hat. In einem Grundsatzartikel schlug Biden nicht weniger als eine Atomisierung des Irak vor: „Amerika muss sich von der falschen Wahl zwischen ‚den Kurs halten‘ und ‚die Truppen sofort Heim bringen‘ verabschieden und einen dritten Weg wählen. Einen, der es uns erlaubt, unsere Truppenpräsenz verantwortlich zu reduzieren und dabei gleichzeitig Chaos zu verhindern und unsere Sicherheitsinteressen zu wahren.“ Anschließend plädiert Biden de facto für die Aufspaltung des Irak in drei Teile, einen sunnitischen, einen schiitischen und einen kurdischen. Da die „Dinge ohnehin in Richtung einer Teilung laufen“, solle Washington diesen Prozess so weit als möglich forcieren.⁹

Darüber hinaus wird gerne übersehen, dass Obama selbst mitnichten einen *vollständigen* Abzug aus dem Irak anvisiert, auch wenn dies überall suggeriert wurde. Vielmehr will er auch künftig US-Truppen im Land stationiert lassen: „Dies [die versprochene Truppenreduzierung] würde im Sommer 2010 abgeschlossen sein. [...] Nach dieser Restrukturierung würden wir eine Kerntruppe (residual force) für bestimmte Aufgaben im Irak belassen: für das Vorgehen gegen die Reste von Al-Kaida; den Schutz unserer Dienstleister und Diplomaten; und die Ausbildung und die Unterstützung der irakischen Sicherheitskräfte, so lange, bis die Iraker Fortschritte machen.“¹⁰ Über die genaue Größe dieser „Kerntruppe“, die man auch als „Restbesatzung“ bezeichnen könnte, schweigt sich Obama zwar aus, aus Andeutungen während einer Senatsanhö-

rung geht aber hervor, dass er dabei etwa 30.000 Soldaten im Auge hat.¹¹ Eine zeitliche Befristung für den Verbleib dieser Kerntruppe ist nirgendwo zu finden. Auch von einem Rückzug der bis zu 200.000 im Irak operierenden Söldner, die meisten davon sind als Subunternehmer des Pentagon unterwegs, ist nirgends die Rede. So bleibt von dem vollmundig versprochenen Abzug in der Praxis kaum mehr etwas übrig.

Humanitäre Interventionisten

In Obamas Beraterteam finden sich zahlreiche „linksliberale“ Bellizisten, die sich für humanitäre Interventionen zum Schutz der Menschenrechte und für die gewaltsame Verbreitung von Demokratie, Menschenrechten und – nicht zu vergessen – freien Märkten einsetzen. So bat Obama bspws. Samantha Power als seine Beraterin zu fungieren, nachdem er ihr Buch (A Problem from Hell: America and the Age of Genocide) gelesen hatte, ein flammendes Plädoyer für „humanitäre“ Interventionen.¹²

Auch seine außenpolitische Chefberaterin während des Wahlkampfes, Susan Rice, plädiert mit dem Argument, man könne dem Töten und Sterben in Darfur – das nicht unwesentlich mit der dortigen westlichen Interessenspolitik zusammenhängt – nicht länger tatenlos zusehen, für einen Angriff auf den Sudan: „Die Geschichte zeigt, dass Khartum nur eine Sprache versteht: die glaubwürdige Androhung oder Anwendung von Gewalt.“ Eine UN-Resolution müsse her, um einen Angriff zu autorisieren: „Die USA, vorzugsweise mit NATO-Beteiligung und afrikanischer politischer Unterstützung, würden sudanesishe Flughäfen, Flugzeuge und andere militärische Anlagen bombardieren. Sie würden Port Sudan blockieren, durch das die sudanesischen Ölexporte fließen. Anschließend würden die UN-Truppen stationiert – mit Gewalt, sollte dies nötig sein und mit Unterstützung seitens der USA und der NATO. Sollten die USA keine UN-Autorisierung erhalten, sollten sie auch ohne sie handeln.“¹³ Ihre Positionen finden sich in Aussagen Obamas wie folgender wieder: „Werden wir den Worten ‚nie wieder‘ in Darfur Bedeutung verleihen?“¹⁴

Selbst der berüchtigten Bush-Doktrin wird nicht grundsätzlich eine Absage erteilt. Ihr Kernelement, der völkerrechtswidrige Präventivkrieg, findet sich verklausuliert auch in Reden Obamas: „Wir müssen in Betracht ziehen, unsere Militärkräfte in Situationen außerhalb der Selbstverteidigung einzusetzen, um die gemeinsame Sicherheit zu gewährleisten, die globale Stabilität ermöglicht – um unsere Freunde zu unterstützen, an Stabilisierungs- und

Wiederaufbaueinsätzen teilzunehmen oder gegen Massentötungen vorzugehen.“¹⁵

Iran: Alle (militärischen) Optionen bleiben offen

Zwar ist Obamas Ankündigung zu begrüßen, Verhandlungen mit dem Iran aufnehmen zu wollen, um die Konflikte um Teherans Atomprogramm auf diplomatischem Wege zu lösen. Ob er jedoch bereits sein wird, eine verlässliche Nicht-Angriffsgarantie seitens der USA (und Israels) abzugeben, die eine Vorbedingung für eine Verhandlungslösung darstellt, ist mehr als fraglich – zu hören war davon bislang zumindest nichts.

Tatsächlich schließt Obama einen militärischen Angriff keineswegs aus: „Um mit diesen Bedrohungen umzugehen, werde ich die militärische Option nicht vom Tisch nehmen.“¹⁶ Er begründet seine Position mit folgenden Worten: „Die vom Iran ausgehende Gefahr ist real und mein Ziel wird es sein, diese Gefahr zu eliminieren. [...] Ich werde alles in meiner Macht stehende unternehmen, um zu verhindern, dass der Iran an Atomwaffen gelangt – alles!“¹⁷ In dieses Bild passt auch das Fazit einer Studie des „Bipartisan Policy Center“ vom September 2008, an der u.a. Obamas wichtigster Berater für den Mittleren Osten, Denis Ross, beteiligt war: „Wir sind der Überzeugung, dass ein Militärschlag eine machbare Option ist und als letzte Möglichkeit ergriffen werden muss, um die iranische nukleare Entwicklung abzubremsen, auch wenn damit wohl nicht sämtliche Probleme gelöst und sicherlich neue geschaffen werden.“¹⁸ Eine substanzielle Verbesserung des amerikanisch-iranischen Verhältnisses scheint angesichts solcher Aussagen eher fraglich.

Ende des atomaren Amoklaufs?

Betrachtet man die Studien aus Obamas Umfeld, so dürfte am ehesten im Bereich der Nuklearpolitik mit einer Verbesserung zu rechnen sein. So setzt sich das Papier „Strategic Leadership: A Framework for a 21st Century National Security Strategy“ für eine schnellstmögliche Reduzierung des amerikanischen und russischen Atomwaffenarsenals ein.¹⁹ Auch in der gemeinsamen Blaupause für ihre künftige Außen- und Sicherheitspolitik („A 21st Century Military for America“) sprechen sich Obama und Biden für umfassende Reduzierungen aus.²⁰ Offen wird dabei aber leider die Frage gelassen, ob die abgerüsteten Atomwaffen endgültig zerstört oder lediglich eingelagert („hedge“) werden sollen. Dies war bereits unter Bush der größte Streitpunkt mit Russland, das auf eine endgültige Zerstörung drängte, da ansonsten eine neuerliche Aufrüstung nahezu problemlos jederzeit

wieder möglich wäre. Auch über die Frage, inwieweit der immer offensiver auf atomare Präventivschläge ausgerichteten nuklearen US-Einsatzplanung endlich ein Riegel vorgeschoben wird, schweigt sich Obama bislang bedauerlicherweise aus.

Darüber hinaus hat sich zwar Obamas Vizepräsident Joseph Biden seit Jahren immer wieder kritisch über die kostspieligen und hochgradig destabilisierenden Pläne zum Aufbau einer US-Raketenabwehr geäußert²¹, ein Ende des Raketenabwehrprogramms scheint aber nicht zur Debatte zu stehen. So äußern sich Biden und Obama mittlerweile dahingehend, dass es vielmehr darum gehe „effektive“ und „kosteneffiziente“ Systeme aufzubauen, die auch funktionieren. Dies gilt – wohlgermerkt – auch für die Pläne zum Aufbau von Installationen in Polen und der Tschechischen Republik, denen damit keineswegs eine Absage erteilt wird.²²

Kein amerikanisch-russischer Honeymoon

Dringend erforderlich wäre ein Wandel in den amerikanisch-russischen Beziehungen, damit die sich verschärfenden Konflikte nicht in einen Neuen Kalten Krieg abgleiten. Doch auch hier stimmt die Auswahl von Obamas Beratern alles andere als zuversichtlich. Am meisten Beachtung wurde der Ernennung Zbigniew Brzezinskis als Berater geschenkt, ein Altmeister US-amerikanischer Geopolitik. Er lobt sich bis heute, mit der Aufrüstung der Mudschaheddin (und auch Bin Ladens) Ende der 1970er die Sowjetunion „in die afghanische Falle“ gelockt zu haben. Über diesen Menschen sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow einmal: „Ich bin froh, dass er ein ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater ist. Hass sollte nicht die Außenpolitik bestimmen.“²³ Vor allem im jüngsten Krieg zwischen Georgien und Russland meldete sich Brzezinski lautstark zu Wort. Er verglich Putins Vorgehen mit dem Hitlers und forderte, dass Moskaus Verhalten nur zu „Ausgrenzung und wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen führen kann. Wenn Russland diesen Kurs weiterfährt, muss es letztendlich innerhalb der Staatengemeinschaft isoliert werden.“²⁴

Ingesamt gelangt auch das „Center for Defense Information“ zu dem Ergebnis, dass den amerikanisch-russischen Beziehungen nicht gerade rosige Zeiten bevorstehen: „Die Auswahl von Obamas Beratern ist beunruhigend. Er wird von Zbigniew Brzezinski beraten, ein Mann, der für keinerlei freundschaftliche Gefühle gegenüber Russland bekannt ist. Sein wichtigster Russland-Mann ist Michael McFaul, einer der



lautstärksten Kritiker Putins in Washington. Und er erhält Lehrstunden in Demokratieförderung von George Soros. Nichts davon ist ein gutes Zeichen für die Fähigkeit Obamas, die Beziehungen zwischen Russland und den USA zu verbessern.“²⁵ Eine der wichtigsten Entscheidungen, die in nächster Zeit in diesem Kontext anstehen wird, ist die Frage, ob Georgien und der Ukraine die NATO-Mitgliedschaft angeboten werden wird. Obwohl dies für Russland eine rote Linie darstellt, hat sich Obama für einen solchen Schritt ausgesprochen.²⁶

Eskalation in Afghanistan

Am deutlichsten sind Obamas Aussagen bezüglich des Kriegs in Afghanistan. Auf der einen Seite will er den Krieg auf pakistanisches Gebiet ausdehnen, um dort Rückzugsgebiete des Widerstandes zu bekämpfen – eine weitere Eskalation wäre

damit praktisch vorprogrammiert. Andererseits beabsichtigt er deutlich mehr Truppen an den Hindukusch zu senden. Mindestens zwei zusätzliche Brigaden (10.000 Soldaten) sollen es sein, gleichzeitig will er aber „diese Verpflichtung dazu nutzen, um von den NATO-Verbündeten größere Beiträge – mit weniger Einschränkungen – einzufordern.“²⁷

Mit diesen „Einschränkungen“ meint Obama die so genannten „caveats“, Sonderregeln, die den Truppen einzelner NATO-Länder detailliert vorgeben, unter welchen Umständen und wo sie in Afghanistan Gewalt anwenden dürfen. Sie verbieten es etwa der Bundeswehr, sich im umkämpften Süden und Osten zu betätigen. Somit ist Obamas Aussage nicht zuletzt an die Adresse der Bundesregierung gerichtet. Berichten zufolge soll einer Ausweitung des Krieges auf Pakistan von den Verbündeten

bereits zugestimmt worden sein, ein deutliches Zeichen dafür, dass man gewillt zu sein scheint, Obamas Forderungen nachzukommen.²⁸

Der Grund hierfür liegt darin, dass die größere EU-Beteiligung am Afghanistan-Krieg als eine der Voraussetzungen für eine Runderneuerung der transatlantischen Beziehungen erachtet wird, wie der „European Council on Foreign Relations“ betont: „Die Frage wird wohl in Washington als Lackmustest angesehen werden, ob die Europäer als strategische Partner ernst genommen werden sollten. Somit dürfte die europäische Reaktion die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen auf lange Sicht, also die nächsten vier oder acht Jahre beeinflussen.“²⁹

Neue Transatlantische Partnerschaft: Revitalisierung der NATO

Nicht erst seit der jüngsten Finanzkrise hat sich die Lage für die USA auch wirtschaftlich deutlich zugespitzt. So belief sich das US-Handelsbilanzdefizit 2007 auf gigantische \$700 Mrd. und die Staatsverschuldung stieg in diesem Jahr erstmals auf über \$10 Billionen (rechnet man die Deckungslücke der sozialen Sicherungssysteme hinzu, so steigt diese Zahl nach Angaben des US-Finanzministeriums auf über \$50 Billionen). Kurz: Die einzige Weltmacht pfeift – ökonomisch wie militärisch – auf dem letzten Loch und es ist auch den US-Eliten klar, dass ein Strategiewechsel dringend erforderlich ist. Ziel ist es deshalb, die Lasten für die Aufrechterhaltung der westlich dominierten Weltordnung auf mehr Schultern zu verteilen. Die Europäische Union, die ebenso von diesem System profitiert wie die Vereinigten Staaten, ist hierfür der natürliche Adressat.

Ein solches „Burden Sharing“ dürfte jedoch nur gelingen, wenn dem – auch militärisch zunehmend untermauerten – Streben der Europäischen Union entsprochen wird, nicht mehr länger auf die Rolle als „Subunternehmer Amerikas“ (Ernst-Otto Czempel) reduziert zu werden. Nur über eine Aufwertung als gleichberechtigte Macht, dürften die EU-Staaten zu mehr Engagement zu bewegen sein. Um diese „Neue Transatlantische Partnerschaft“ auf den Weg zu bringen, ist Barack Obama geradezu ideal geeignet. Zum einen ist frei von dem Makel der acht dunklen Jahre unter George W. Bush, unter dem die transatlantischen Beziehungen extrem gelitten haben. Zum anderen dürfte die große Beliebtheit, der sich Obama in Europa erfreut, es den EU-Staaten einfacher machen, gegenüber ihrer jeweiligen Bevölkerung höhere militärische Beiträge als Beitrag zur transatlanti-

schen Aussöhnung zu rechtfertigen.

Der Umgang mit dem „Chaos in der Welt“, den Folgeerscheinungen der kapitalistischen Globalisierung, sowie das Bestreben, die aufkommenden Mächte Russland und China auf die Plätze zu verweisen, könnten dabei der Kitt für die Neue Transatlantische Partnerschaft sein – ihren institutionellen Niederschlag würde sie in einer vitalisierten NATO finden. So finden sich in Obamas Umfeld zahlreiche Befürworter, die NATO zu einer „globalen Allianz der Demokratien“ (selbstredend unter amerikanisch-europäischer Führung) auszubauen, um sie gegen die „autoritären“ aufstrebenden Staaten Russland und China in Stellung zu bringen.³⁰ Aber schon allein dass Obama den ehemaligen Oberbefehlshaber der Allianz zu seinem Nationalen Sicherheitsberater machte, ist für sich schon ein klares Zeichen in diese Richtung. James Jones selbst setzte bereits eine erste Duftmarke, wie die NATO gestärkt werden soll. Er fordert, dass künftig die meisten Entscheidungen im Bündnis nicht mehr im Konsens, sondern per Mehrheitsentscheid getroffen werden sollen. Gleichzeitig plädiert er dafür, aus der informellen Vereinbarung des Prager-Gipfels (2002), 2% des Bruttoinlandsproduktes für Rüstungsausgaben aufzuwenden, eine formale Verpflichtung zu machen und das Prinzip abzuschaffen, dass nur die Mitgliedsländer die Kosten für NATO-Kriegseinsätze bezahlen müssen, die sich auch an ihnen beteiligen.³¹

In Europa jedenfalls scheint man die Botschaft verstanden und wohlwollend aufgegriffen zu haben. Nicht einmal eine Woche nach Obamas Wahl beschloss der Europäische Rat, dass die EU-Mission Eujust Lex, ab Mitte 2009 erstmals auch innerhalb des Iraks Beamte ausbilden und damit den USA bei der Besatzung direkter unter die Arme greifen soll.³² Die gegenwärtige transatlantische Hochstimmung brachte der CSU-Ehrenvorsitzende Edmund Stoiber folgendermaßen auf den Punkt: „Die deutsche Politik wird sich aber auch mit seiner [Obamas] Forderung auseinandersetzen müssen, mehr gemeinsame Verantwortung für globale Probleme in der Welt zu übernehmen. Amerika setzt auf Deutschland und Europa. Die transatlantische Brücke wird stärker.“³³

Anmerkungen

¹ Raimondo, Justin: Obama's Foreign Policy: The Case for Pessimism, antiwar.com, 24.11.2008.

² <http://www.barackobama.com/issues/defense/>

³ Emanuel, Rahm/Reed, Bruce: The Plan: Big Ideas for America, Washington 2006.

⁴ <http://www.barackobama.com/issues/defense/>

⁵ Dowd, Maureen: Team of Frenemies, New York Times, 15.11.2008.

⁶ Obama ist eher Westerwelle als Lafontaine, Tagesspiegel, 28.11.2008.

⁷ Jones, James (Chairman): The Report of the Independent Commission on the Security Forces of Iraq, 06.09.2007, S. 129f.

⁸ Zunes, Stephen: Biden, Iraq, and Obama's Betrayal, Foreign Policy In Focus, 24.08.2008.

⁹ Biden, Joseph/Geld, Leslie: Unity Through Autonomy in Iraq. New York Times, 01.05.2006.

¹⁰ Obama's Remarks on Iraq and Afghanistan, New York Times, 15.07.2008.

¹¹ Escobar, Pepe: Obama's brave (new?) world, Asia Times Online, 17.06.2008.

¹² Baehr, Richard/Lasky, Ed: Samantha Power and Obama's Foreign Policy Team, American Thinker, 19.02.2008, URL: <http://tinyurl.com/28sgkt>

¹³ Rice, Susan E./Lake, Anthony/Payne, Donald: We Saved Europeans. Why Not Africans?, Washington Post, 02.10.2006.

¹⁴ „Dies ist der Moment“. Obamas Rede im Wortlaut, süddeutsche.de, 24.07.2008.

¹⁵ Bandow, Doug: Presidential Hawks, Left and Right, antiwar.com, 29.06.2008.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Obama vows to stop Iran from having nuclear arms, reuters, 04.06.2008.

¹⁸ Meeting the challenge: U.S. policy toward iranian nuclear development, September 2008.

¹⁹ Vgl. Strategic Leadership: A Framework for a 21st Century National Security Strategy, Center for a New American Century, July 2008, S. 5.

²⁰ Barack Obama and Joe Biden on Defense Issues, URL: http://www.barackobama.com/pdf/issues/Fact_Sheet_Defense_FINAL.pdf

²¹ Vgl. Joseph Bidens Vorwort in Young, Stephen W.: Pushing the Limits, Washington D.C. 2000.

²² Barack Obama and Joe Biden on Defense Issues aaO.

²³ Griffin, Webster: Obama - The Postmodern Coup: Making of a Manchurian Candidate by Webster Griffin, URL: <http://tinyurl.com/5r4rgk>

²⁴ „Russlands Vorgehen ähnelt dem von Hitler“, Die Welt, 11.08.2008. Ebenfalls in sein Team geholt hat Obama Brzezinskis Sohn Mark, der seinem Vater hinsichtlich dessen Russophobie in nichts nachsteht.

²⁵ Should Moscow Root for Obama?, CDI Russia List, 21.03.2008.

²⁶ Carpenter, Ted: Worse than Bush? National Inters Online, 11.07.2008.

²⁷ Obama's Remarks on Iraq and Afghanistan, New York Times, 15.07.2008.

²⁸ Beitrag zur Operationsführung, german-foreign-policy.com, 27.11.2008.

²⁹ Korsi, Daniel: Enhancing the EU's role in Afghanistan, ECFR, 05.11.2008.

³⁰ Daalder, Ivo/Goldgeier, James: Global NATO, Foreign Affairs, September/October 2006.

³¹ An interview with General James L. Jones, NATO Defense College, Research Paper, Januar 2008.

³² Council Conclusions on the ESDP, 10./11.11.2008.

³³ „Starke und mutige Botschaft“, Spiegel Online, 24.07.2008.

Besatzungsende nicht in Sicht

Abkommen über Truppenrückzug im Irak kaum bindend – wenig Hoffnung auf einen Wandel durch Obama

von Joachim Guilliard

Am 20. Januar wird die Ära von George W. Bush und Dick Cheney zu Ende sein. Mit das schwerste Erbe, das sie ihren Nachfolgern hinterlassen werden, ist der Krieg im Irak. Mit der Unterzeichnung des Truppenstationierungsabkommens scheint jedoch nun ein definitiver Zeitplan für die Beendigung der Besatzung vorzuliegen. Es bietet jedoch genügend Schlupflöcher, um die Besatzung auch über den anvisierten Abzugszeitpunkt Ende 2011 hinaus aufrecht erhalten zu können. Vieles deutet darauf hin, dass dies die Bush-Administration anstrebt, und auch der frisch gewählte US-Präsident Barack Obama nicht beabsichtigt, das Land ohne weiteres in die Unabhängigkeit zu entlassen. Unabhängig davon ist das Abkommen ohnehin gänzlich ungeeignet, die innerirakischen Konflikte beizulegen.

Wachsende politische Opposition

Urteilt man nach den Berichten der letzten Monate, so scheinen die Besatzer die Lage im Irak nun im Griff zu haben. Tatsächlich ging auch die Gewalt zurück, allerdings nur verglichen mit dem extrem hohen Niveau zuvor. Militärisch hat sich die Situation nicht grundlegend geändert. Die Aktivitäten des nationalen, bewaffneten Widerstands gingen zwar zurück, jedoch überwiegend aus internen, politischen Gründen, besiegt ist er keinesfalls. Nach wie vor setzt er den Besatzungs- und Regierungstruppen mit Hunderten Angriffen pro Woche massiv zu.¹

Vor allem jedoch begann im Laufe des Jahres der von der Bush-Administration nach der Invasion begonnene „politische Prozess“, durch den die Wirtschaft, Justiz und die politischen Institutionen des Iraks ihren Zielen entsprechend umgestaltet und ein pro-amerikanisches Regime dauerhaft verankert werden sollte, zusehends zu zerfasern. Indem sie mit der irakischen Regierung und Armee einseitig die kurdischen und schiitischen Parteien stützten und mit diesen zusammen eine Politik betrieben, die auf die Spaltung der irakischen Gesellschaft entlang ethnischer und konfessioneller Linien zielt, trieb sie auch viele ihrer einsti-

gen Verbündeten in die Opposition.

Anfang des Jahres hat sich ein nationalistischer überkonfessioneller Block, bestehend aus 12 Parteien herausgebildet, deren gemeinsames Ziel vor allem in der Verhinderung der Privatisierung der irakischen Ölindustrie und des Auseinanderbrechens des Landes besteht. Dieser Block umfasst fast alle im Parlament vertretenen sunnitischen Parteien und die säkulare Liste des ehemaligen CIA-Mannes Ijad Allawi, Premier der ersten Interimsregierung, sowie mit Muktada al-Sadr's Bewegung und der Fadhila-Partei die beiden größten schiitischen oppositionellen Organisationen. Auch sunnitische Widerstandsgruppen sollen bereits an Gesprächen beteiligt sein.²

Diese Allianz erwies sich in der Folge als sehr erfolgreich. Alle Ansätze, das Ölgesetz doch noch durch das Parlament zu bringen, scheiterten genauso, wie die Versuche den Status der von den Kurdenparteien beanspruchten Provinz um Kirkuk auf die Agenda zu setzen. Sie setzte auch die Durchführung vorgezogener Provinzwahlen gegen die Regierungskoalition durch, sowie ihren eigenen, weit demokratischeren Entwurf des neuen Wahlgesetzes. Falls die Wahlen, wie geplant, im nächsten Januar stattfinden, droht den Regierungsparteien in vielen Gouvernements der Verlust ihrer Mehrheit.

Angesichts dieser „nationalistischen Surge“, wie Patrick Cockburn im Z-Magazine das gesamte Phänomen in Anlehnung an die in den USA meist „Surge“ genannte Truppenerhöhung bezeichnete,³ begann auch Premier Maliki sich immer stärker von seinen Verbündeten abzusetzen und zum Ärger Washingtons eine selbstständigere Politik zu verfolgen. Vor einem Jahr hätte man keinen Pfliff darauf verwettet, dass er noch lange im Amt bleibt. Nun spielt er den starken Mann in Bagdad, der immer mehr Entscheidungsbefugnisse an sich reißt. Gestärkt durch die Offensiven gegen die Sadr-Bewegung, ist er im Moment in einer günstigen Situation, wo er die Gegensätze zwischen den verschiedenen Fraktionen ausnutzen kann. Die zig Milli-

GASTBEITRAG

arden Dollar, die der hohe Ölpreis in die Staatskassen spülte, verschaffen ihm zusätzliche Spielräume.

Truppenstationierungsabkommen: Kolonialismus per Vertrag?

Am deutlichsten zeigt sich der massive Gegenwind gegen die US-amerikanischen Pläne in den Verhandlungen um ein Truppenstationierungsabkommen, das nach Ablauf des UN-Mandats für die „Multinationalen Truppen“ im Irak Ende des Jahres, die völkerrechtliche Grundlage für die künftige Präsenz US-amerikanischer Truppen bilden soll.

Der erste, im Frühjahr von Washington vorgelegte Entwurf zeigt in aller Deutlichkeit, welche Rolle dem Irak von US-Seite eigentlich zugeordnet ist. Die Freiheiten, die sich Washington vertraglich zusichern wollte, überstiegen die der meisten Kolonialabkommen des 19. Jahrhunderts, es wäre Kolonialismus per Vertrag gewesen.

U.a. sah er das Recht vor, eine unbeschränkte Zahl von Truppen auf unbeschränkte Zeit im Land stationieren zu können und jederzeit Angriffe auf jedes Ziel im Irak führen zu dürfen, ohne Erlaubnis oder auch nur Benachrichtigung der irakischen Behörden. Alle Truppenangehörige, wie auch zivile Angestellte und Söldner sollten weiterhin völlige Immunität vor irakischen Gerichten genießen. Die zivilen und militärischen Kräfte im Land hätten auch die Freiheit gehabt, ohne Absprache mit der irakischen Regierung, Angriffe auf Nachbarstaaten vorzubereiten und zu führen.

Zähe Verhandlungen

Auch die irakische Regierung hat ein starkes Interesse am Auslaufen des bisher jährlich verlängerten UN-Mandats, da es ihre Kompetenzen, wie den Zugriff auf irakische Guthaben und die Souveränität des Landes in vieler Hinsicht beschneidet. Solch weitreichenden Forderungen konnten aber selbst die engsten US-Verbündeten nicht zustimmen. Die Stimmung im Land vor Augen, machte zudem nun auch Maliki einen festen Zeitplan für den Abzug der Besatzungstruppen zur Vorbedingung für jegliches Abkommen.

Die Verhandlungen zogen sich über Monate zäh dahin, bis der Zeitdruck die Bush-Administration schließlich zu erheblichen Zugeständnissen zwang. Nicht das Auslaufen des UN-Mandats machte ihr dabei Sorgen, das hätte problemlos verlängert werden können. Sie wollte das Abkommen aber noch vor Regierungswechsel unter Dach und Fach haben, um dem zukünftigen US-Kurs von Bushs Nachfolger Barack Obama feste Bahnen vorzugeben.

Niederlage der Bush-Administration

Auf den ersten Blick scheinen Bushs Krieger mit dem Abkommen jedoch nun selbst ihre wesentlichen Ziele aufgegeben zu haben. In dem Mitte Oktober vorgestellten und anschließend noch einmal nachgebesserten Abkommen ist jedenfalls nicht mehr viel von ihren ursprünglichen Forderungen zu finden. Die USA verpflichten sich vielmehr, bis Juni nächsten Jahres alle Kampftruppen aus den Städten und bis Ende 2011 alle Truppen aus dem Irak abzuziehen. Weiterhin enthält es einen Artikel, der die heftig umstrittene Immunität von US-Amerikanern im Irak einschränkt: Söldner und sonstige US-Bürger, die über Privatfirmen engagiert wurden, sollen in Zukunft vollständig der irakischen Gerichtsbarkeit unterstehen, Soldaten und Zivilangestellte der US-Armee wenigstens bei vorsätzlich und außerhalb des Dienstes begangener Schwerverbrechen.⁴

Auch wenn das Pentagon den Vertragsentwurf offiziell als Erfolg preist, ist der Unmut in den Reihen seiner Beamten und Offiziere über die ihrer Ansicht nach viel zu weitgehenden Zugeständnisse groß. Noch nie, so heißt es, hätte ein Abkommen einem anderen Land soviel Kontrolle über die Operationen von US-Truppen gegeben. Und die bloße Möglichkeit, dass einmal US-Amerikaner vor irakischen Gerichten landen könnten, wird als Tabubruch empfunden.

Ende der Besatzung?

Schaut man allein den Wortlaut des Vertrages an, so scheint der Pakt tatsächlich das Ende der Besatzung einzuleiten. Zunächst würde er jedoch eine definitive Verlängerung um weitere drei Jahre bedeuten – und dies mit expliziter Autorisierung durch die irakische Regierung und das Parlament. Sofern man diese Institutionen als ausreichend legitimiert und souverän anerkennt (wogegen einiges spricht), kann man formal von Besatzung nicht mehr sprechen.

Im Vorwort wird hervorgehoben, dass es ein „Abkommen zur Zusammenarbeit“ zwischen beiden Staaten sei, unter Wahrung der irakischen Souveränität und basierend auf „gegenseitigen Garantien gleicher und unabhängiger Partner“. Doch genau diese Voraussetzungen sind nicht gegeben und lassen es mehr als fraglich scheinen, ob ein solches Abkommen zwischen Besatzer und Besetzten nach internationalem Recht überhaupt gültig ist. Die irakische Opposition bestreitet dies, auch Expremier Ijad Allawi und enge Berater von Ayatollah Sistani äußerten erhebliche Zweifel.

Solange rund 150.000 US-Soldaten der mächtigsten Armee der Welt im Zweistrom-

Irak: Das Drama in Zahlen

Getötete US-Soldaten:	3,978
Verwundete US-Soldaten:	29,203
Getötete Irakische Sicherheitskräfte:	7,924
Schätzungen Zivilopfer:	81,632-1,120,000
Binnenflüchtlinge:	3.4 Millionen
Irakische Flüchtlinge im Ausland:	2.2-2.4 Millionen
Zahl Privater Militärdienstleister:	180,000
Getötete Militärdienstleister:	917
Gesamtkosten:	\$526 Mrd
Schätzung langfristige Kosten:	\$3 Billionen
Irakische Arbeitslosenquote:	25-40%
Anteil ohne Zugang zu Trinkwasser:	70%
Anteil ohne Zugang Sanitätsversorgung:	80%
Ablehnung der Besatzungstruppen:	79%

Quelle: The Iraq Quagmire: The Mounting Costs of the Iraq War, Foreign Policy in Focus, March 14, 2008.

land stehen und die Regierung in Bagdad in hohem Maße von den USA abhängig ist, hat die irakische Seite jedenfalls auch da, wo Washington feste Zusagen machte, kaum Möglichkeiten, sie im Streitfall auch durchzusetzen.

So obliegt es allein den USA, dafür zu sorgen, dass das künftige Agieren der Besatzungstruppen, wie vereinbart, im Einklang mit irakischen Gesetzen steht oder nur Waffen ins Land gebracht werden, die für „Sicherungsaufgaben“ im Land notwendig sind und nicht etwa solche, die für Angriffe auf Nachbarländer bestimmt sind. Kontrollmöglichkeiten sind keine vorgesehen: kein US-amerikanisches Schiff, Flugzeug oder Fahrzeug darf nach Art. 9 ohne Erlaubnis des US-Militärs betreten oder durchsucht werden.

In Art. 22 des Abkommens heißt es zwar, dass die US-Truppen Razzien nur mit Zustimmung der irakischen Regierung oder irakischer Richter durchführen dürfen, Kampfsituationen bilden jedoch eine Ausnahme. Auch die Feststellung, ob ein US-Soldat außer Dienst war, als er ein Schwerverbrechen verübte, bleibt der US-Armee überlassen.

Das Abkommen ist geschickt formuliert, um den Eindruck zu erwecken, das Agieren der US-Truppen im Land würde nun unter vollständiger irakischer Kontrolle stehen und das Ende ihrer Präsenz wäre besiegelt. Tatsächlich wird dies jedoch an mehreren Stellen wieder aufgeweicht. So stehen die Bestimmungen, die ein eigenmächtiges Agieren untersagen, unter dem Vorbehalt des Artikels 4, der den Vertragsparteien grundsätzlich das „Recht auf Selbstverteidigung“ zubilligt. Damit kann die US-Führung ohne weiteres auch Angriffe auf Ziele in Nachbarländern rechtfertigen.

Im drittletzten Artikel räumen sich die USA schließlich das Recht ein, dem Irak jederzeit, d.h. über die Abzugsfristen hinaus, nicht nur bei einem militärischen Angriff von außen, sondern auch bei einer inneren Bedrohung, wie der Gefährdung „seiner demokratischen Institutionen“, mit „diplomatischen, ökonomischen oder militärischen Aktionen“ zu „Hilfe“ zu kommen.

„Lost in Translation“

Vollständig bekannt ist bisher ohnehin nur die arabische Version. Die offizielle englische Version wird von der US-Regierung immer noch unter Verschluss gehalten. Nach Aussagen von US-Beamten weichen die beiden erheblich voneinander ab: „Entscheidende Teile könnten bei der Übersetzung verloren gegangen sein.“ In vielen Bereichen gäbe es zwar Übereinstimmung über den Wortlaut, aber unterschiedliche Meinungen darüber, was er bedeute. Dadurch könne die USA recht einfach Teile des Abkommens umgehen.⁵

Die US-Regierung gab zu, die eigene Version bewusst bis nach der Abstimmung im irakischen Parlament zurückzuhalten, um keine schlafende Hunde zu wecken.⁶ Zu den Verpflichtungen, die Washington wesentlich lockerer sieht als Bagdad, zählen u.a. die irakische Gerichtsbarkeit über US-Soldaten, das Verbot Angriffe auf Nachbarländer durchzuführen und die Verpflichtung jede Militäroperation mit der irakischen Regierung abstimmen zu müssen.

Berechtigte Zweifel am Abzugswillen

Verständlicherweise können viele Iraker ohnehin nicht glauben, dass die USA wirklich bereit sind, sich zurückzuziehen. „Die Amerikaner werden nicht gehen“, so der Tenor bei der Befragung von Passanten im Bezirk Mansour in Bagdad. „Sie sind die Herren im Irak, sie entscheiden.“ Zu viele Zeichen deuten eindeutig auf die Absicht hin, langfristig im Land zu bleiben, insbesondere die für über 600 Millionen Dollar erbaute riesige Botschaftsfestung oder die offensichtlich als permanent angelegten



US-Generalstabschef Mike Mullen bei einer Pressekonferenz zum Truppenstationierungsabkommen

Mega-Militärbasen, die zu richtigen Städten mit allem Komfort ausgebaut wurden.⁷

An den Zweifeln ändern auch die Nachbesserungen nichts, die nach der ersten Unterzeichnung des Abkommens noch von irakischer Seite durchgesetzt wurden. Dazu zählt vor allem die Streichung zweier Absätze im Artikel über den Abzug der US-Truppen, die einen formalen Weg aufzeigten, wie die hier genannten Fristen verlängert werden könnten. Die US-Regierung hatte bis dahin stets darauf bestanden, dass ein Truppenabzug nur in Abhängigkeit von erreichten „Sicherheitsbedingungen“ durchgeführt werden könne und redete daher nicht von festen Fristen, sondern von „Zeithorizonten“. Die Streichung sollte nun die Endgültigkeit der Termine unterstreichen. Den Vertragspartnern bleibt es aber selbstverständlich weiterhin unbenommen, das Abkommen im gegenseitigen Einverständnis zu ändern.

Äußerungen von Vertretern der Regierung und des Generalstabs der USA deuten daraufhin, dass die US-Seite genau dies auch im Sinn hat. So sprach die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Dana Perino, selbst nach der Unterzeichnung des endgültigen Entwurfs noch davon, dass das Abkommen nur „angestrebte Termine“ enthalte. Auch Generalstabschef Admiral Mullen deutete an, sie wären weiterhin mit ihren irakischen Gegenparts im Gespräch und es sei möglich, dass die „Deadlines“ verschoben würden.⁸

Absolution verweigert – Gefahr für US-Gefangene

Für entschiedene Besatzungsgegner ist ein solches Abkommen grundsätzlich unannehmbar, da damit letztlich die Invasion und die bisherige Besatzung des Landes nachträglich legitimiert werden – und das nach Hunderttausenden von Toten und Millionen Flüchtlingen. Die irakische Schriftstellerin Haifa Zangana fühlte sich an den Ablasshandel der katholischen

Kirche erinnert, nur dass hier nicht Individuen, sondern „das gesamte kriminelle britisch-amerikanische Projekt“ Absolution erteilt würde.⁹

Scharf kritisiert wird auch die etwas versteckte Vereinbarung, dass mit dem Abkommen beide Seiten ihr Recht auf Kompensationsforderungen für Sach- und Personenschäden aufgeben werden. Sunnitische Parteien fordern auch die Freilassung aller Iraker, die noch in US-Gefangenschaft sind, nach US-Angaben ca. 16.500. Das Abkommen würde die USA immerhin verpflichten, alle, die ohne Anklage gefangen gehalten werden, freizulassen, das wären alle bis auf wenige Hundert.¹⁰ Das Abkommen gestattet jedoch der irakischen Regierung auch, US-Gefangene in den eigenen Gewahrsam zu übernehmen. Die Gefängnisse der von den Milizen der Regierungsparteien dominierten Sicherheitskräfte sind noch gefürchteter als die der Besatzer. Für viele Gefangene könnte die Überstellung an ihre Feinde Folter oder das Todesurteil bedeuten, auch Amnesty International schlug deswegen Alarm.¹¹

Knappe Mehrheit

Auch im Parlament überwog die Kritik am Abkommen, zumindest in der vorliegenden Fassung. Nachbesserungen waren aber nicht mehr möglich. Ursprünglich war es Konsens gewesen, dass ein solches Abkommen eine Zweidrittelmehrheit der 275 Mitglieder des Parlaments erfordert. Doch die Regierung erklärte plötzlich eine einfache Mehrheit der anwesenden Abgeordneten für ausreichend. Eine Ansicht, die nicht nur die Opposition, sondern auch Rechts-Experten bei einer Anhörung vor dem Auswärtigen Ausschuss des US-Repräsentantenhauses für nicht haltbar erklärten. Unabhängig davon, dass es mit der von den USA selbst entworfenen irakischen Verfassung nicht vereinbar ist, würde die Annahme durch eine einfache Mehrheit zudem zu massiven und wahr-

scheinlich gewaltsamen Protesten führen.¹² Die Opposition wurde dabei auch durch Großayatollah Ali al Sistani gestärkt, der mehrfach betonte, dass ein solches Abkommen einen breiten „nationalen Konsens“ erfordere und nur akzeptabel sei, wenn es von einer großen Mehrheit angenommen werde.¹³

Ein Kuhhandel brachte am Ende wenigstens eine deutliche relative Mehrheit im Parlament zustande. Einige der gemäßigten Kritiker, wie die größte sunnitische Fraktion und die schiitische Fadhila-Partei, hatten Zustimmung signalisiert, falls ihnen die Regierungskoalition in anderen Bereichen, wie den seit langem angestrebten Verfassungsänderungen, entgegenkäme. Sie forderten zudem ein Referendum über das Abkommen. Die Regierung gab schließlich nach. Das Parlament verabschiedete zunächst einen „Politischen Reformpakt“, der die geforderten Zusagen enthielt. Anschließend stimmte eine Mehrheit von 149 Abgeordneten per Handzeichen für einen Beschluss, der das Abkommen billigt, allerdings mit dem Zusatz, die endgültige Annahme von einer Volksabstimmung Ende Juli abhängig zu machen. Bis dahin tritt es jedoch erst einmal in Kraft.¹⁴

Die Ja-Stimmen entsprechen 75% der 198 anwesenden und einer knappen Mehrheit aller Abgeordneten. Die Zahl liegt aber deutlich unter den, für eine Zweidrittelmehrheit nötigen 184 Stimmen, die laut Verfassung für sicherheitsrelevante internationale Verträge notwendig sind. Die radikaleren Besatzungsgegner, wie die Sadr Bewegung und einige säkulare und sunnitische Gruppierungen blieben bei ihrem Nein. Fast ein Drittel der Abgeordneten blieb der Abstimmung fern, darunter auch die der Fadhila-Partei und nicht wenige der 138-köpfigen kurdisch-schiitischen Koalition. Letztlich spiegelt die Abstimmung die Pattsituation zwischen Verbündeten und Gegnern der USA wider.

Kein geeigneter Weg

Trotz der Schlupflöcher und seiner grundsätzlichen Problematik bringt das Abkommen für den Irak durchaus einige Vorteile. Es setzt der Willkür der Besatzer Grenzen und erhöht den Druck auf sie, sich nun aus den Städten zurückzuziehen. Im kommenden halben Jahr bis zum Referendum können die Iraker zudem die Ernsthaftigkeit der Amerikaner, den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, testen.

Doch unabhängig davon, werden die Auseinandersetzungen über den Zeitpunkt und die Modalitäten der Beendigung der Besatzung weitergehen. Das aktuelle Abkommen bietet dafür keine geeignete Grundlage. Es enthält keinerlei Mechanismen zur Lösung der innerirakischen Konflikte und zielt einzig darauf ab, die jetzige irakische Regierung in die Lage zu versetzen, sich dauerhaft militärisch zu behaupten. Mit der Zentralregierung stärkt es vor allem die Position des Premiers Maliki, dem mit Abstand größten Nutznießer des Abkommens. Auch wenn Maliki nun ab und zu die Interessen rivalisierender Kräfte bedient, macht er keine Anstalten einen breiteren Konsens über die weitere Politik zu suchen, er agiert im Gegenteil zunehmend autoritärer. Das Abkommen könnte ihm auch erlauben, die Bevormundung durch Washington zurückzudrängen. Da er sich ohne Hilfe der US-Truppen jedoch auch in Zukunft kaum halten kann, wird auch er bemüht sein, deren Präsenz über die Dreijahresfrist hinaus zu verlängern.

Die Unterstützung der aktuellen Regierung und die weitere Aufrüstung der Regierungstruppen werden mit Sicherheit nicht zu einer Stabilisierung des Iraks führen, von einer demokratischen Entwicklung ganz zu schweigen. Diese auch von der Bundesregierung unterstützte Politik ist vielmehr eindeutig ein Rezept für einen Bürgerkrieg.

Da die nationalistischen Oppositionsgruppen niemals ein Abkommen akzeptieren werden, das faktisch die vorangegangene Invasion und Besatzung legitimiert, wäre ein Abkommen erforderlich, das im Wesentlichen eines regelt: die Modalitäten eines zügigen Abzugs aller zivilen und militärischen Besatzungskräfte. Nur dann können die ausländischen Truppen erwarten, dass der bewaffnete Widerstand seinerseits, wie angekündigt, die Angriffe einstellt. Selbstverständlich müsste es auch Mechanismen enthalten, die einen möglichst breiten Konsens für die Gestaltung der Übergangszeit und des Wiederaufbaus des Landes ermöglichen. In alle Verhandlungen müsste zudem, wie u.a. auch von Muqtada al-Sadr gefordert, die UNO mit einbezogen werden und der UN-Sicherheitsrat müsste sich ver-

pflichten, die Einhaltung der Vereinbarungen und Termine zu überwachen.

Obama – „Change“ im Irak?

Der Vertrag ist zwar weit von dem entfernt, was die Bush-Regierung ursprünglich anstrebte, und schränkt sicherlich den Spielraum der Besatzungskräfte im Irak ein. Er wäre aber durchaus eine ausreichende Grundlage zur weiteren Verfolgung ihrer Pläne am Golf, wozu nach wie vor eine dauerhafte Präsenz US-amerikanischer Truppen und der direkte Zugriff auf das irakische Öl zählen. US-Präsident Bush hat dies vergangene Woche mit einem Zusatz zu seiner Unterschrift unter den Militärhaushalt für 2009 noch einmal unterstrichen: er hob hierin explizit eine Klausel des Haushaltsgesetzes auf, die die Verwendung von Mitteln aus dem Haushalt zur „Ausübung der Kontrolle über die irakischen Ölressourcen“ untersagte.¹⁵

Letztlich wird es vom neuen Präsidenten abhängen, ob die Besatzung in den kommenden zwei bis drei Jahren enden wird. Dieser hat zu Beginn seines Wahlkampfes versprochen, unmittelbar beim Amtsantritt mit dem Abzug von Truppen zu beginnen, nach 16 Monaten sollten alle Kampftruppen abgezogen sein. Das Sicherheitsabkommen steht dem nicht entgegen. Barak Obama hatte bisher allerdings nicht vor, die US-Soldaten komplett abzuziehen, sondern nur die reinen Kampfverbände. Auch diese sollten nicht alle nach Hause. Einen Teil möchte er in Afghanistan einsetzen und einen weiteren in den Nachbarländern stationieren. Darüber, wie viele der restlichen 60.000 bis 70.000 Truppen er im Irak belassen möchte, machte er nur vage Angaben. Man geht von 30.000 bis 40.000 Soldaten aus, die nach seinen Plänen die irakischen Sicherheitskräfte ausbilden und beraten, sowie auch weiterhin „Al Qaeda“ und andere „Terroristen“ im Land bekämpfen sollen. Zu den regulären Truppen käme noch die Armee privater Söldner, die ein Mehrfaches davon umfassen könnte. Angestrebt wird somit weniger ein Abzug, sondern eine „Besatzung light“. Hier könnte er jedoch leicht die Rechnung ohne den Wirt machen: da unter solchen Bedingungen, der bewaffnete Widerstand weitergehen würde, könnte Obama bald vor der Entscheidung stehen, entweder die Truppenstärke wieder zu erhöhen oder auch den Rest schleunigst abzuziehen.

Die Wahl Obamas hat weltweit große Hoffnungen auf eine grundlegende Änderung der Außenpolitik geweckt. Doch steht auch er klar mit beiden Füßen im Lager des US-amerikanischen Establishment und sein Vizepräsident gehört wie das Gros seines

Beraterstabs eher zu den Falken in der demokratischen Partei. Mit Robert Gates übernimmt er sogar Bushs Militärminister.

In den prinzipiellen Zielen unterscheiden sich Demokraten und Republikaner, was den erweiterten Mittleren Osten betrifft, traditionell wenig – aktuell gut sichtbar in ihrer Haltung zu Afghanistan, Pakistan und Iran. Seit mit dem Schah von Persien, der wichtigste Statthalter der USA in der Region gestürzt wurde, ist parteiübergreifend auch die dauerhafte Stationierung eigener Truppen am Golf und eine möglichst direkte Kontrolle der Ölquellen ein durchgängiges Ziel der US-Politik. Obamas Pläne mögen rationaler und sein Ansatz wesentlich moderater sein, nichts deutet jedoch auf eine prinzipielle Abkehr von dieser Politik hin. Es ist daher wenig wahrscheinlich, dass er tatsächlich den Irak ohne weiteres in die Unabhängigkeit entlassen wird.

Anmerkungen

¹ „Securing, Stabilizing, and Rebuilding Iraq: Progress Report“, US General Accounting Office, 23.6.2008 sowie „Measuring Stability and Security in Iraq - June 2008“ US Department of Defense, 13.6.2008

² Robert Dreyfuss, „Nationalists Stirring in Iraq“, The Nation, 16.1.2008

³ Patrick Cockburn, „Iraq's Nationalist Surge“, ZNet, 9.8.2008.

⁴ s. inoffizielle Übersetzung der arabischen Version auf der Seite des American Friends Service Committee: <http://www.afsc.org/Iraq/ht/display/ContentDetails/i/71012>

⁵ „Key parts of US-Iraq pact could be lost in translation: officials“, AFP, 26.11.2008

⁶ „U.S. staying silent on its view of Iraq pact until after vote“, McClatchy, 26.11.2008

⁷ „Iraqis doubt security agreement will end U.S. presence“, McClatchy, 19.11.2008

⁸ Gareth Porter, „Pact Will End Iraqi Dependence on US Military“, IPS, 19.11.2008

⁹ „Crime and Punishment“, arablinks.blogspot.com, 21.11.2008

¹⁰ „Iraq security pact poses detainee dilemma for US“, AP, 23.11.2008

¹¹ Iraq: Security agreement puts detainees at risk of torture, AI, 27.11.2008, siehe auch Inside Baghdad's Rusafa prison, BBC, 25.11.2008.

¹² „US-Iraq security pact may be in violation, Congress is told“, Boston Globe, 20.11.2008

¹³ „Iraq: Shiites burn Bush effigy in anti-US protest“, AP, 21.11.2008

¹⁴ Eine englische Übersetzung des Parlamentsbeschlusses siehe Raed Jarrar, raedinthemiddle.blogspot.com, 27.11.2008

¹⁵ s. Raed Jarrar, U.S. Iraqi Agreement: Final Draft leaked, 20.10.2008 und Statement by the President on S. 3001, White House, 14.10.2008.

Eins ist sicher: der Profit der Rüstungsindustrie

Rüstungshaushalt 2009

von Arno Neuber

Die Ausrichtung der Bundeswehr auf weltweite Kriegsführungsfähigkeit verschlingt immer mehr Geld. Im kommenden Jahr soll deshalb der „Verteidigungs“haushalt auf 31,1 Mrd. Euro aufgestockt werden, eine Steigerung um rund 1,6 Mrd. Euro (5,6%).¹

In anderen Haushaltstiteln sind weitere Militärausgaben versteckt. Nach NATO-Kriterien addieren sich so die Rüstungsausgaben 2009 auf 33,5 Mrd. Euro.²

Die Große Koalition hat es damit geschafft, den Rüstungshaushalt seit 2006 um mehr als 3,2 Mrd. Euro in die Höhe zu treiben. Dazu hatte die Regierung Schröder-Fischer noch sieben Jahre gebraucht.

Wie kostenintensiv die Hochrüstung der Bundeswehr zur global einsetzbaren Hightech-Truppe ist, zeigt ein Vergleich mit dem Jahr 1992. Die Bundeswehr hat heute nur noch halb so viele Soldaten, aber der Beschaffungsetat kletterte von 3,9 auf 5,2 Mrd. Euro.³

Der Bundeswehrplan, den der Generalinspekteur jedes Jahr für einen Zeitraum von fünf Jahren fortschreibt, rechnet bereits mit weiteren Steigerungen der Rüstungsinvestitionen. Sie sollen im Jahr 2010 rund 6,1 Mrd. Euro und 2013 mehr als 6,9 Mrd. betragen.⁴

Gleichzeitig klagt der ranghöchste Soldat über die „engen finanziellen Rahmenbedingungen“, die „eine strukturelle Vollausrüstung der Streitkräfte mit modernem Gerät kurz- und mittelfristig“ nicht möglich mache.⁵

„Verteidigungs“minister Jung begründete im Bundestag den erhöhten Finanzbedarf der Bundeswehr mit den Auslandseinsätzen - insbesondere mit der Beteiligung am Krieg in Afghanistan - und mit den Verpflichtungen im Rahmen der NATO und der EU. Deutschland ist führend an den EU-Battlegroups beteiligt und auch an der schnellen Eingreiftruppe der NATO (Response Force).

Was die Auslandseinsätze der Bundeswehr bislang wirklich gekostet haben, ist nirgendwo ausgewiesen. Der Einzelplan 14 des Bundeshaushaltes („Verteidigungs“etat) listet lediglich die sog. Einsatzbedingten Mehrkosten auf. Allein die addieren sich

in den Jahren 2002 bis 2007 auf rund 6,5 Mrd. Euro.⁶

Im Juli 2008 bezifferte der Verteidigungsausschuss des Bundestages die bisherigen Kosten des ISAF-Einsatzes in Afghanistan auf 2,7 Mrd. Euro. Die Verlängerung des Mandates um 14 Monate und die Aufstockung der Truppe auf bis zu 4.500 Soldaten soll weitere 688 Mio. Euro kosten.⁷ Dagegen sind für den zivilen Aufbau bislang lediglich 830 Mio. Euro ausgegeben worden, trotz der gegenteiligen Beschwörungen, die alljährlich die Bundestagsreden von Kriegsbeifürwortern schmücken.

Fakt ist, dass die gesamte Bundeswehr auf globale Einsatzfähigkeit umgerüstet wird. Dazu gehören auch zentrale, milliardenschwere Großvorhaben wie die neuen Fregatten, der Militärtransporter A400M und eine ganze Palette neuer, gepanzerter Fahrzeuge.

Die Marschflugkörper vom Typ MAW Taurus sollen 629 Mio. Euro kosten. Dabei handelt es sich um eine reine Angriffswaffe, deren Einsatz gegen Schiffe im Hafen und Flugzeuge am Boden vorgesehen ist.

Insgesamt listet der Bundeswehrplan 2009 fast 100 Großvorhaben mit einem Gesamtvolumen von rund 89 Mrd. Euro auf.⁸ Die AG Sicherheitspolitik der Fraktion Die Linke hat berechnet, dass 2008 bereits Verpflichtungsermächtigungen der Bundesregierung für Rüstungsprojekte im Gesamtwert von 59,5 Mrd. Euro bestanden.⁹

Gleichzeitig soll mit dem „Verteidigungs“etat Industriepolitik gemacht werden. Bereits im November 2007 wurde eine Vereinbarung zwischen Ministerium und Rüstungsindustrie geschlossen, die eine Definition „unverzichtbarer nationaler wehrtechnischer Kernfähigkeiten“ enthält und auf den „Erhalt und Ausbau der technologischen Spitzenstellung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ orientiert.¹⁰ Zu diesen „unverzichtbaren“ Rüstungsfähigkeiten gehören die Entwicklung und der Bau von Kampfflugzeugen, Transportflugzeugen, Hubschraubern, Drohnen, Panzer und Panzerfahrzeugen, Spionagesatelliten, U-Booten und Überwasserkampfschiffen.¹¹ So landet der

Löwenanteil der Rüstungsmillionen in den Kassen eines kleinen, erlauchten Kreises von Monopolisten. Dazu gehören die EADS (Flugzeuge, Hubschrauber, Lenk Waffen, Satelliten), die Panzerbauer Rheinmetall und Krauss-Maffei-Wegmann (KMW) und der Marinekonzern ThyssenKrupp.

Zwei Drittel des Beschaffungsetats der Bundeswehr kassiert die EADS.¹² Und auch der Vorstandsvorsitzende von Rheinmetall bewertet mit Blick auf die Rüstung „die globalen Geschäftsaussichten sehr optimistisch“.¹³ Allein die Beschaffung des Schützenpanzers Puma wird rund 4,7 Mrd. Euro kosten. Die Gewinne teilen sich Rheinmetall und KMW.

Kein Wunder, dass diese staatlich protegierten Monopolisten immer wieder kräftig an der Preisschraube drehen. So soll der Eurofighter, der Ende der 90er Jahre noch mit 13 Mrd. Euro veranschlagt war, nun rund 22 Mrd. kosten. In Großbritannien will man deshalb die superteuren Vögel weiter verkaufen, um den Rüstungshaushalt zu entlasten. Als Abnehmer sind Japan, Saudi-Arabien und Indien im Gespräch.¹⁴

Und auch der Militärtransporter Airbus A400M macht Schlagzeilen. Nicht nur, dass der Erstflug sich um bis zu zwei Jahre verzögern soll, der Preis steigt ebenfalls. Spekulationen über Mehrkosten von bis zu 700 Mio. Euro seien noch zu niedrig, heißt es in Branchenkreisen.¹⁵

Richtig „fette Brocken“ sind die neuen Fregatten der F125-Klasse. Sie sollen u.a. Spezialkräfte zu fernen Küsten bringen und Landziele von See aus unter Feuer nehmen, um dort eigene Bodentruppen zu unterstützen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am 20. Juni 2007 den Bau von vier Schiffen dieses Typs genehmigt. Der Auftrag im Umfang von 2,6 Mrd. Euro ging an eine Arbeitsgemeinschaft aus ThyssenKrupp Marine Systems (Hamburg) und der Lürssen Werft (Bremen). Es sind solche Waffensysteme, die den Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Wolfgang Nolting, beflügeln, wenn er gegen eine „politisch bestimmte Verfassungsinterpretation“ trommelt, die die Möglichkeiten der Marine im internationalen Einsatz stark einschränke.¹⁶ Er kämpft für die „Weiterentwicklung der Marine zur Expeditionary Navy“.¹⁷

Längst hat Europa auch militärische Ambitionen im Weltraum. So sind Teile der Systemarchitektur des Satellitennavigationssystems Galileo „speziell auf die Anforderungen der militärischen Nutzung ausgelegt“.¹⁸ Die EU hat für dieses Projekt aus dem Budget für Transeuropäische Energie- und Verkehrsnetze eine Mrd. Euro bereitgestellt. Nachdem Verhandlungen

„Einsatzbedingter Mehrbedarf“ (in Mio Euro) für Auslandseinsätze der Bundeswehr

2009	2010	2011	2012	2013
580	555	555	555	555

Quelle: Bundeswehrplan 2009

Geplante Entwicklung des „Verteidigungs“haushaltes (in Mrd. Euro)

2009	2010	2011	2012	2013
30,1	30,5	30,9	31,4	31,9

Quelle: Bundeswehrplan 2009

Rüstungsinvestitionen (in Mrd. Euro)

2009	2010	2011	2012	2013
5,81	6,14	6,52	6,78	6,92

Quelle: Bundeswehrplan 2009

Militärische Beschaffungen (in Mrd. Euro)

2009	2010	2011	2012	2013
5,06	5,38	5,77	6,15	6,38

Quelle: Bundeswehrplan 2009

mit Privatkonzernen gescheitert sind, stellt die EU nun weitere 1,6 Mrd. Euro aus dem EU-Landwirtschaftsfonds und 800 Mio. aus dem Forschungsetat des Jahres 2008 zur Verfügung.

Als im Frühsommer ein US-Bericht über eklatante Sicherheitsmängel in europäischen Atomwaffenlagern für Aufsehen sorgte, beeilte sich insbesondere die CDU zu versichern, dass Deutschland nicht auf die Teilhabe an Atomwaffen verzichten könne. Noch immer sind in Büchel Atombomben gelagert und deutsche Tornado-Piloten üben ihren Einsatz im Ernstfall. Da die Tornados inzwischen in die Jahre gekommen sind, will die Bundeswehr insgesamt 85 dieser Flugzeuge modernisieren. Darunter auch Modelle, die zum Tragen von Atomwaffen ausgelegt sind. Damit soll laut „Verteidigungs“ministerium die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands auch

über das Jahr 2020 hinaus gewährleistet werden. Die Bundeswehr lässt sich dieses atomare Muskelspiel nach Schätzungen jährlich rund 100 Mio. Euro kosten.

Sieht man sich die globalen Statistiken an, ist unschwer zu erkennen, dass es die NATO-Staaten sind, die das weltweite Rüsten anheizen. Sie sind für rund zwei Drittel der globalen Militärausgaben verantwortlich. Die zehn größten Waffenproduzenten der Welt haben alle ihren Sitz in den NATO-Staaten. 41 US-Firmen und 34 westeuropäische Waffenproduzenten sorgen für 92 Prozent der weltweiten Deals mit Großwaffen.¹⁹ Mit „Sicherheitspolitik“ hat das alles längst nichts mehr zu tun.

Anmerkungen¹ www.bundesregierung.de² Stellungnahme der AG Sicherheitspolitik der Fraktion Die Linke zum Verteidigungshaushalt 2009³ dto.⁴ Europäische Sicherheit 9/2008⁵ dto.⁶ Stellungnahme ...⁷ Bundestagsdrucksache 16/10473 vom 7.10.2008⁸ Bundeswehrplan 2009, erlassen vom Generalinspekteur am 10.06.2008⁹ Stellungnahme ...¹⁰ www.bmvg.de¹¹ [http://www.geopowers.com/Machte/Deutschland/Rustung/Rustung 2007/WTKern D.pdf](http://www.geopowers.com/Machte/Deutschland/Rustung/Rustung%202007/WTKern%20D.pdf)¹² Handelsblatt, 16.06.2008¹³ dto.¹⁴ FTD, 20.08.2008¹⁵ FTD, 25.09.2008¹⁶ Europäische Sicherheit, 9/2008¹⁷ dto.¹⁸ IMI-Studie 33/2008: „Aus dem All in alle Welt – Weltraumpolitik für die Militärmacht Europa“¹⁹ SIPRI Yearbook 2008**Hand in Hand beim Völkerrechtsbruch: EU und USA mit EULEX im Kosovo**

Heute haben die USA und die EU ein Abkommen geschlossen, mit dem sich die USA an der EU-Mission EULEX im Kosovo beteiligt. Dieses Abkommen ist in mehrfacher Hinsicht bisher einmalig und politisch hochproblematisch.

Auch der Rat der Europäischen Union weißt auf den besonderen Charakter dieses Abkommens hin: „Hierbei handelt es sich um einen besonderen Fall, bei dem die Vereinigten Staaten an einer zivilen Mission der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik teilnehmen.“ Dies war bislang absolut unüblich.

Die Vereinbarung ist symptomatisch für die immer engere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union einerseits und den USA bzw. der NATO andererseits. Die immer wieder in Reden beschworene Abgrenzung der Europäischen Union von der militaristischen US-Politik erweist sich damit als immer unwahrer. EU und USA

agieren immer mehr Hand in Hand in der Weltpolitik.

Die so genannte ‚Rechtsstaatsmission‘ EULEX hat bis heute keine Rechtsgrundlage. EULEX ist völkerrechtswidrig. EULEX steht im offenen Widerspruch zur UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999.

EULEX soll die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo absichern, der Kosovo wurde bis heute nur von 51 Staaten, darunter nicht einmal allen EU-Staaten, anerkannt. Im Rahmen von EULEX sollen 2.000 schwer bewaffnete Polizisten, darunter mehrere hundert zur Aufstandsbekämpfung, entsandt werden. Dazu kommen Richter, Gefängnisaufseher und Zollbeamte. Zum EULEX-Missionsleiter wurde der General und ehemalige Kommandant der KFOR, der Franzose Yves de Kermabon, ernannt. Das zeigt, wie weit es um den „zivilen“ Charakter dieses ESVP-Einsatzes bestellt ist.

Die einseitige Anerkennung des Kosovo hat den Ost-West-Konflikt angeheizt und eine wesentliche Rolle im Georgienkrieg im August gespielt. Russland hat mit der Anerkennung von Südossetien und Abchasien die falsche völkerrechtswidrige Politik fortgesetzt, die zuvor von Deutschland, den USA und anderen Staaten mit der Anerkennung des Kosovo vorexerziert wurde.

Die jetzige Einbeziehung der USA in die illegale EU-„Rechtsstaatsmission“ EULEX wird die Spannungen weiter verschärfen und deutet auf die Bereitschaft zur Eskalierung des Konfliktes mit Russland hin.

Statt weiterer Schritte in Richtung Kalter Krieg ist die Rückkehr zum Völkerrecht dringend erforderlich. EULEX muss sofort gestoppt werden.

Tobias Pflüger

Stahlhelm und Schmisse

Über das Verhältnis Korporierter zu Armee und Krieg

von Lucius Teidelbaum

An den Universitäten in Deutschland, Österreich und der Schweiz sind männliche Studierende im niedrigen einstelligen Prozent-Bereich Mitglied in einer Studentenverbindung, auch Korporation genannt. Verbindungen sind eine Art von sekundärer Sozialisationsagentur, in der den Mitgliedern über Rituale und Hierarchien die konservativen Werte aus ihrer Entstehungszeit vermittelt werden. In der Korporierten-Geschichte lässt sich dabei ein enges Verhältnis zu Krieg und Armee feststellen, das bis heute anhält, wie in diesem Artikel dargestellt werden soll.

Brüder im Geiste

Korporierte und Soldaten stehen sich von der Mentalität oft nicht sehr fern. Beide Gruppen besitzen ähnliche Prinzipien und Ideale. Schlüsselbegriffe stammen bei beiden aus dem männerbündischen Wertekanon und lauten „Ehre“, „Treue“, „Stolz“, „Mut“, „Kameradschaft“, „Wehrhaftigkeit“, „Manneszucht“ oder „Patriotismus“ bzw. „Vaterland“, wobei man gegenüber dessen Regierungsform kaum eine Präferenz zu haben scheint. Beide propagieren eine starke Treue und Disziplin gegenüber ihrem Bund oder ihrer Einheit und wenden sich damit auch gegen einen aus ihrer Sicht „überzogenen Individualismus“.

Korporierte wie auch Soldaten sind - trotz geringer Öffnungstendenzen - weiterhin männerbündische Erziehungsanstalten, die ihren Mitgliedern Disziplin und „Manneszucht“ bzw. „aufrechtes Mannestum“ vermitteln. So wundert es nicht, dass bei vielen Verbindungen bei einem abgeleisteten Wehrdienst die Fuxen-Zeit, d.h. die Mitgliedschaft in einer Korporation auf Bewährung, um die Hälfte verkürzt wird.¹ Denn das Mitglied hat schon einen größeren Teil der klassischen Korporierten-Werte in der Bundeswehr vermittelt bekommen. Bestimmend für das Verbindungsleben ist bei so genannten schlagenden Verbindungen das Mensur-Prinzip, also das Fechten mit dem scharfen Degen. Es entspricht exakt dem selben überkommenen männlichen Tugendkanon, der auch in der Bundeswehr vorherrscht. So sind einige militärische Ideale und Tugenden auch bei den Korporierten zu finden. Besonders gilt

beides für die extreme Rechte in der Bundeswehr und in den Korporationen. Der Autor Fabian Virchow schreibt über das Ideal der „militarisierten Männlichkeit“ in der extremen Rechten: „Über die Vergemeinschaftungsform der von (jungen) Männern dominierten extrem rechten Cliques spielt die Idee des Männerbundes eine bedeutende Rolle für die extreme Rechte. Dieser galt und gilt einem Großteil von ihr als Garant für Wehrhaftigkeit und nationale Stärke.“² Dieses in beiden Institutionen hochgehaltene und tradierte Ideal dürfte die nicht geringe Anziehungskraft von Bundeswehr und Korporation für die extreme Rechte erklären.

175 Jahre Waffenstudententum

Ein ebenso martialisch wie militaristisch anmutendes Korporations-Vokabular, das von „Waffenstudenten“, „Waffenring“, „Waffenverruf“ oder „Fuxmajor“ spricht, weist auf die militärische Herkunft der Verbindungen oder zumindest auf eine große Nähe zum Militär hin. Mit der Bezeichnung „Militär-Fux“ gibt es sogar einen Begriff für ein Verbindungsmitglied, das nicht studiert, sondern in der Armee dient.

Historisch betrachtet sind die Burschenschaften und damit ein größerer Teil der Studentenverbindungen kurz nach den antinapoleonischen Befreiungskriegen im Zuge des allgemeinen nationalen Taumels entstanden. So soll auch die Mehrzahl der leitenden Gründungsmitglieder der Jenaer Urburschenschaft im Lützowschen Jägerkorps gewesen sein.³

Die Wurzeln der Burschenschaft haben also ihren Ursprung in einer militärischen Freiwilligenorganisation.

Die Verbindungen zwischen Studentenverbindungen und Armee blieben über die Jahrzehnte traditionell sehr stark. Besonders nachdem sich der revolutionäre Teil der Korporationen nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 zum obrigkeitstreuen akademischen Eliteservoir wandelte, stand dem Dienst in der Armee nichts mehr im Wege. In der Studentenverbindungsart Corps sammelten sich im Kaiserreich und davor die Adeligen, darunter auch viele Angehörige des preußisch-protestantischen Militäradels. Vor allem

nichtkatholische Verbindungen waren also auch Träger des preußischen Militarismus.

Im Ersten Weltkrieg waren Korporierte anfangs, vermutlich auch durch ihre traditionelle anti-französische Einstellung aus der Gründungszeit motiviert, besonders begeisterte Stürmer und Dränger an die Front. In Berichten von korporierten Soldaten ist vom Waffengang oder Krieg sogar die Rede als „große Mensur“⁴ und „Feuertaufe“. Noch heute pflegt der Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ (DB) ein Langenmarck-Denkmal und damit auch den Langenmarck-Mythos⁵. Die politisch eher gemäßigt-konservative „Deutsche Sängerschaft“ (DS) schafft es sogar in ihrem Verbandsorgan, das Langenmarck-Gedenken mit den heutigen Bundeswehreinheiten zu verbinden: „Die DS gedenkt ihrer Gefallenen aus den Jahren 1914/18 mit einem Gedenkstein im belgischen Langenmarck. Darüber wird aus Anlass des 90. Jahrestages des Ausbruchs des I. Weltkrieges berichtet. Heute setzen wieder Soldaten unseres Heeres, unserer Luftwaffe und der deutschen Marine auf Weisung einer rechtmäßigen deutschen Regierung ihr Leben in Afghanistan, auf dem Balkan und in der Straße von Aden ein, während andere Deutsche Soldaten Mörder nennen.“⁶

Insgesamt sollen 16.000 Korporierte im ersten Weltkrieg gefallen sein. Nach Kriegsende stellten Korporationsstudenten einen großen Teil der rechtsradikalen Freikorps und Zeitfreiwilligen, die halfen, im Inneren Arbeiteraufstände blutig niederzuschlagen oder sich an so genannten „Grenzlandkämpfen“⁷ beteiligten. So sollen die, in der großen Mehrzahl korporierten, Mitglieder des Studenten-Korps Marburg am 25. März 1920 in Mechterstädt (Thüringen) an der Erschießung von 15 Arbeitern teilgenommen haben. Diese Morde standen im Zusammenhang mit dem antidemokratischen „Kapp-Putsch“, der die Weimarer Demokratie beseitigen sollte. Auch im vom „AK Clubhausia“ zusammengestellten Sonderheft „Metzelsuppe“ und in dem Buch „Arbeitertübungen“⁸ wird die Teilnahme von Tübinger Verbindungsstudenten an Massakern bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik dokumentiert.⁹

Heute: Bleibende Nähe

Bis heute existiert ein gutes Verhältnis zwischen beiden männerbündischen Sozialisationsagenturen: vielen Studentenverbindungen und der Armee. Im Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ (DB) mit deutschnationalem Grundverständnis sind Zivildienstleistende zumeist von vornherein von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Die dominierende völkisch-radikale DB-Frak-

tion „Burschenschaftliche Gemeinschaft“ sieht die „Wehrdienstverweigerung“ als ihrer Organisation grundsätzlich „wesensfremd“ an.¹⁰ So wundert es nicht, dass während des akademischen Festkommerses auf dem Burschentag 2007 die deutschnationalen Burschenschafter des Dachverbandes „Deutsche Burschenschaft“ der drei in Afghanistan gestorbenen deutschen Soldaten gedachten. Einige Korporierte wollen aber auch nach dem Armeedienst ihr Training an der Waffe nicht missen, und von rechtsextremen Burschenschaften wie der „Germania Hamburg“ sind sogar Berichte über Wehrsport-Übungen an die Öffentlichkeit gelangt.¹¹

So mancher politisch weit nach Rechts gerückter (Ex-)Militär erscheint als Referent auf den Verbindungshäusern. Besonders beliebt sind der wegen seiner Unterstützung des antisemitischen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann entlassene KSK-General a.D. Reinhard Günzel oder der Geschichtsrevisionist Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Ronhof. Beide Referenten heroisieren kritiklos die Wehrmacht und loben gerne einmal deren Kampfkraft.¹²

Zwischen Sonnwendfeiern, Julfesten und Ostpreußenabenden finden sich bei den Burschenschaften der DB immer wieder Reservistenkneipen, Unteroffiziersbälle und Themenabende zu militärischen Fragen (z.B. der Germanenabend der Germania Hamburg am 03.07.2007 zur „Geschichte und Zukunft des Eisernen Kreuzes“¹³). So traten im Sommersemester 2007 am 2. Mai der Generalmajor a.D. und Geschichtsrevisionist i.D. Gerd Schultze-Ronhof bei der Burschenschaft „Normannia Nibelungen“ in Bielefeld zum Thema „Der Krieg, der viele Väter hatte“ auf.¹⁴ Für den 3. Mai 2008 um 20 Uhr war der Brigadegeneral a.D. Reinhard Günzel bei der „Prager Burschenschaft Teutonia“ in Regensburg mit dem Thema „Die Transformation der Bundeswehr – von der Verteidigungsarmee zur Interventionsarmee“ angekündigt.¹⁵ Bei der Münchener Burschenschaft „Arminia-Rhenania“ war am symbolträchtigen 8. Mai der emeritierte Professor Franz W. Seidler von der Münchener Bundeswehruniversität für den Vortrag „Die westalliierten Kriegsverbrecherprozesse 1945 bis 1953“ angekündigt.¹⁶ Seidler war bereits Referent bei zahlreichen weiteren rechten Vereinen, darunter auch bei der Hamburger Burschenschaft Germania und bei den Bogenhauser Gesprächen der Burschenschaft „Danubia“. Am 15. Mai wiederum trat der bereits erwähnte Günzel bei der Burschenschaft „Ghibellinia zu Prag“ in Saarbrücken als Referent auf.¹⁷

Eindrücklich demonstriert wurde die

Nähe von Burschenschaft und Bundeswehr 1998 ebenfalls, als die rechtsextreme „Freie Deutsche Sommerakademie“ und die standortlose Burschenschaft „AFV! Rugia Karlsbad“ an der TU Dresden ihr zweites Winterkolleg veranstaltete. Vor Neonazis und deutschnationalen Burschenschäftlern sprach der General a.D. Franz Uhle-Wettler, selbst ein Burschenschafter, der äußerst rechtslastige Professor Franz W. Seidler und Michael Kaiser, der CSU-Fraktionschef in Nürnberg, der über seinen Bundeswehreinsatz in Ruanda sprach. Eröffnet wurde die ganze Veranstaltung von Hans-Ulrich Kopp, Alter Herr der Burschenschaft „Danubia“.¹⁸

Die Nähe von rechten Militärs und „Deutscher Burschenschaft“ dokumentiert sich ebenfalls gut in der Autorenschaft in dem DB-Organ „Burschenschaftliche Blätter“. In der Ausgabe 1/1998 zum Thema „Die Zukunft der Bundeswehr“ waren Heinz Karst, Günter Kießling („Germania Bonn“) und Franz Uhle-Wettler u.a. als Autoren vertreten.¹⁹ In der Ausgabe 4/2000 zum Schwerpunkt „Die Wehrmacht“ griffen wiederum Günter Kießling und Franz Uhle-Wettler sowie Franz W. Seidler zur Feder.²⁰ Dass die Berliner Burschenschaft „Thuringia“ in der rechtsextremen Deutschen Militärzeitschrift Nr. 49 um Nachwuchs warb, ist da nur ein weiterer Mosaikstein im Gesamtgefüge.

Doch nicht nur die „Deutsche Burschenschaft“, auch der zweitgrößte pflichtschlagende Dachverband, der „Coburger Convent“, machte mit verklärender Lobhudelei auf Hitlers Wehrmacht von sich Reden. So nannte Dieter Wiebecke, ein Alter Herr der „Mecklenburgia Rostock“, dem damals im „Coburger Convent“ vorsitzenden Mitgliedsbund, auf dem Pfingstconvent 1993 den Vormarsch der deutschen Invasionsarmee unter Feldmarschall Paulus bis nach Stalingrad einen „Opfergang“, sah darin einen „ethischen Wert und die beispiellose Hingabe und Opferbereitschaft der Deutschen Wehrmacht“ und vermisste bei der „heutigen Generation nur ein bisschen von dem Idealismus“.²¹

Anschluss vor Ort

Interessant ist es, einmal zu schauen, ob sich unter den 3.000 Studierenden der beiden Bundeswehr-Universitäten (Hamburg, München) auch Korporierte finden.

Studierenden der Bundeswehr ist es nicht verboten, einer Studentenverbindung beizutreten, für sie gilt lediglich ein Mensur-Verbot. Fündig wird man für München bei der Burschenschaft „Elektra Teplitz“, zu der sich auf der Homepage des Dachverbandes „Deutsche Burschenschaft“ Folgen-

des findet: „Die Aktiven der letzten Jahre waren überwiegend Studenten der Fachhochschule München und der Universität der Bundeswehr in Neubiberg.“²² Weiter wird geschrieben: „Wir bekennen uns zu den Grundwerten der Deutschen Burschenschaft, zu unserer sudetendeutschen Heimat sowie zur waffenstudentischen Mensur.“ Auf ihrer eigenen Homepage steht in der Rubrik „Geschichte“: „Am 30. Lenzing (März) 1990 kam es wieder zur Reaktivierung der Elektra. Gleichzeitig konnten 6 Fuxen von der Universität der Bundeswehr rezipiert werden.“²³

Die „Elektra Teplitz“ darf, wie bereits in den Zitaten erkennbar, an ihrer Germanentümlerei, Verwendung des germanischen Monatsnamens, und Sudetendeutschtümlerei im extrem rechten Bereich verortet werden. Da überrascht es nicht, dass man bereits per Anzeige im rechtsextremen Traditionsblatt „Nation&Europa“ auf Nachwuchssuche ging.²⁴ Ebenso verwundert es kaum, dass die Elektra innerhalb der DB der radikal-völkischen Fraktion der „Burschenschaftliche Gemeinschaft“ angehört.

Auch die ebenfalls in München ansässige Burschenschaft „Arminia Rhenania“ bemüht sich auf ihrer Homepage um Bundeswehr-Studenten: „Du bist/wirst Offizier und würdest auch gerne ein Verbindungsstudent werden? Warum nicht! Auf unserer Seite versuchen wir ein wenig über uns zu informieren. Speziell geht immer das Gerücht um, ein Offizier(sanwärter) dürfte nicht bei einer Studentenverbindung aktiv werden, es sei sogar verboten. [...]“

Solltest Du noch Fragen haben, dann kannst Du gerne bei uns nachfragen. [...]

Haben wir Dein Interesse geweckt? Dann melde Dich einfach bei uns.“²⁵

Doch den zukünftigen Bundeswehr-Kadern kann zuviel offenes Engagement in einer rechten Studentenverbindung auch auf die Füße fallen. So wurde am 02.08.2002 Mario S., Sprecher der Münchner Burschenschaft „Elektra Teplitz“ und Oberstleutnant der Bundeswehr in München, wegen reversionistischer und antisemitischer Äußerungen zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.²⁶ Der Bundeswehrgeheimdienst soll zudem gegen weitere Offiziersanwärter der Münchner Burschenschaft wegen Verbreitung rechtsextremen Gedankengutes ermittelt haben. In Hamburg dürfte die dortige Bundeswehr-Universität ein ähnliches Rekrutierungsfeld für die Burschenschaft Germania bilden wie München für die Elektra. Laut unbestätigten Beobachtungen wirbt die Germania an der Bundeswehr-Universität für ihre Veranstaltungen²⁷ und die auch aus dem Umfeld der Germania entstandene rechtsradikale „Gruppe 146“

konnte 1990 in den Räumen der Universität einen Vortrag veranstalten.

Auch andernorts ist die Nähe zu Heer und organisierten Rechtsextremismus gegeben. In Österreich, wo deutschnationale Waffenverbindungen die rechtsextreme Volkspartei FPÖ dominieren, wird in diesen Reihen unter Bezug auf die Männlichkeit ein gutes Verhältnis zum österreichischen Bundesheer gepflegt.²⁸

Fazit

Insgesamt besteht zwischen schlagenden Verbindungen, insbesondere den Burschenschaften, und der Bundeswehr ein beständiges und festes Band. Dadurch wird auch rechtskonservatives Gedankengut im Offiziers-Corps am Leben gehalten. Auf der anderen Seite fungieren Studentenverbindungen durch ihre traditionelle Nähe als die Waffenschmieden der Bundeswehrhochschulen, wo u.a. durch entsprechende öffentliche Vorträge militaristisches Gedankengut unter Akademikern gestreut wird.

Anmerkungen

¹ Alexandra Kurth: Männer - Bünde - Rituale. Studentenverbindungen seit 1800, Frankfurt am Main 2004, Seite 39

² Fabian Virchow: Gegen den Zivilismus, Wiesbaden 2006, Seite 405

³ Alexandra Kurth: Männer - Bünde - Rituale. Studentenverbindungen seit 1800, Frankfurt am Main 2004, Seite 91

⁴ Ute Wiedhöft: Kontinuitäten korporierter Mentalitäten im ersten Weltkrieg, in: Hirschfeld, Gerhard / Krumeich, Gerd / Langewiesche, Dieter / Ullmann, Hans-Peter (Hg.): Kriegser-

fahrungen. Studien zur Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs, Essen 1997, Seite 189

⁵ Langenmarck-Mythos: Als 1914 unausgebildete Kriegsfreiwillige, meist ehemalige Studenten, bei Langenmarck gegen die französischen Linien anrannten, sollen sie dabei der Legende nach „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen haben. Dieser militärisch besonders sinnlose freiwillige Opfertod, wurde im nationalistischen Eifer oft als „Heldentod“ und Vorbild verkürt.

⁶ Aus dem Verbandsblatt „Deutsche Sängerschaft“ 2-2004

⁷ Grenzlandkämpfe: Damit sind die Kämpfe irregulärer deutscher Truppen, oft mit geheimer Unterstützung der Regierung, in Oberschlesien und im Baltikum gemeint, die sich gegen die Bestimmungen des „Versailler Vertrages“ richteten.

⁸ DGB Tübingen (Hrsg.): Arbeitertübingen. Zur Geschichte d. Arbeiterbewegung in e. Universitätsstadt, Tübingen 1981, Seite 135-40

⁹ http://clubhausia.fsrsv.de/?8._Sonderheft%3A_%22Metzelsuppe%22

¹⁰ Helmut Blazek: Männerbünde. Eine Geschichte von Faszination und Macht, Berlin 2001, Seite 217

¹¹ Andreas Speit: Braune Burschen, in: taz Hamburg vom 14.7.2003; www.taz.de/dx/2003/07/14/a0254.1/text-ges,1

¹² Vgl. ausführlich Lucius Teidelbaum: Braunzone Bundeswehr? Der bundesdeutsche Rechtsextremismus und die Bundeswehr, IMI-Studie 2008/04.

¹³ [http://209.85.135.104/search?q=cache:r4FvoPoMcuWJ:www.germania-hamburg.de/neu/txt_hamburg.htm+%E2%80%9EGeschichte+und+Zukunft+des+Eisernen+Kreuzes%E2%80%9C%E2%80%9CGermania+Hamburg%E2%80%9C&hl=de&ct=clnk&cd=2&gl=de&client=](http://209.85.135.104/search?q=cache:r4FvoPoMcuWJ:www.germania-hamburg.de/neu/txt_hamburg.htm+%E2%80%9EGeschichte+und+Zukunft+des+Eisernen+Kreuzes%E2%80%9C%E2%80%9CGermania+Hamburg%E2%80%9C&hl=de&ct=clnk&cd=2&gl=de&client=firefox-a)

firefox-a, Zugriff: 16.10.2008

¹⁴ http://normannia-nibelungen.de/wir_ueber_uns/vortraege_auf_dem_haus/, Zugriff: 16.10.08

¹⁵ <http://www.teutonia-prag.de/>, Zugriff: 16.10.08

¹⁶ <http://www.arminia-rhenania.de/Inhalt/Friedensengel>, Zugriff: 16.10.2008

¹⁷ <http://ghibellinia-prag.de/test/phpkit/include.php?path=start.php>, Zugriff: 16.10.2008

¹⁸ Braune Kameraden, in: STERN vom 05.03.1998, Seite 196/97

¹⁹ vgl. http://www.burschenschaft.de/server/bbl/01_1998.htm, Zugriff: 16.10.2008

²⁰ vgl. http://www.burschenschaft.de/server/bbl/04_2000.htm, Zugriff: 16.10.2008

²¹ Coburger Tageblatt vom 01.06.1993, nach: Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, Seite 326

²² <http://www.burschenschaft.de/studieninformationen/muenchen.htm#ob>, Zugriff: 13.05.2007

²³ <http://www.elektra-teplitz.de/>, Zugriff: 13.05.2007

²⁴ Gabriele Nandlinger: „Ehre, Freiheit, Vaterland!“. Burschenschaften als Refugium für intellektuelle Rechtsextremisten; http://www.bpb.de/themen/TGE8K9,0,0,Ehre_Freiheit_Vaterland%21.html

²⁵ <http://www.arminia-rhenania.de/Inhalt/Offizier>, Zugriff: 25.09.2007

²⁶ Süddeutsche Zeitung v. 03.08.2002

²⁷ Revanchisten an Bundeswehr-Uni, 05.04.2005; <http://de.indymedia.org/2005/04/111138.shtml>

²⁸ A. Klärner/M. Kohlstruck (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Bonn 2006, Seite 289

EU-Einsatz ATALANTA gegen Piraten ist auch ein Militäreinsatz zur Absicherung wirtschaftlicher Interessen

Offensichtlich will die Bundesregierung sich mit einem sehr umfangreichen Kontingent am beschlossenen EU-Militäreinsatz Atalanta beteiligen, es ist von ca. 1.400 Soldaten die Rede. Neben der geplanten Fregatte will der deutsche Militärminister Franz-Josef Jung nun auch „Sicherungskommandos“ auf Frachtern deutscher Reeder abstellen, ein Plan, der die Situation vor Ort enorm eskalieren wird.

Das Problem der Piraterie ist in weiten Teilen hausgemacht. Die österreichische Zeitung „Die Presse“ bringt es auf den Punkt: „Nutzen wird dieser Einsatz am Horn von Afrika nach Expertenangaben zugleich auch hunderten illegal operierenden Fisch-Trawlern aus der EU, Russland und Asien. Mit ihren Raubzügen nach dem Kollaps des somalischen Staates 1991 aber hatten diese Fischereiboote entscheidend zur Ausbreitung der Piraterie beigetragen:

Arbeitslos gewordene somalische Fischer wurden damals zu Seeräubern, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.“

Not tun deshalb Sanktionen gegen hochindustrialisierte Fischereischiffe, die bis weit innerhalb der somalischen 12 Meilen Zone illegal die reichen Fischgründe Somalias abgefischt haben und nach wie vor abfischen. Hier ist die Europäische Union gefordert, handelt es sich doch nicht selten um Schiffe aus der EU oder unter „Billigflaggen“ laufende Schiffe in Besitz von EU-Bürger/innen.

In Somalia selbst läuft - während alles auf die Piraten vor der somalischen Küste schaut - eine humanitäre Katastrophe großen Ausmaßes. Seit äthiopische Truppen in Somalia einmarschiert sind, unterstützt von US-Truppen und sanktioniert vom UN-Sicherheitsrat, sind aufgrund der Kämpfe und der unerträglichen Situa-

tion vor Ort Millionen Menschen auf der Flucht und tausende Menschen getötet worden.

Um was es bei der Entsendung der ganzen Kriegsschiffe von NATO, EU, Russland u.a. in die Region geht, ist wesentlich auch die militärische Absicherung des Welt Handels, nicht selten unter Verletzung der Souveränität der Staaten vor Ort.

In Deutschland wird mit dem Pirateneinsatz ganz „en passant“ die klare Trennung zwischen Militär und Polizei aufgehoben. Sollen jetzt Piraten durch Militärs „festgenommen“ werden?

Der geplante EU-Militäreinsatz ATALANTA löst keines der Probleme vor Ort, er schafft neue Probleme und bedeutet eine weitere Militarisierung der EU-Politik und ist deshalb klar abzulehnen.

Tobias Pflüger

Skrupellos: Bundeswehr-Marketing in Jugendmedien

von Michael Schulze von Glasfer

Die globalen Militärinterventionen und der angestrebte Einsatz im Inland zwingen die Bundeswehr dazu, neuen Nachwuchs zu rekrutieren. Kein leichtes Unterfangen – ist die Popularität der Bundeswehr durch den gefährlichen Einsatz in Afghanistan doch auf einem Tiefststand. Umso aggressiver ringt die Armee nach neuen RekrutInnen – ohne Skrupel und Moral.

Beispiel: SPIESSER

Der SPIESSER ist eine kostenlose Jugendzeitschrift aus Dresden und wurde 1994 gegründet. Seit September 2007 erscheint der SPIESSER bundesweit an über 19.000 Schulen, Jugendeinrichtungen, Berufsinformationszentren und anderen Orten an denen sich Jugendliche aufhalten. Die Zeitschrift richtet sich an Jugendliche im Alter von 14 – 22 Jahren und hat eine Gesamtauflage von mittlerweile 1 Million Exemplaren¹. Damit gehört der SPIESSER zu einem der auflagenstärksten Medien für Jugendliche in Deutschland. Dies weiß anscheinend auch die Bundeswehr. So warb sie gleich in drei aufeinander folgenden Ausgaben der fünfmal jährlich erscheinenden Jugendzeitschrift für sich. Hinzu kam eine kleinere Anzeige in einem SPIESSER-Spezial zur April-Ausgabe.

Erstmals erschien im SPIESSER vom Juni 2007 – damals noch mit einer Auflage von rund 300.000 Exemplaren – eine ganzseitige Anzeige der Bundeswehr². Unter der bunten Überschrift „Gratis abonnieren & iPod gewinnen“ warb die Armee für ein kostenloses Abonnement der „infopost“ – das kostenlose Jugendmagazin der Bundeswehr. Die Anzeige umfasste daher auch einen Bestellcoupon zum Ausfüllen und Ausschneiden. Als Anreiz zum Abonnement dient die Teilnahme an einem Gewinnspiel um 20 Mp3-Player (iPod).

In der nächsten Ausgabe des SPIESSER – September 2007 – warb die Bundeswehr ebenfalls mit einer ganzseitigen Anzeige. Diesmal jedoch nicht für die „infopost“, sondern ohne Umwege für die „Karriere in der Bundeswehr“³. Neben mehreren Freigattinnen und Marine-Soldaten ist auch ein Marine-Hubschrauber zu sehen. Den Vordergrund bildet ein Bundeswehr-Matrose. „Eines vorweg: Unsere Auswahlkriterien sind

genauso anspruchsvoll wie die späteren Einsätze. Wir suchen junge Frauen und Männer, die absolute Leistung bringen und Verantwortung übernehmen. Sie gehören dazu? Dann bewerben Sie sich jetzt“, heißt es in der Anzeige. Neben einer Website-Adresse ist auch die Nummer der „Karriere-Hotline“ angegeben.

Eine ähnliche Bundeswehr-Anzeige folgte in der SPIESSER-Ausgabe vom November 2007.⁴ Text und Layout blieben erhalten, nur die Bilder zeigten diesmal nicht die Marine, sondern einen CH-53 Transporthubschrauber mit ISAF-Aufschrift⁵ in einer kargen Landschaft – wohl Afghanistan – und ein Geländefahrzeug mit KFOR-Schriftzug.⁶ Im Vordergrund diesmal eine Soldatin und ein Soldat des Heeres. Die Werbung zielt also explizit auf einen Einsatz der RekrutInnen im Ausland ab.

Für das kostenlose Abonnement der „infopost“ warb die Bundeswehr abermals im SPIESSER vom April 2008. Diesmal allerdings nicht direkt im Heft, sondern im SPIESSER-Spezial – einer Beilage zum Thema Technik und Ausbildung.⁷ Die bunte Anzeige ähnelt derjenigen in der Ausgabe vom Juni 2007. Es werden ebenfalls mehrere Mp3-Player unter den AbonentInnen verlost – ein Lockmittel. Die Bundeswehr-Werbeanzeige umfasst im Gegensatz zu den vorherigen aber nur eine halbe Seite – werden der Armee die Anzeigen zu teuer?

Immerhin ergibt ein Blick in die Anzeigenpreisliste des SPIESSER, dass die Bundeswehr für die vier Anzeigen bisher weit über 100.000 Euro bezahlt haben muss. Teure Bundeswehr-Werbung für junge Menschen in Massenmedien ist keine Seltenheit mehr.

Bundeswehr-Werbung in Jugendmedien

Auch in anderen Printmedien für junge Menschen wirbt die Armee. Hier sei beispielsweise das Informationsheft der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) für das Wintersemester 2008/2009 genannt, in dem die Bundeswehr ganzseitig für ein „Studium mit Gehalt“ an einer Bundeswehr-Universität warb – gerade an AkademikerInnen fehlt es dem Militär. Auch im Studien- und Berufswahlbuch

GASTBEITRAG

2005/2006 der Bundesagentur für Arbeit warb die Armee auf zwei Seiten mit „7 gute[n] Gründe[n], Offizier zu werden“.

Ein Höhepunkt der Bundeswehr-Werbung ist mit Sicherheit die Kooperation mit der Wochenzeitung DIE ZEIT. Dort ist die Armee im Onlineangebot schon „Partner“ im Ressort „ZEIT Campus“, das sich an (angehende) StudentInnen richtet.⁸ Dies drückt sich an einer „Partneranzeige“ und weiteren Bundeswehr-Anzeigen auf der Website aus. Auch die Rückseite der ZEIT-Beilage „Chancen“ vom 2. Oktober 2008 soll mit einer Bundeswehr-Anzeige gespickt gewesen sein.

Die Bundeswehr wirbt auch verstärkt im Radio – beispielsweise auf dem WDR Radiosender Einslive⁹, dem Sender mit der jüngsten Hörerschaft in NRW. Auch im Radio Fritz, dem Jugendsender von Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB), soll die Bundeswehr schon seit einigen Jahren für sich werben. In einem Spot wird beispielsweise für eine Ausbildung zum Pilot bzw. zur Pilotin mit nebenher laufendem Studium an einer Bundeswehr-Universität geworben.

Selbst im Kino buhlt die Bundeswehr in Werbespots um Sympathien und neue RekrutInnen.

Bundeswehr-Marketing ohne Skrupel

Das Marketing der Bundeswehr zur Gewinnung von SympathisantInnen und neuen RekrutInnen umfasst zwei Wege: Zum einen organisiert die Bundeswehr eigene (Werbe-) Veranstaltungen wie „KarriereTreffs“¹⁰, Bw-Olympix¹¹, Messestände¹² und Konzerte der Bundeswehr BigBand¹³ und gibt ihre eigene Jugend-Werbezeitung „infopost“ heraus. Zum andern positioniert die Bundeswehr immer häufiger Werbung in zivilen Massenmedien – insbesondere Jugendmedien.

Dabei schreckt Sie nicht davor zurück, auch offensiv um die Gunst Minderjähriger, die nicht im wehrdienstfähigem Alter sind, zu buhlen. Mit Mp3-Player-Gewinnspielen verführt die Armee die jungen LeserInnen zu einem Abo der Bundeswehr Propaganda-Zeitschrift „infopost“. Lachende Soldaten und die auf viele Jugendliche anziehend wirkende (Militär-) Technik zeichnen ein vollkommen falsches Bild vom Dienst an der Waffe, insbesondere vom Einsatz im Ausland. Oftmals wird ein kostenloses Studium an einer Bundeswehr-Hochschule als Anreiz für die jungen Menschen beworben – und zugleich die Realität verschwiegen. Kein Wort von lebensgefährlichen Auslandseinsätzen und dem Einsatz von Waffen gegen andere Menschen.

Natürlich muss die Bundeswehr der Groß-



Sorgt für ein positives Bild der Armee - früher Umgang mit der Waffe

teil der Kritik treffen. Doch auch die BetreiberInnen von Jugendmedien stehen in der Verantwortung, die jungen Menschen vor dem Militär zu schützen. Profitinteressen dürfen der Moral und Verantwortung gegenüber den jungen Menschen nicht weichen. Dies hat insbesondere der SPIESSER verkannt und mit der Veröffentlichung der zahlreichen Bundeswehr-Anzeigen sein eigenes Redaktionsstatut hintergangen:

§1 - [...] Die Redaktion lehnt Gewalt als Mittel zum Erreichen sozialer, politischer oder gesellschaftlicher Ziele ab.

§3 Werbe- und Kooperationspartner müssen zum inhaltlichen Anspruch und den Redaktionsprinzipien (§1) von SPIESSER passen. Werbung für Produkte und Dienstleistungen, die sich ausschließlich an volljährige Leser richtet (Beispiel: Alkohol- und Zigarettenwerbung) werden im SPIESSER nicht veröffentlicht.¹⁴

Auch die KinobetreiberInnen und Radiostationen stehen in der Pflicht, nicht für die Armee zu rekrutieren. Das WDR (Einslive) versuchte sich auf Anfrage aus der Affäre zu ziehen und verwies auf die verantwortliche Düsseldorfer Werbeagentur Zenithmedia GmbH – dass die Medien unmoralisch handeln, scheint ihnen bewusst zu sein. Die SPIESSER-Redaktion hat auf bereits im Juli 2008 gestellte Fragen bezüglich der Armee-Werbung trotz mehrmaligen Nachhakens bis heute nicht geantwortet.

Ob durch das kostspielige Bundeswehr-Marketing neue RekrutInnen für die Armee gewonnen werden, bleibt indes nur Spekulation, die Armee hält sich bezüglich ihrer Marketing-Strategie und deren Erfolge sehr bedeckt. Allein der Effekt auf alle erreichten Jugendlichen – dass die Bundeswehr überhaupt ins Bewusstsein der jungen Menschen gerufen wird – ist jedoch nicht zu unterschätzen. Immerhin fehlt es der Armee heute oft an Popularität. Da lohnt es sich, früh ein positives Bild der Armee in den Köpfen junger Menschen zu verankern – die Moral gegenüber den jungen Menschen bleibt auf der Strecke.

Anmerkungen

¹ www.media.spiesser.de

² SPIESSER #114 – Juni 2007, S.37.

³ SPIESSER #115 – September 2007, S.27.

⁴ SPIESSER #116 – November 2007, S.27.

⁵ ISAF (International Security Assistance Force) ist die Bezeichnung der Militärmission in Afghanistan unter NATO-Führung und deutscher Beteiligung.

⁶ KFOR (Kosovo Force) ist die Bezeichnung der Militärmission im Kosovo unter NATO-Führung und deutscher Beteiligung.

⁷ SPIESSER #118 – April 2008, Spezial „Technik zum Anbeißen“, S.9.

⁸ www.zeit.de/campus/index, zuletzt geguckt am 14. Oktober 2008

⁹ Einslive (1Live), beispielsweise am 16. September 2008 im Werbeblock um 16.56 Uhr

¹⁰ Seit Jahren tourt die Bundeswehr mit ihrem

„KarriereTreff“ durch die Bundesrepublik; der „KarriereTreff“ besteht aus einem begehbaren Sattelschlepper, einer Kletterwand, einem mobilen Kino, einer Funsport-Einrichtung und einer Bühne; optional werden verschiedene Bundeswehr-Gerätschaften (z.B. Feldjäger-Motorräder oder Panzer) zu den Veranstaltungen an Schulen, bei Sportfesten oder in Fußgängerzonen hinzugezogen.

¹¹ Die Bw-Olympix (Bundeswehr-Olympiade) sind eine alle zwei Jahre stattfindende kostenlose Sportveranstaltung für rund 1000 Jugendliche in der Bundeswehr Sportschule im westfälischen Warendorf; neben den Sportstätten, auf denen die Wettkämpfe ausgetragen werden, finden dort auch Wehrdienstberatungen statt; Panzer, Hubschrauber und andere militärische Gerätschaften stehen zum Beschauen auf dem Gelände.

¹² Die Armee besitzt gleich mehrere Messestände und ist damit auf zahlreichen Jobmessen vertreten; auch hier wird optional militärisches Gerät mitgeführt.

¹³ Die Konzerte der Bundeswehr BigBand werden meist von einem Infomobil begleitet, in dem Wehrdienstberatungen stattfinden; Hauptzweck der Bundeswehr-BigBand ist jedoch die Gewinnung von Sympathie in der Bevölkerung, Konzerte werden meist pompös aufgezogen und finden weniger bei Jugendlichen als viel mehr bei älteren Menschen Anklang

¹⁴ <http://www.spiesser.de/default.aspx?ID=4401>, zuletzt geguckt am 15. Oktober 2008

Illusionen der Allmacht

Praktische Anmerkungen zur „Verantwortung zum Schutz“

von *Christoph Marischka*

Kleinkinder schlüpfen beim Spielen gerne in die Rolle von Erwachsenen, mimen Cowboys oder Polizisten, hantieren mit Spielzeugsoldaten oder mit Actionfiguren, die über allerlei Waffen und Funktionen verfügen. In der Psychologie wird dieses Verhalten oft mit der Ohnmacht erklärt, welche die Kinder angesichts der langsam über sie hereinbrechenden Realität empfinden. Diese Ohnmacht wird im Spiel durch Allmachtsphantasien verarbeitet. Ohnmachtsgefühle können aber auch Erwachsene überkommen, angesichts der Bilder von Krieg, Verstümmelung und systematischer Vergewaltigung, die alltäglich sichtbar gemacht werden. Diese Ohnmacht hat jüngst wahrscheinlich auch der Menschenrechtsbeauftragte einer christlichen Organisation bei einem Besuch in Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo verspürt, in dessen Rahmen er sich auch mit vergewaltigten Frauen unterhielt, die in der ostkongolesischen Provinzhauptstadt Goma behandelt wurden. Nach seiner Rückkehr bat er im Namen seiner Organisation Außenminister Steinmeier „sich gegenüber dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für eine sofortige Stärkung und Aufstockung der UN-Friedenstruppen einzusetzen. Dabei sollte das robuste Mandat der Monuc in vollem Umfang ausgeschöpft und die Truppen in die Lage versetzt werden, die Zivilbevölkerung wirkungsvoll zu schützen.“¹

Unter der Hand wird in EU-Sicherheitskreisen schon seit über einem Jahr, seit die Kämpfe zwischen den Milizen Nkudas und der offiziellen Armee der DR Kongo das letzte Mal eskalierten, ein weiterer EU-Einsatz am Kongo erwogen. Eine entsprechende Anfrage und ein entsprechender Beschluss des UN-Sicherheitsrat lassen sich jederzeit einholen - die Strukturen hierfür sind zwischen dem UN Departement für Peacekeeping Operations und dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU im Rahmen der vorangegangenen EU-Einsätze in der DR Kongo entstanden.² Nun hat Frankreichs Außenminister Bernard Kouchner vorgeschlagen, eine EU-Battlegroup in das Land zu entsenden. Ob dieser Einsatz zu Stande kommt, wird nicht von humanitären Erwägungen abhängen,

sondern davon, was sich die EU und ihre Mitgliedstaaten diesmal von einem solchen Einsatz an strategischem Gewinn erwarten. Die bisherigen Einsätze der EU in Afrika dienten vor allem der Erprobung neuer logistischer Fähigkeiten und des neuen Einsatzkonzeptes der Battlegroups und haben die Situation in Zentralafrika nicht verbessert. Doch die Ohnmacht der Mitfühlenden wird auch über den Zweck, solche teuren Manöver zu rechtfertigen, hinaus instrumentalisiert. Zum Beispiel, um ein Recht auf Intervention durch die Großmächte im Völkerrecht als „Verantwortung zum Schutz“ zu verankern. Diese wird zunächst in theoretischer Hinsicht kritisiert und anschließend in praktischer Hinsicht als nicht umsetzbar beschrieben.

Eine „Verantwortung zum Schutz“?

Die populärsten Bilder, welche nicht nur die Ohnmacht jedes und jeder Einzelnen, sondern auch der „Internationalen Gemeinschaft“ in ihren bisherigen Friedenseinsätzen demonstrieren, sind der Völkermord in Ruanda 1994 und das Massaker von Srebrenica von 1995, die jeweils mehr oder weniger unter den Augen von UN-Friedenstruppen stattfanden. Die UNAMIR in Ruanda hatte jedoch kein Mandat zum bewaffneten Einsatz außer zur Selbstverteidigung, die UNPROFOR-Soldaten in Bosnien hingegen fielen selbst in die Hand der serbischen Truppen, weshalb sich die NATO nicht zu Luftangriffen gegen diese durchringen wollte.³ Erst seit 1999 sind fast alle UN-Einsätze mit einem „robusten“ Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta zum Schusswaffengebrauch jenseits der Selbstverteidigung ermächtigt, das auch den Schutz der Zivilbevölkerung umfasst - ohne dass jedoch klar wäre, was dies im konkreten Falle bedeutet. Eine Neudefinition des Völkerrechts war hierfür nicht von Nöten. Dennoch stellte Kofi Annan vor der UN-Vollversammlung 2000 das ihm zugrunde liegende Souveränitätsprinzip in Frage, indem er die Bilder von Ruanda und Srebrenica beschwor: „Wenn humanitäre Intervention tatsächlich einen inakzeptablen Anschlag auf das Souveränitätsprinzip darstellt, wie sollen wir dann auf ein Ruanda, auf ein Srebrenica reagieren -

auf schwere und systematische Menschenrechtsverletzungen, die jegliches Prinzip unserer gemeinsamen Menschlichkeit tangieren?“⁴

Daraufhin gründete die kanadische Regierung eine „Expertengruppe“, welche das vermeintliche Dilemma zwischen dem Gebot der Nicht-Intervention und der Verantwortung der Internationalen Gemeinschaft, Massaker und Völkermorde zu verhindern, untersuchen sollte und feststellen wollte, „wann - wenn überhaupt - es für Staaten angemessen ist, Zwangs- und insbesondere militärische Maßnahmen gegen einen anderen Staat zu ergreifen, um gefährdete Menschen in diesem anderen Staat zu schützen.“⁵ Der Abschlussbericht der Kommission trug den Titel „The Responsibility to Protect“ („Die Verantwortung zum Schutz“, R2P) und wurde Ende 2001 veröffentlicht. Diese Verantwortung zum Schutz soll ein neues Souveränitätsverständnis etablieren und damit das Interventionsverbot aushebeln, ohne dass die UN-Charta in ihrem Wortlaut geändert werden müsste. Demnach sei es die Aufgabe aller Staaten, ihre Bürger vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Können oder wollen die Staaten Massaker, „ethnische Säuberungen“ oder systematische Menschenrechtsverletzungen an ihrer Bevölkerung nicht verhindern, so ginge diese Verantwortung an die „internationale Gemeinschaft“ über. Eine humanitäre Intervention sei dann auch ohne eine Gefährdung des Weltfriedens und im Zweifelsfall auch ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates legitim, da sie nicht gegen das Prinzip der Nicht-Einmischung verstoße. Denn dem betreffenden Staat wird seine Souveränität schlicht aberkannt.

Auch wenn diese Argumentation in politischen und wissenschaftlichen Publikationen gerne als „elegant“ beschrieben wird und nach Ansicht einiger Regierungen - u.a. der deutschen - bereits als „völkerrechtliche Lehre“ gilt,⁶ so ist sie komplett falsch! Sie geht erstens von einem völlig falschen Begriff der Menschenrechte aus, denn Menschenrechte sind in erster Linie als Schutzrechte vor dem Staat und seinem Handeln zu verstehen, nicht als etwas, das der Staat gewährleistet. Die Begrifflichkeit der Menschenrechte, welche der R2P zugrunde liegt, ist darüber hinaus dazu geeignet, Menschenrechte als individuelle und absolute Rechte zu relativieren. Erst, wenn sie in großem, international als bedeutend erachtetem Maßstab verletzt werden, entfalten sie demnach ihre Wirkung, indem sie den Weg zu einer militärischen Intervention frei machen. Zweitens kann die R2P keine internationale Rechtsgrundlage bieten, da sie von vornherein relativ ist, also

nur für eine bestimmte Staatengruppe gilt: Für starke Staaten eröffnet sie ein Recht auf Intervention, für schwache Staaten die Gefahr, Ziel einer Intervention zu werden. Indem sie auf starke Staaten (d.h. mit einem funktionierenden Gewaltmonopol) nicht anwendbar ist,⁷ tendiert sie außerdem automatisch dazu, diese und die durch sie verursachten Menschenrechtsverletzungen als legitim erscheinen zu lassen.⁸ Drittens geht die R2P von völlig falschen Annahmen über Außen- und Militärpolitik und ihren Triebfedern aus. Kein Staat stellt Streitkräfte auf, rekrutiert und bewaffnet junge Männer und schickt diese in womöglich tödliche Auslandseinsätze, um humanitäre Hilfe zu leisten. Armee und Soldatentod lassen sich nur durch nationale Interessen, durch Staatsräson, begründen und Auftrag und Expertise von Soldaten bestehen darin, im Kontext des Krieges zu den Waffen zu greifen, einen Raum zu erobern oder einen Feind zu besiegen. Werden Soldaten aus ihrem Begründungszusammenhang herausgerissen und mit dem Auftrag, die Zivilbevölkerung zu schützen, in andere Länder entsandt, ergeben sich praktische Probleme, die im Folgenden anhand vergangener Einsätze, denen keine starken nationalen Interessen zugrunde lagen, dargestellt werden sollen.

Das Problem der Fläche

Der Vorschlag für den jüngsten EU-Einsatz in der DR Kongo besteht darin, 1.500 europäische Soldaten in den Osten des Landes zu entsenden, das fast so groß ist, wie Westeuropa. Nach den ersten EU-Einsätzen in der DR Kongo und angesichts der über zehnmal so starken UN-Truppe Monuc, die bereits seit 1999 (mit gegenwärtig 16.475 Soldaten) im Land aktiv ist, wird mittlerweile auch von der Presse wahrgenommen, dass hiermit nicht substanzial zur Verbesserung der Sicherheitslage beigetragen werden kann. Ein solcher Einsatz erfordert ein hohes Maß an Logistik, weshalb es letztlich wenige Dutzend EU-Soldaten mehr wären, die für Patrouillen und Sicherungsaufgaben zur Verfügung stünden - noch dazu Soldaten, die im Gegensatz zur Monuc keine Kenntnis über die Region, die Haltungen in der Bevölkerung und die Akteurskonstellationen hätten. Angesichts der schieren Größe der DR Kongo und auch der umkämpften Region ist es unwahrscheinlich, dass die Soldaten überhaupt auf Milizionäre trafen, geschweige denn, diese identifizieren könnten. Auch die Monuc ist keineswegs fähig, in den Dörfern dauerhaft präsent zu sein oder die Städte abzusichern. Wenn sie im Rahmen allgemeiner Sicherheitsaufgaben oder Patrouillen auf Gegner

trifft, ist sie meist in der Unterzahl und nicht handlungsfähig.

Um eine flächendeckende, handlungsfähige Präsenz in der DR Kongo herzustellen, wären etwa zwei Millionen Soldaten nötig.⁹ Zwei Millionen fremde Soldaten aber brächten wiederum eine Menge negativer Begleiterscheinungen mit sich und würden auf die Dauer als Besatzer wahrgenommen. So ist bekannt und dokumentiert, dass Drogenhandel, Prostitution, Kindesmissbrauch und damit auch der Menschenhandel dort blühen, wo internationale Soldaten stationiert sind. Selbst bei dem verhältnismäßig kleinen EUFOR-Einsatz in Bunia 2003 kam es zu schweren Menschenrechtsverletzungen zumindest durch französische Soldaten, die bis heute nicht strafrechtlich verfolgt wurden.¹⁰ Die Geschichte der Monuc und anderer größerer UN-Missionen weist eine Vielzahl von Fällen auf, in denen UN-Soldaten in Waffen- und Rohstoffhandel involviert waren. Bereits Verbände dieses Maßstabs entwickeln eine unkontrollierte Eigendynamik: So gibt es innerhalb der Monuc-Führung einerseits Positionen, welche Einsätze der Regierungstruppen gegen die Soldaten Nkundas bis weit über das zugelassene Mandat hinaus - beispielsweise mit Maschinengewehrfeuer aus Hubschraubern heraus - unterstützen, während ein indischer Kommandeur einer Basis in Nord-Kivu die UN im Juli 2008 damit schockierte, dass er auf einer öffentlichen Veranstaltung seine Unterstützung Nkundas und dessen Bewegung erklärte.¹¹ In der Bevölkerung wird vermutet, Teile der UN-Truppen hätten gar kein Interesse an einem Ende des Konfliktes, da sie im Zuge ihres Einsatzes gute Geschäfte machen könnten.

Der Aufbau von Friedensmissionen

Wenn die EU- und NATO-Staaten keine geostrategischen Interessen in einer Region haben, werden sie nur zögerlich Soldaten entsenden und sich bemühen, dass diese keiner großen Gefahr ausgesetzt werden. Hierdurch entsteht eine charakteristische Zusammensetzung langfristiger UN-Missionen, die das aussichtslose Ziel verfolgen, militärisch Frieden zu schaffen. So besteht beispielsweise die UN-Truppe Monuc in der Masse aus Soldaten aus Indien, Pakistan, Bangladesch, Uruguay, Südafrika und Nepal, also ärmeren Ländern, die tw. selbst in langfristige Konflikte verwickelt sind, deren Soldaten wegen schlechterer Bezahlung und Ausbildung demnach auch anfälliger dafür sind, selbst Menschenrechtsverletzungen zu begehen oder sich korrumpieren zu lassen.

Die nationale und auch sprachliche

Geschlossenheit einzelner Kontingente fördert wiederum die Eigendynamiken einzelner Truppenteile und erhöht die Distanz zur Einsatzleitung und deren politischen Sprechern, die wiederum häufig aus OECD-Staaten stammen und wenig Bezug zu den Einsatzkräften haben. Die Führungsebene ist deshalb oft schlecht informiert, kennt nicht die Bedürfnisse der Soldaten und betreibt gegenüber der internationalen Gemeinschaft „Okay-Reporting“, d.h. sie versucht, die Probleme der Mission in einer Art nieder zu reden, welche die Einsatzkräfte gefährdet. Daraus entstehen erhöhte Erwartungen durch die internationale Gemeinschaft beispielsweise nach einem robusteren Eingreifen, denen die Truppen in der Praxis nicht oder nur bei hoher persönlicher Gefährdung oder durch Rechtsbrüche nachkommen können.

Demokratie und Friedenseinsätze

Es gibt zwei miteinander verwobene Mechanismen, die dazu führen, dass die Masse der Soldaten in Friedenseinsätzen tendenziell aus weniger demokratischen Systemen und autoritärer Strukturierter Armeen stammt. Zunächst mag die Zustimmung der Bevölkerung des Entsendelandes für einen humanitären Einsatz hoch sein, wenn aber in eine echte Krisensituation an den Brennpunkt Truppen entsandt werden sollen und mit hohen eigenen Verlusten zu rechnen ist, dann wird diese Zustimmung rasch sinken und die Politiker werden sich heftigen Vorwürfen ausgesetzt sehen, wenn sie das Leben ihrer Soldaten für eher abstrakte und schwer erreichbare humanitäre Ziele geopfert haben. Deshalb tendieren westliche Staaten selbst dann, wenn sich humanitäre Motive und geostrategische Interessen überlappen, eher zu Luftangriffen, als zur Entsendung von Bodentruppen, wie beispielsweise beim Krieg gegen Rest-Jugoslawien. Luftangriffe mindern das Risiko eigener Verluste, gefährden aber eher die Zivilbevölkerung im Einsatzgebiet, als dass sie diese schützen - auch, weil die angegriffenen Truppen oder Milizen angesichts von Luftangriffen ihre Stellungen oft lieber verlassen und Schutz in zivilen Einrichtungen und Dörfern suchen, aus denen wiederum die Bevölkerung flieht.¹²

Der andere Mechanismus besteht darin, dass tendenziell die Einsatzkräfte im Feld besser über die Schwierigkeiten bei Einsätzen, die den Schutz der Bevölkerung beinhalten, Bescheid wissen, als deren Vorgesetzte und diese wiederum besser als die Politiker. Militärs, sofern sie nicht ganz persönliche Interessen verfolgen, sterben lieber für die Verteidigung oder für nationale Interessen als für humanitäre Ziele, die

nach ihrer Erfahrung durch Soldaten auch gar nicht erreicht werden können. Insofern steht die Möglichkeit, dass Kritik am Einsatz geäußert und auch von den Vorgesetzten aufgegriffen und weitergegeben wird, humanitären Einsätzen entgegen.

Das mag abstrakt klingen, lässt sich aber an zwei Beispielen verdeutlichen: Am 9.5.2006, noch während der Verlegung der deutschen Soldaten in die DR Kongo, schaltete der Bundeswehrverband eine ganzseitige Anzeige in vier großen deutschen Tageszeitungen, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Süddeutschen Zeitung, der Welt und den Ruhr Nachrichten, in welcher die Gehaltskürzungen für Soldaten kritisiert werden mit den Worten: „Gleichzeitig sollen mindestens 500 Soldaten ihren Kopf im Kongo hinhalten und so mancher Politiker denkt über erweiterte Einsätze nach. Der Deutsche Bundeswehrverband sagt: So geht es nicht weiter!“. Der Oberkommandierende des EU-Einsatzes im Tschad, Jean-Philippe Ganascia, äußerte sich ein halbes Jahr nach Beginn dieses Einsatzes gegenüber der Presse ähnlich kritisch über seine Mission: Sie sei weder für einen humanitären Einsatz geeignet noch für eine Entwaffnung der Bevölkerung. Übergriffe auf Dörfer und größere grenzüberschreitende Fluchtbewegungen, wie sie das eigentliche Mandat begründeten, fänden nicht statt, es sei „als wolle man eine Fliege mit Hammer und Amboss erschlagen“. Solch kritische Töne wird man bei Einsätzen, die klar definierten nationalen Interessen dienen, nicht hören. Man wird solche Einwände auch tendenziell weniger von Armeen hören, die noch autoritärer strukturiert und deren Angehörige sich folglich auch noch weniger an Menschenrechte gebunden fühlen. Kurz: Je größer und je multinationaler ein Einsatz und je

weniger geostrategische Interessen hinter ihm stehen, desto mehr werden die internationalen Kräfte selbst zu einer wenig geachteten und wenig kontrollierbaren Miliz. Parteien, die dem Militär näher stehen, ist dies eher bewusst und deshalb sind sie auch zögerlicher bei Einsätzen, die „lediglich“ humanitären Zielen dienen sollen, als Parteien, die weniger Kontakte und Erfahrungen mit der Armee haben.

Militärische Sicherheit ist keine Sicherheit

Einer der ambitioniertesten Versuche der Friedenssicherung fand bislang im Kosovo statt. Aufgrund der massiven geostrategischen Interessen der Europäischen Union und der NATO stammte der Löwenanteil der bis zu 50.000 Soldaten, die bei einer Bevölkerung von knapp über zwei Mio. Einwohnern im Land stationiert wurden, aus deren Mitgliedsstaaten. Doch selbst mit fast 25 KFOR-Kräften pro tausend Einwohnern konnte die NATO keinen umfassenden Schutz für die Bevölkerung gewährleisten - im Gegenteil. Zwar ist es seit 2004 nicht mehr zu größeren Progromen gekommen, dies wäre aber auf taktische Zurückhaltung im Vorfeld der Unabhängigkeitserklärung und in der Hoffnung auf deren Anerkennung zu werten, urteilte ein Bericht des Instituts für Europäische Politik im Auftrag der Bundeswehr von 2007.

Unterhalb der internationalen Wahrnehmungsschwelle seien aber Übergriffe an der Tagesordnung. Für die serbische Minderheit besteht nach wie vor keine Bewegungsfreiheit, viele müssen ihre Einkäufe in Begleitung von Soldaten verrichten oder lassen diese gleich von den Soldaten erledigen.¹⁴ Kulturelle Einrichtungen wie das Erzengelkloster, in dem sechs Mönche leben, werden rund um die Uhr durch gepanzerte

Fahrzeuge, Wachtürme und Beobachtungsposten auf den umliegenden Bergen geschützt,¹⁵ regelmäßig wird die Niederschlagung von gewalttätigen Demonstrationen geprobt. Das Institut für Europäische Politik rechnet mit „revolutionsähnlichen Erhebungen“ durch die albanische Mehrheit etwa zwei Jahre nach der Unabhängigkeit. Diese sei nämlich mit Hoffnungen auf Prosperität verbunden, die nicht eingelöst werden können. Knapp 40% der Bevölkerung leben unterhalb der internationalen Armutsgrenze, 15% in extremer Armut. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 75%. Es kommt nach wie vor in weiten Teilen des Landes nahezu täglich zu Stromausfällen. Handel ist fast nur mit dem verfeindeten Serbien möglich. Für die 36.000 jungen Menschen, die jährlich dem Arbeitsmarkt ausgeliefert werden, gibt es fast keine Perspektive jenseits der Emigration.

Die internationale Truppenpräsenz ist auch hier Teil des Problems. So gäbe es „beträchtliche Korruptionsvorfällen innerhalb der UN-Administration“, führende Personen der Organisierten Kriminalität genießen den Schutz der KFOR-Soldaten und „Teile des KFOR-Stabs [sind] als infiltriert zu betrachten“. Das internationale Personal stünde „mehrheitlich“ in dem Ruf „im Kosovo entweder Abenteuerlust oder individuelle Bereicherung zu betreiben“. 2003 berichtete die International Organisation for Migration von 104 Bordellen, in denen junge Frauen zu Prostitution und unbezahlter Arbeit gezwungen würden.¹⁷ Ein deutscher Soldat höheren Ranges berichtete unter dem Versprechen der Anonymität, dass er vorsätzlich in eine kompromittierende Situation gebracht, dabei fotografiert worden und seit dem erpressbar sei.

Absicherung totalitärer Regime

Im Schatten des Militärs, bewaffnet und gegenüber der Rechtssprechung im Einsatzland immun, gedeihen Kriminalität und Korruption. Besonders kleinere Einsätze, wie sie die EU bislang in Afrika durchführte, sind auf die Zustimmung der jeweiligen Regierung angewiesen und müssen diese auch auf Dauer sichern. Eine solche Zustimmung wird es aber nur geben, wenn sich die Regierung von der internationalen Truppenpräsenz keine Einschränkung oder gar eine Absicherung ihrer Herrschaft erwartet. Der Sudan (wo die EU nicht aktiv ist) bildet hier eine Ausnahme, er wurde durch internationalen Druck gezwungen, einer internationalen Friedenstruppe zuzustimmen. Gerade weil die Zustimmung aber erforderlich war, handelt es sich dabei auch um eine weitgehend handlungsunfähige

AVAAZ.ORG DIE WELT IN AKTION

MITMACHEN | RÜCKBLICK | SPENDEN | BLOG | PRESSE | ANZEIGEN | ÜBER UNS

ENGLISH العربية ދިވެހިބަސް ESPAÑOL FRANÇAIS PORTUGUÊS

עברית 777 7777 7777 777 NEDERLANDS ITALIANO

KONGO: STOPPT DAS BLUTVERGIESSEN

Heute morgen haben wir diesen Hilferuf von der ostkongolesischen Frauenaktivistin Liberata Rumumba erhalten, indem sie die europäischen Länder darum bittet, schnellstmöglich Friedensstruppen in den Kongo zu schicken, um die dortige Bevölkerung zu beschützen (klicken Sie rechts um ihre Botschaft anzusehen). Wir wissen, wie man helfen kann! Letzte Woche hat AvAAZ eine einschlägige Anzeige in der Londoner Times geschaltet, welche die Regierung Grossbritanniens auffordert, eine europäische Friedenstruppe zu unterstützen, da sie sonst die Verantwortlichkeit für einen Völkermord riskieren. Der zuständige britische Minister hat sich danach sofort mit uns in Verbindung gesetzt und Grossbritanniens Position änderte sich!

Jetzt fordern wir auch andere europäische Regierungen dazu auf, indem wir unsere erfolgreiche Anzeigenkampagne ausweiten - mit Europa-weiten Anzeigen. Die Anzeige in der Londoner Times wurde mit 300 kleinen Spenden von AvAAZ Mitgliedern finanziert. Wenn jetzt nur 3000 von uns in den nächsten 48 Stunden spenden, können wir in ganz Europa Anzeigen schalten, bevor es zu spät ist! Sollten wir mehr Geld aufbringen, wird es selbstverständlich in Zukunft für ähnliche Aktionen verwendet werden. Lasst uns gemeinsam spenden, um den Menschen im Kongo zu helfen!

Scrollen Sie nach unten, um die Anzeigenkampagne zu unterstützen

Press Play To Begin. subtitles added at overstream.net

Liberata Rumumba, Flüchtlingsfrau aus dem Ostkongo. Klicken Sie hier, um unsere Anzeige in der Times als pdf herunterzuladen.

Stecken auch voller Illusionen der Allmacht: AVAAZ

hige Truppe, die sich ebenfalls scheut, in Konflikt mit der Regierung zu geraten.

Im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik ist die Situation hingegen wesentlich eindeutiger: Die Präsidenten Déby und Bozizé, beides Ex-Militärs, die gewalttätig an die Macht kamen und autoritär herrschen, begrüßten den Einsatz der EU von Anfang an, unter anderem, weil er die Ausbildung ihrer Polizeikräfte absichern und ihren Machtbereich ins Hinterland ausdehnen sollte. Im Falle des Tschad wird der Einsatz außerdem eng mit den französischen Soldaten koordiniert, die bereits lange im Land sind und schon mehrfach zu Gunsten des Machthabers in Konflikte eingegriffen haben. Würde dieser während der Präsenz der EU-Truppen gestürzt, dann durch Rebellen, die von der sudanesischen Regierung unterstützt würden. Die EU käme so in die missliche Lage, mit Khartum über einen sicheren Abzug ihrer Soldaten verhandeln zu müssen - oder sich in den Dienst der neuen Machthaber zu stellen.¹⁸ Ist ein Machthaber nicht (mehr) einverstanden mit der Präsenz internationaler Truppen, so hat er zahlreiche Möglichkeiten, diese in Frage zu stellen. Beispielsweise kann er Paramilitärs, deren politische Loyalität nicht offensichtlich ist, dafür einsetzen, die internationalen Truppen in Gefechte zu verwickeln, die zahlreiche zivile Opfer fordern. Auch der Einsatz in der DR Kongo zur Absicherung der Wahlen 2006 hat nicht zu einer Demokratisierung des Landes oder mehr Frieden beigetragen, sondern lediglich die Herrschaft Kabilas abgesichert.

Konfliktdynamiken

Bereits solch kleine Einsätze sind geeignet, bestehende Machtverhältnisse zu verschieben (oder zumindest diese Befürchtung zu wecken) und damit Konflikte zu eskalieren. So geschah es auch in Tschad. Sowohl die Regierung in Khartum als auch die Rebellengruppen verstanden den Beschluss, EU-Truppen im Land zu stationieren, v.a. auf Grund der Beteiligung Frankreichs als Gefährdung ihrer Interessen. Déby verstärkte diesen Eindruck u.a. dadurch, dass er am Tag des EU-Beschlusses zum Militäreinsatz im Osten des Landes, wo die Rebellen die Überhand haben, seinen Führungsanspruch unterstrich, indem er den Ausnahmezustand verhängte. Die drei größten Rebellengruppen legten angesichts der geplanten EU-Intervention ihre Streitigkeiten bei und bildeten eine Allianz, die daraufhin von der sudanesischen Regierung verstärkt unterstützt wurde. So gelang es den Rebellen, während die EU-Soldaten über die Hauptstadt des Tschad eingeflogen wurden, diese anzugreifen und

die Verlegung der europäischen Soldaten vorübergehend zu stoppen. Nur mit Hilfe des französischen Militärs vor Ort konnten die Rebellen aus der Hauptstadt vertrieben werden. Hunderte ZivilistInnen starben bei den Kämpfen und hunderttausende flohen. Wenige Wochen später hingegen gelang es wiederum sudanesischen Milizen mit der Unterstützung Débys, bis nach Khartum vorzustoßen. In der Grenzregion gab es seit dem mehrfach Gefechte zwischen den Milizen und Luftangriffe durch die offiziellen Armeen des Sudan und des Tschad.¹⁹

Weshalb die Überfälle auf humanitäre Organisationen im Osten des Tschad seit der Stationierung von EU-Soldaten, die solche explizit verhindern sollten, zunehmen statt abzunehmen, ist unklar. Sicher ging es den Rebellen zunächst darum, die Reaktionen der neuen Akteure zu testen. Außerdem können die Überfälle auch als Teil einer allgemeinen Aufrüstung (und Umstrukturierung) der Rebellengruppen verstanden werden, da regelmäßig Jeeps, Benzin und Satellitentelefone geraubt werden. Unbestritten ist jedoch, dass die Milizen aufgrund der EU-Präsenz und v.a. aufgrund der europäischen Aufklärungsmittel, die im Tschad intensiv erprobt werden, ihre Strategie geändert haben. Sie bewegen sich nicht mehr in großen Verbänden, sondern in kleineren Konvois, die nicht so leicht erkannt werden. Bei den Überfällen auf Dörfer und humanitäre Einrichtungen treten sie eher als Banditen auf, denn als Armee.²⁰ Angesichts der massiven Armut in der Region besteht ein großer Neid auch in der lokalen Bevölkerung gegenüber den humanitären Organisationen und auch den Flüchtlingen in den Lagern, weshalb es ein ausgeprägtes unorganisiertes Bandenwesen gibt und die EU-Soldaten auf Banditen nur zur Selbstverteidigung das Feuer eröffnen. Für die allgemeine Menschenrechtssituation ist es natürlich nicht förderlich, wenn die Milizen derart dezentral in autonomen Kleingruppen agieren.

Auch in Afghanistan, wo die NATO mit mittlerweile über 50.000 Soldaten präsent ist, hat sich die Konstellation der Akteure und deren Strategie massiv gewandelt: Die Taliban, die zuvor eher in Konkurrenz mit den bewaffneten Stämmen standen, konnten viele von diesen vereinigen und gegen den gemeinsamen neuen Feind, die internationalen Truppen, in Stellung bringen.²¹ Hier führt gerade die Übermacht der NATO und deren asymmetrische Kriegführung dazu, dass ihre Gegner dazu gezwungen sind, auf Guerilla-Taktiken zurückzugreifen und anstatt der Soldaten v.a. zivile (Märkte) oder quasi-zivile (Rekrutierungszentren, Sicherheitsunternehmen, Baufirmen) Ziele

anzugreifen.

Schusswaffengebrauch

Auch auf der Mikro-Ebene stellt sich der Einsatz von Soldaten zum Schutz von ZivilistInnen schwieriger dar als in landläufigen Vorstellungen. So ist das Bild von blindwütig und auf Drogen gesetzten Milizionären, die wahllos plündern und vergewaltigen, in Teilen rassistisch und unzutreffend. Die Milizen verfügen über Erfahrungen und Strategien. Sie wissen, wo internationale Truppen präsent sind und werden dort nur zuschlagen, wenn sie damit gewisse Ziele verfolgen, bspw. die internationalen Truppen vertreiben oder in Gefechte verwickeln wollen, die sich nachteilig für diese entwickeln können. Wann sollen die Soldaten zum Schutz von Menschenleben das Feuer eröffnen? Wenn sich ein Jeep dem Dorf nähert? Wenn er vorwiegend mit bewaffneten Männern besetzt ist? Wenn im Dorf Panik ausbricht? Wenn sie trotz Warnschüssen zu Plünderungen übergehen?

Nach einer zivilen Rechtsordnung reicht ein bewaffneter Raubüberfall noch nicht aus, um einen Mord zu rechtfertigen. Jeder Schuss könnte ein Gefecht auslösen, das zum Tod der eigenen Soldaten und von Zivilisten und zu unabsehbaren politischen Konsequenzen führen könnte. Was, wenn es sich um regierungsnahe Truppen handelt? Was, wenn es einen Hinterhalt gibt und es Ziel war, die internationalen Truppen in ein derart blutiges Gefecht zu verwickeln, dass sie gezwungen sind, den gesamten Einsatz zu beenden. Die Lage lässt sich in solch konkreten Situationen nicht an die Vorgesetzten vermitteln, der einzelne Soldat muss diese schwerwiegenden Entscheidungen treffen und sie verantworten - evtl. sogar in seinem Heimatland vor einem Militär- oder Zivilgericht. Die Alternative bestünde darin, die gesamte Bevölkerung im Einsatzland zu Kombattanten zu erklären, die präventiv erschossen werden dürfen (wie dies bei der Monuc nahezu der Fall ist). Mit einer Verwirklichung von Menschenrechten aber hätte dies freilich nicht mehr viel zu tun.

CIMIC und Aufstandsbekämpfung

Ob der Schutz von ZivilistInnen Aufgabe der Soldaten ist, wird durch die jeweiligen Mandate festgelegt. In diesen finden sich bedeutungsvolle aber unklare Vorschriften wonach z.B. der Einsatz von Gewalt zulässig ist, um Menschen vor der „unmittelbaren Gefahr körperlicher Gewalt“ zu schützen, „solange dies im Rahmen der Kapazitäten möglich ist“ oder „wenn es die Situation erfordert“. Konkreter wird die Frage danach, wann welche Gewalt gerechtfertigt oder angemessen ist, in den „Rules of Engage-

gement“ geklärt, die zusammengefasst auf etwa zehn Sätze jeder Soldat als Taschenkarte bei sich trägt. Dabei können die Soldaten aus unterschiedlichen Herkunftsländern unterschiedliche „Rules of Engagement“ haben und die darin aufgeführten Begriffe unterliegen in ihrer Interpretation nicht nur zeitlichen Schwankungen, sondern auch den Vorgaben der jeweiligen Vorgesetzten und den diplomatischen Beziehungen zwischen den Entsendeländern und der lokalen Regierung. Zweifellos können also diese wenigen Sätze keine (Rechts-)Sicherheit für die Einsatzkräfte liefern, wann und wie zu handeln ist. Da ein gewaltsames Einschreiten mit hohen persönlichen Risiken verbunden ist, bleibt es häufig aus.

Während viele Menschenrechtskrieger sich dieser praktischen Probleme kaum bewusst sind, gibt es mittlerweile theoretische Bemühungen, sie aus dem Weg zu räumen, um mehr und robustere Friedenseinsätze zu ermöglichen. Victoria K. Holt und Tobias C. Berkman vom US-Thinktank „Henry L. Stimson Center“ sehen ein Defizit auf der Ebene der Einsatzdoktrinen, weshalb eine neue Doktrin für Einsätze zum Schutz von ZivilistInnen entworfen werden müssten, die zwischen traditionellen Peacekeeping-Einsätzen und traditionellen Kampfeinsätzen liegen.²² Dabei würde es sich um eine Doktrin handeln, die keine nationalen Interessen kennt, kein militärisches Ziel benennt und keine Staatsräson repräsentiert. Beim Versuch, eine solche Doktrin zu entwickeln, den sie etwas selbstironisch „The impossible mandate?“ („Das unmögliche Mandat?“) betiteln, werden sie unter anderem bei den neueren Doktrinen für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (CIMIC) und jenen zur Aufstandsbe-kämpfung fündig. Beide wurden nicht für humanitäre Einsätze entwickelt, sondern in erster Linie zur Absicherung der Besatzungen im Anschluss an die Angriffskriege gegen Afghanistan und den Irak. Wie bei den vermeintlichen „Schutz-Einsätzen“, die es zu konzipieren gilt, haben die westlichen Truppen es hier mit Situationen allgemeiner Unsicherheit und der Gegenwart organisierter bewaffneter Gruppen zu tun. Der „Schutz der Zivilbevölkerung“ ist dabei Teil des Einsatzes, aber einer, der einem militärischen und geostrategischen Ziel untergeordnet ist.

Kein Einsatz ohne Interessen

Der Schutz der Zivilbevölkerung kann Teil eines militärischen Einsatzes sein. Wenn er aber selbst das Ziel darstellt, wird der Einsatz entweder nicht stattfinden oder scheitern. Denn die Vorstellung, mit Soldaten Menschenrechte zu gewährleisten, geht von

einem falschen Verständnis von Menschenrechten und Außenpolitik aus. Die Anwesenheit von Soldaten ist nicht geeignet, Menschenrechte zu garantieren, sondern gefährdet die Einhaltung von Menschenrechten. Internationale Truppen unterstehen nicht dem Recht des Einsatzlandes. Das Militär zeichnet sich darüber hinaus gegenüber allen anderen Organisationen dadurch aus, dass in ihm Menschenrechte außer Kraft gesetzt sind, Soldaten sind zum Töten ausgebildet und stehen in einem Verhältnis von Befehl und Gehorsam. Dies lässt sich nur über das spezielle Verhältnis von Staat und Militär erklären, wonach die Soldaten im Zweifelsfall dazu verpflichtet sind, für ihren Staat und dessen Interessen zu sterben. Finden hingegen Einsätze losgelöst von diesem Interesse statt, verkommt das Militär zu einer Miliz, die sich scheut, ihr Leben zu riskieren und stattdessen persönlichen Motiven folgt. Bestenfalls besteht dieses persönliche Motiv darin, sich keinen Gefahren auszusetzen.

Anmerkungen

¹ Als eines von hunderten möglichen Beispielen: Vereinte Evangelische Mission (VEM), Pressemitteilung vom 29.10.2008. Im zweiten Absatz dieser PM „bittet die VEM die Bundesregierung, ihren Einfluss gegenüber den Regierungen der Demokratischen Republik Kongo und Ruandas geltend zu machen, um beide Seiten für die Fortsetzung des im Januar 2008 zwischen unterschiedlichen Rebellengruppen ausgehandelten Friedensabkommens zu gewinnen.“ Dies ist eine durchaus sinnvolle Forderung. Bei den diplomatischen Bemühungen um dieses Abkommens haben weder die Bundesregierung noch die EU eine nennenswerte Rolle gespielt.

² Marischka, Christoph: Battlegroups mit UN-Mandat - Wie die Vereinten Nationen die europäische Rekolonialisierung Afrikas unterstützen, Studien zur Militarisierung Europas 31/2007

³ Dominik A. Faust: Effektive Sicherheit - Analyse des Systems kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen und Entwurf eines Alternativen Sicherheitssystems, 2002

⁴ Millennium Report of the Secretary-General, 27 March 2000, Übersetzung nach: Helge von Horn, Christoph Krämer: Der ICISS-Report: „The Responsibility to Protect“

⁵ ICISS: The Responsibility to Protect - Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty, Dezember 2001

⁶ So die Bundesregierung in ihrem Weißbuch der Bundeswehr

⁷ So schreibt Ramesh Takur: „Eine militärische Intervention gegen Großmächte scheidet [im Rahmens des R2P-Konzepts] daher aus.“ Ramesh Takur: Menschliche Sicherheit, Intervention und die Verantwortung zum Schutz, in: Cornelia Ulbert/ Sascha Werthes: Globale Herausforderungen und regionale Perspektiven, Baden Baden 2008

⁸ Vgl. etwa Edward C. Luck: „Der verantwortliche Souverän und die Schutzverantwortung -

Auf dem Weg von einem Konzept zur Norm“, in Vereinte Nationen 2/2008: „Starke Staaten sind fähig und willens, die Bewohner ihrer Territorien vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Wie das Ergebnisdokument unterstreicht, ist es die wichtigste Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, den Staaten bei der Ausübung der Schutzverantwortung zu helfen. Schließlich sind Staaten hauptsächlich entstanden, um ihre Völker vor äußeren Bedrohungen und inneren Unruhen, vor dem ‚Krieg eines jeden gegen jeden‘, zu schützen ... Mit der Souveränität kommt die Verantwortung, mit der Ausübung dieser Verantwortung kommt die Legitimität, und mit ihr das Vertrauen und die Zukunftsfähigkeit starker und moderner Staaten.“

⁹ Das Defense Science Board (Summer Study on Transition To and From Hostilities, 2004) geht davon aus, dass für eine nachhaltige Stabilisierung etwa 20 Soldaten pro 1.000 Einwohner nötig seien. Bei einer Bevölkerung von etwa 70 Mio., einer Ausdehnung von 2.3 Mio. Quadratkilometern und dem erhöhten logistischen Bedarf angesichts der schlecht ausgebauten Infrastruktur dürften 2 Mio. Soldaten eine grobe, aber realistische Schätzung darstellen.

¹⁰ Reinhard Wolff: EU-Folter im Kongo, in: taz, 27.3.2008

¹¹ Congo-Kinshasa: Monuc Deny the Personal Remarks of One of Its Unit Commanders in North Kivu, allafrika.com (10.7.2008)

¹² Vgl. z.B. Tiny Mason: Kosovo - The Air Campaign, in: Stephen Badsey/ Paul Latawski: Britain, NATO and the Lessons of the Balkan Conflicts 1991-1999,

¹³ Ganascia: „Il faut revoir les missions de l'Eufor au Tchad“, Le Figaro, 9.6.2008; sowie: European peacekeepers take to policing eastern Chad, chinaview.cn, 16.5.2008.

¹⁴ Institut für Europäische Politik (IEP): Operationalisierung von Security Sector Reform (SSR) auf dem westlichen Balkan, Studie im Auftrag des ZTransfBw, Januar 2007

¹⁵ Die KFOR, der Krieg und ein Kloster im Kosovo, tagesschau.de (19.6.2005)

¹⁶ IEP 2007

¹⁷ International Organization for Migration (IOM): Return and Reintegration Project - Counter-Trafficking Unit Kosovo, 2003

¹⁸ Damien Helly: Crisis in Chad -implications for the EU, EUISS Analysis no. 0, 2008

¹⁹ Vgl.: Félix Arteaga: The Chad Conflict, United Nations (MINURCAT) and the European Union (EUFOR), <http://www.globalpolicy.org>; Paul-Simon Handy: Chad - Democratization Challenges and Limits of International Intervention, Analysis Real Instituto Elcano (ARI) 59/2008.

²⁰ Christoph Marischka: Tschad - Die EUFOR als Brandbeschleuniger, in: AUSDRUCK August 2008

²¹ Conrad Schetter: Talibanistan oder das Ende staatlicher Ordnung, in: Wissenschaft & Frieden 3/2008

²² Victoria K. Holt and Tobias C. Berkman: The Impossible Mandate? Military Preparedness, the Responsibility to Protect and Modern Peace Operations, Henry L. Stimson Center, 2006

Kongo: Wie Europäische Träume platzen

Ein neues Buch versucht die EU-Interventionen in der DR Kongo ethisch zu bewerten - und dokumentiert unfreiwilligen Scheitern

von Christoph Marischka

Für eine wirklich eigenständige EU-Militärpolitik waren die beiden Einsätze Artemis (2003) und EUFOR (2006) in der Demokratischen Republik Kongo von herausragender Bedeutung. Kurz nach dem Ende der Mission zur Absicherung der Wahlen 2006 veranstalteten das vom Katholischen Militärbischof getragene Institut für Theologie und Frieden (IThF) und das Institut für Friedens- und Sicherheitspolitik Hamburg (IFSH) eine Konferenz unter dem Titel „Frieden für den Kongo?“, auf der die EU-Interventionen beurteilt werden sollten. Damals hieß es im Bericht über die Tagung noch, „es sei der EUFOR gut gelungen, die Durchführung der Wahlen zu unterstützen und Gewalt zwischen den rivalisierenden Gruppen zu verhindern.“ Der Einsatz an sich sei also erfolgreich verlaufen, „an der guten Arbeit der EUFOR-Soldaten im Kongo zweifelte niemand“. Allerdings wurde seinerzeit schon festgestellt, „dass sich der Erfolg und die Nachhaltigkeit der Mission erst zeige, wenn die zivile Aufbauhilfe vor Ort gut verlaufe.“ Einig waren sich die Referenten in der Annahme, dass militärische Interventionen grundsätzlich geeignet sein könnten, Frieden oder zumindest dessen Vorbedingungen zu schaffen.

Die eingeladenen Experten, an der Mission Beteiligten und institutionellen Fürsprecher der Militarisierung der EU haben anschließend ihre Beiträge schriftlich ausformuliert - in einer Zeit, da sich der unter Absicherung von EU-Soldaten gewählte Kabila weiterhin als hemmungsloser Diktator erwies, die Konflikte im Osten des Kongo über das vorhandene Maß hinaus eskalierten und die zuvor sich punktuell engagiert zeigende EU vom Konflikt abwandte. Zwischenzeitlich wurde ein weiterer EU-Einsatz in der Zentralafrikanischen Republik und dem Tschad begonnen, der dermaßen desaströs verlief, dass es die EU-Offiziellen sichtbar vermeiden, ihn überhaupt zu erwähnen.

Das Buch „Intervention im Kongo - Eine kritische Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU“, das diese Beiträge zusammenfasst, ist wahrscheinlich deshalb ein aufschlussreiches Dokument über die sich entwickelnde Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik geworden. In ihm

halten Theoretiker der EU-Militarisierung eisern am vermeintlichen Erfolg der Missionen fest, während Militärangehörige auf die begrenzten Möglichkeiten multilateraler Zusammenarbeit und militärischer Befriedung hinweisen. Abstrakte moralphilosophische Erörterungen über die Legitimität von (Militär-)Interventionen werden so mit konkreten Verläufen EU-interner Aushandlungsprozesse und konkreten Bedingungen „im Feld“ kontrastiert - und dokumentieren aus der ethischen Perspektive letztendlich ein Scheitern.

In einem einleitenden Beitrag zu den „Interessenlagen der Akteure im Kongo bei der Stationierung von EUFOR“ überrascht der unbestrittene Kongo-Experte Dominic Johnson in zweierlei Hinsichten: Nach seinem an vielen Stellen ausschweifenden und schwer lesbaren Buch „Kongo: Kriege, Korruption und die Kunst des Überlebens“ schafft er es in seinem Beitrag, die innenpolitischen Konstellationen klar auf einige relevante Faktoren herunter zu brechen. Hilfreich ist v.a. seine Unterscheidung zwischen „dem ‘großem’ Krieg zwischen Bürgerkriegsarmeen, die per Stellungskrieg um die Macht im Gesamtstaat kämpften, und ‘kleinem’ Krieg zwischen lokalen, zumeist ethnischen Milizen, die mit Überfällen und Vertreibungen um die Kontrolle einzelner Landstriche, Bevölkerungsgruppen und Rohstoffvorkommen stritten.“ Erstaunlicher Weise aber beschreibt er die militärischen und politischen Konstellationen insgesamt so, dass beide EU-Einsätze, Artemis 2003 und EUFOR 2006 den jeweiligen Anforderungen gerecht geworden seien. Artemis sei „Vorbedingung für eine erfolgreiche Umsetzung des Friedensabkommens für das Land insgesamt“ gewesen, die letztlich aber am Ausschluss der Zivilbevölkerung gekrankelt habe, für den Dominic Johnson allerdings in der Hauptsache deren stärkste Organisation, die UDPS, selbst verantwortlich macht. Die EUFOR habe die Monuc während der Wahlen entlastet und in Kinshasa, wo sich die Kandidaten mit ihren Milizen unmittelbar gegenüberstanden, dazu beigetragen, dass die Wahlen nicht zu einem neuen Bürgerkrieg geführt hätten. Wie stark dieser Einfluss letztlich

gewesen sei, räumt Johnson ein, könne man freilich nicht bestimmen. Auch hätten sich „im Nachhinein ... viele der Befürchtungen über ein von Wahlen gestärktes autoritäres Kabila-Regime, die das Lager der radikalen Wahlgegner 2006 hegte, bestätigt - aber eben nicht während der EUFOR-Stationierungszeit, sondern hinterher.“ So könnte man Dominic Johnsons Beitrag so zusammenfassen, dass die europäische Diplomatie insgesamt nicht viel Frieden gebracht hätte - vielleicht eben weil sie sich auf die kurzfristigen Militäreinsätze konzentriert hat - dass diese aber zumindest mit dem richtigen Mandat zur richtigen Zeit am richtigen Ort stattgefunden hätten.

Quentin Laurent verspricht bereits im Titel, die Interessen der Akteure im Land und der Region zu benennen, bleibt aber seinen ganzen Text über in dem Bild gefangen, Politik in der DR Kongo sei „wie ein Korb voller Krabben: die im Korb zerfleischen sich in aller Ruhe gegenseitig, steckt man aber eine Hand hinein, schließen sie einen Waffenstillstand genau so lange, bis die Hand abgenagt ist.“ Wer in solch kolonialen Gleichnissen denkt, muss natürlich auch die Interessen der USA (die gewaltigen Uranvorkommen in der DR Kongo zu kontrollieren), Frankreichs (das größte französischsprachige Land in Afrika zu „verteidigen“) und Deutschlands (seinen Status als neue Weltmacht zu konsolidieren) als legitim erachten. Zu den Interessen der Nachbarstaaten erfährt man einiges, was die Interessen der kongolesischen Akteure angeht, wird die Binsenweisheit reproduziert, dass große Teile der Elite ihre Interessen ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl Kongos definieren. Der Pöbel auf der Straße habe lediglich das Interesse, „seine Existenz unbedingt unter Beweis zu stellen“, etwa durch gewalttätige Demonstrationen, und sei damit anfällig für allerlei rassistische Mobilmachung. Interventionismus sei - so der nicht minder wirre Schluss dieser wirren Ausführungen - ebenso wie Interessen ein „ein sensibles und paradoxes Thema; ein Bisschen wie das Essen in einem Hotel in dem Film ‘Manhattan’ von Woody Allen: Obwohl es widerlich ist, gibt es nicht genug davon.“ Zu solch elaborierten Erkenntnissen gelangt man wohl, wenn man als Berater einer EU-Mission im teuersten Hotel Kinshasas Cossa Cossa in sich hineinstopft - „eine Art lokaler Schrimps, die bei westlichen Ausländern wegen ihres schmackhaften Fleisches sehr beliebt ist“.

Dort wo Laurent nur einen Korb voll Krustentieren entdecken kann, lässt David Fuamba „die komplexe Natur des Krieges“ erkennen. Ohne die militärischen Interventionen der EU auch nur zu erwäh-



Das braucht der Kongo: Männer, die schießen können - UN-Militärausbildung

nen, bearbeitet er die Frage, warum der Friedensprozess 1998-2003 und danach scheiterte, obwohl „so viele prominente Staatsmänner, Organisationen und etablierte Demokratien, die sonst für das Voranbringen von Friedensinitiativen gelobt werden“, daran beteiligt waren. Die sonst vorherrschenden Erklärungen hierzu, dass viele Parteien nach einem Ende des Konflikts Einbußen befürchten mussten, dass mächtige internationale Akteure den Krieg für die Ausbeutung von Rohstoffen nutzen konnten und dass sowohl der Monuc als auch der Regierung die militärische Durchsetzungsfähigkeit gefehlt hätte, kritisiert er, ohne sie zu negieren. Wichtig sei es, die „Natur dieses Krieges“ genau zu analysieren, einschließlich seiner historischen und sozialen Wurzeln. Indem Fuamba für viele der beteiligte Parteien tatsächlich legitime Interessen - zu denen auch der Kampf um Bürgerrechte gehört - benennt, kann er die Kette von Friedensverhandlungen kohärenter beschreiben und ihr Scheitern besser begründen, als dies in der Literatur meist geschieht. Von besonderer Bedeutung in diesem „innerstaatlichen Krieg mit einer starken externen Komponente“ sei Ruanda, das traditionell enge Verbindungen mit dem Osten des Kongo unterhält und sich durch die dort aktiven Hutu-Rebellen bedroht fühlt. Gleichzeitig sei Ruanda eine Schutzmacht der kongolesischen Tutsi, denen wichtige Rechte verwehrt werden. Diese beiden Probleme seien im Friedensabkommen von Pretoria getrennt geregelt und bis heute nicht effektiv angegangen worden.

Denis M. Tull will bei seinem Beitrag „Staatsaufbau in der DR Kongo - Über Anspruch, Realität und falsche Annahmen“ nicht falsch verstanden werden: Es handle sich nicht um ein Plädoyer gegen Inter-

ventionen, betont er ausdrücklich. Aber „die Liste der Zielsetzungen in kollabierten Staaten ist zu lang und umfassend.“ Dem Interventionsmodell der Internationalen Gemeinschaft, wie es idealtypisch in der DR Kongo abgearbeitet wird, lägen drei falsche Annahmen zu Grunde: Erstens sei die Transplantation staatlicher Institutionen nach Afrika (das sich als Kontinent hiergegen „resistent“ zeigt) nicht im gewünschten Ausmaß möglich und habe auch in der Geschichte der Dekolonialisierung nicht stattgefunden. Zweitens wird bei diesem Staatsaufbau davon ausgegangen, dass die lokalen Eliten das Interesse der internationalen Gemeinschaft an dessen Gelingen teilen würden, was nicht der Fall sei. Die UN seien dazu übergegangen, den Frieden zu erkaufen, indem sie die Kriegsparteien als neue Regierung mit internationalen Geldern subventionieren. Denen erscheint somit der „Staatsaufbau als eine Fortführung gewaltsamer Auseinandersetzungen um politische und wirtschaftliche Ressourcen mit anderen Mitteln.“ Hierfür nennt Tull beeindruckende Zahlen: Die geschätzten 8 Mrd. US-Dollar, die externe Geber seit 2001 in den Kongo investiert haben, haben die politischen und militärischen Eliten des Landes zumindest zum Teil für ihre eigenen Zwecke genutzt. Es wird geschätzt, dass 2005/2006 ein Großteil der ca. 8 Mio. US-Dollar, die von Gebern monatlich für die Bezahlung der Armeeangehörigen bereitgestellt wurden, veruntreut worden sind... Alleine der Präsident überzog seine Ausgaben um 89 %, während einer der vier(!) Vize-Präsidenten das Siebenfache des ihm zugeteilten Budgets ausgab. Einer weiteren Schätzung zufolge hat die Übergangsregierung weniger als 2 % ihrer Ausgaben außerhalb der Haupt-

stadt Kinshasa getätigt.“ Zuletzt bezweifelt Tull, dass die Internationale Gemeinschaft überhaupt den politischen Willen habe, die Konflikte, in die sie interveniert, zu lösen. Falls sich dieser Wille anhand von finanziellen und militärischen Mitteln, die der UN zur Verfügung gestellt werden, ausdrücken lässt, beweist Tull jedenfalls das Gegenteil. Leider - vielleicht auch bezeichnenderweise - fasst Tull bei dieser Argumentation militärisches und finanzielles Engagement und damit auch Intervention und zivilen Aufbau zusammen. An anderer Stelle erfahren wir aber, dass die Monuc jährlich über 1 Mrd. US-Dollar kostet und damit mehr als die international für die DR Kongo bereitgestellte offizielle Entwicklungshilfe - mit all ihren Lecks. So ist es am Schluss doch eher eine realistische Einschätzung der Kosten und Chancen von Interventionen, weshalb Tull zur Zurückhaltung mahnt: Die internationale Gemeinschaft „glaube[t] offenkundig, besser als lokale Gesellschaften zu wissen, was zur Herstellung politischer Ordnung zu tun ist und wie diese auszusehen habe. Indes haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten einige afrikanische Staaten eine weitgehende autonome Wiederherstellung politischer Ordnung erreicht (Ghana, Äthiopien, Eritrea, Uganda), fast immer ohne die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.“ Deshalb ist sein Plädoyer eines für weniger Interventionen und wenn, dann „Interventionen, die Fragen lokaler politischer Legitimität und politischer Ordnung ernster nehmen und sich nicht in der normativ überladenen Verordnung externer Rezepte (sog. Best Practices) erschöpfen.“

Eine ganz andere Perspektive nimmt Peter Schmidt, ebenfalls von der grundsätzlich interventionsfreundlichen Stiftung Wissenschaft und Politik, ein. Ihn interessieren die nationalen Interessen sowie diejenigen von EU und UN und wie es zwischen diesen Ebenen zu Entscheidungen über Auslandseinsätze kommt. „VN[UN] und EU/ESVP haben als eigenständige politische Ebenen ... ein Eigeninteresse, sich gegenüber den Mitgliedsstaaten durchzusetzen und ihren Aktionsspielraum zu verbreitern. Militärische Operationen sind dazu ein adäquates Mittel.“ Deutschland strebe einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat an. Insbesondere habe aber Frankreich darauf gedrängt, dass Deutschland die Führung des EUFOR-Einsatzes 2006 übernimmt. Erst nachdem die Bundesregierung dies zusagte und der Einsatz auf EU-Ebene bereits beschlossen war, stimmte das Parlament zu, das zu diesem Zeitpunkt einem beträchtlichen „Handlungsdruck“ oder gar Handlungszwang“ ausgesetzt war. Die

geringe Motivation der deutschen Außenpolitik habe sich dann nur noch in einem sehr eingeschränkten Mandat ausdrücken können. Insbesondere die marginale Rolle der Parlamente in den außenpolitischen Entscheidungsstrukturen bringt Schmidt dazu, diese als „multilateralen Cäsarismus“ zu charakterisieren, „d. h. als ein[en] Entscheidungsablauf, der an die Stelle einer charismatischen Einzelperson an der Spitze, wie es für cäsaristische Herrschaftssysteme typisch ist, komplexe, multilaterale Aushandlungsprozesse zwischen Staaten und internationalen Organisationen setzt.“

Ludwig Jacob, Oberst a. D., beschreibt detailliert das Zustandekommen, die Verlegung und die konkreten Einsätze der EUFOR-Mission und lässt kein gutes Haar an den politischen Verantwortlichen. Weder sei die Rolle der Soldaten im Einsatzland klar gewesen, noch seien diese im Falle ernsthafter Zwischenfälle handlungsfähig gewesen. Für die europäischen Soldaten verlief der Einsatz glimpflich, nicht aber für die Bevölkerung der DR Kongo, die in keiner Weise profitiert hat. Offensichtlich habe es sich bei EUFOR um eine „EU-Operation zur Demonstration globaler Interventionsfähigkeit“ gehandelt. Dies unterstreicht Jacob u.a., indem er abschließend darstellt, wie sich seit Abschluss des Militäreinsatzes die EU, insbesondere aber Deutschland, „aus den internationalen Bemühungen zur Stabilisierung und Konfliktlösung im Kongo davonschleichen“. Einen weiteren Zweck der Mission zeigt Jacob eher implizit auf, indem er Fehler und Probleme des Einsatzes auf strategischer und taktischer Ebene benennt und Verbesserungsvorschläge für zukünftige Einsätze macht. EUFOR war eine enorm teure Übung.

Der Beitrag des Herausgebers Hans-Georg Ehrhart, Leiter des Zentrums für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), markiert den inhaltlichen Tiefpunkt des Bandes. Das mag freilich seiner Position geschuldet sein, da das ZEUS insgesamt mit der Legitimierung einer imperialen EU-Politik beschäftigt - fast schon beauftragt - ist und Ehrhart nicht eben als Kongo-Experte bekannt ist. Wer zunächst - mit Rückgriff freilich auf Habermas und „menschliche Sicherheit“ - konstatiert, dass UN und EU bezüglich Frieden und Sicherheit auf „weitgehend deckungsgleich[en]“ normativen Grundlagen operieren, dem kann die vermeintlich angestrebte Unterscheidung zwischen realpolitischen Interessen und ethischer Verantwortung und eine Antwort auf die Frage, was davon die Triebfedern



Die gegenwärtig umkämpfte Stadt Goma in Nord-Kivu

der EU-Interventionen in der DR Kongo waren, nicht gelingen. Das geht so weit, dass schon zu Anfang des Essays (nennen wir es gutwillig Essay, er nennt es Studie) Solanas Formulierung aufgegriffen wird, die vermeintlich angestrebte Stabilisierung der DR Kongo sei ein notwendiger Beitrag zur Erreichung der entmilitarisierten „Millenniums-Entwicklungsziele“. Entsprechend viele Bewertungen fallen bei Ehrhart ganz anders aus, als etwa bei Jacob oder vielen anderen Autoren des Bandes: So hätte die EUFOR mit der Monuc „gut zusammengearbeitet“, die EUFOR hätte wesentlich dazu beigetragen, dass die Wahlen ruhig verlaufen konnten und zuletzt wird auch noch suggeriert, dass die Konzentration auf Kinshasa deshalb stattgefunden habe, weil dort am ehesten Gewaltausbrüche erwartet wurden - während im Osten des Landes mehr oder weniger Krieg herrschte. Dass Ehrhart dabei noch vom „Schwarzen Kontinent“ schreibt und die Hauptstadt Südafrikas, Pretoria, mit „ä“, macht seinen Beitrag auch nicht seriöser.

Von einer kruden - ursprünglich auf europäische Traditionen zurückgehenden aber „durchaus und ohne imperialen Zwang auf andere politisch verfasste Gesellschaften“ übertragbaren - Rechtsethik her versucht Wolfgang Lienemann, Professor für Ethik an der Christkatholischen

und Evangelischen Fakultät der Universität Bern, den EUFOR-Einsatz zu bewerten. Über dessen „weitgehend unbestrittene Legalität“ hinaus müsse im Sinne einer christlichen Friedensethik hierfür die Frage gestellt werden, ob die punktuelle militärische Intervention mit langfristigen zivilen Bemühungen um die Vorbedingungen eines gerechten Friedens einhergingen. Diese Vorbedingungen sieht Lienemann

für die DR Kongo insbesondere in einem „Rohstoff-Regime ...“, das in erster Linie den Interessen der Bevölkerung der DR

Kongo verpflichtet ist“. In dieser Richtung hätten weder Deutschland noch die EU nennenswerte Schritte unternommen. Lienemann fordert nichts Revolutionäres („Das muss keineswegs eine (sozialistische, kapitalistische oder gemischte) Staatswirtschaft bedeuten, sondern kann durchaus auch auf privatwirtschaftlicher Basis realisierbar sein“). Seine Ausführung zu den Interessenlagen der Akteure, zur Rolle der Rohstoffe im Konfliktgeschehen, zu den Machtgefällen der internationalen Märkte und Bemühungen, diese auszugleichen, sind unabhängig und erhellend und ergänzen den Band um eine wichtige Komponente. Dabei gerät der EUFOR-Einsatz ganz zu Recht zwischenzeitlich aus dem Blick. Nur ganz am Schluss kommt Lienemann auf ihn zurück. Der Militäreinsatz hätte die „äußeren Rahmenbedingungen für friedensfördernde Transformationen sichern“ können. Doch diese Transformation blieb im Kontext „einer extrem arbeitsteiligen und vermachteten Weltwirtschaft“ aus.

Paulin Manwelo, Direktor des Institute of Peace Studies and International Relations in Nairobi, versucht ebenfalls eine moralische Bewertung vorzunehmen und vergleicht hierzu in wissenschaftlicher Manier verschiedenste Denkschulen der Internationalen Beziehungen und Theorien der Intervention (was aus einer ethischen Fragestellung heraus freilich ein zweifelhaftes Unterfangen ist). Auch seine Ausführungen laufen darauf hinaus, dass Interventionen nach dem „Modell des guten Samariters“ erfolgen sollten, das heißt „holistisch“, mit zahlreichen sozialen, wirtschaftlichen und sonstigen Maßnahmen flankiert. Der Text

wirkt seltsam paternalistisch, die Probleme der DR Kongo werden aufs unkenntliche verkürzt wiedergegeben und am Ende wird überraschend behauptet, dass die Interventionen der EU und der UN (getrennt werden sie überhaupt nicht betrachtet) eine „relative Erfolgsgeschichte“ darstellen.

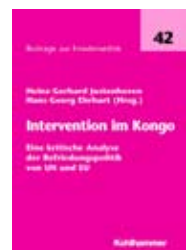
Michael Brzoska, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, zeichnet einige Entwicklungen internationaler „Friedenseinsätze“ mit UN-Mandat nach und kommt zu dem Schluss, dass viele Staaten und Regionalbündnisse mittlerweile Kapazitäten für eigene Peace-keeping-Einsätze unter eigener Führung aufgebaut hätten und insbesondere die robusteren, gefährlicheren Einsätze selbstständig durchführen. Letzteres trifft in der DR Kongo nicht zu, auch wenn Brzoska das suggeriert. Dass die UN-geführten Einsätze eine höhere Legitimität genießen, dauerhafter und deshalb tendenziell auch erfolgreicher wären, erwähnt Brzoska. Auch räumt er ein, dass diejenigen Staaten, die lieber selbstständig intervenieren, deshalb weniger Soldaten für die UN-Missionen bereitstellen. Dies ist einer der Gründe, weshalb der globale Norden zwar den Löwenanteil an UN-Missionen bezahlt, diese ihre Soldaten aber zunehmend aus dem globalen Süden rekrutieren und dass die Mehrzahl der UN-Missionen dort stattfinden, wo die Großmächte geostrategische Interessen verfolgen. „Das Zusammenspiel von MONUC einerseits und Artemis und EUFOR DR Congo scheinbar dagegen zu sprechen“, dass diese neue „Arbeitsteilung“ ein Problem darstellt. Denn: „Ohne die Unterstützung durch regionale Organisationen, Ad-hoc-Koalitionen von Staaten und einzelne Mitgliedsstaaten mit Truppen unter eigenem

Kommando hätten die VN[UN] manchen Einsatz aus Kapazitätsgründen oder wegen mangelnder Einsatzgeschwindigkeit nicht durchführen können.“ Man könnte diesen Sachverhalt freilich auch anders lesen: Hat sich die EU doch bei ihren Einsätzen in der DR Kongo völlig ungefährliche Ziele gesteckt und die harte Arbeit der Monuc überlassen und sich mit ihren ad-hoc-Einsätzen - bzw. Übungen - von Forderungen freigekauft, die dauerhaft präsenste Monuc substantiell und mit eigenen Soldaten zu stärken.

Stefan Brunes Beitrag an den Schluss des Bandes zu setzen, war eine gute Entscheidung. Er liefert einen zusammenfassenden Überblick über die autonomen Einsätze, welche die EU bislang in Afrika durchgeführt hat. Für die beiden Missionen in der DR Kongo stellt er fest, dass „innereuropäischen Integrationsagenden das europäische Außenhandeln stärker [prägten] als lokale Konfliktkonstellationen und die öffentlich reklamierten Befriedungs- und Demokratisierungsziele“ bzw. „dass Interessenlagen, die nur einen indirekten Afrikanerbezug aufwiesen, bei dem Einsatz eine wichtige Rolle spielten.“ Mit seiner Einschätzung: „Über den friedenspolitischen Sinn dieses Vorgehens kann man geteilter Meinung sein“, fasst er im Grunde auch die im Buch vortragenen Positionen zusammen. Seine Darstellung des EUFOR-Einsatzes im Tschad, der zur Zeit der Niederschrift noch jung war, aber bereits damals zu tendierte, „das politische Überleben eines für systematische Menschenrechtsverletzungen bekannten Präsidenten“ zu sichern und den Konflikt mit den Rebellen Gruppen zu eskalieren, bildet eine geeignete Illustration seiner Kernthesen: Erstens sei das Europäische außenpolitische Handeln weiterhin

von (fragwürdigen) nationalen Interessen geprägt - hier überbetont er vielleicht etwas die Rolle Frankreichs, unterstreicht diese aber faktenreich. Zweitens bestünden für politische Lösungen - die für eine dauerhafte Befriedung afrikanischer Konflikte unerlässlich sind - keinerlei Konzepte. Die europäische Sicherheitsstrategie, die nachdrücklich den „Selbstanspruch der Europäischen Union als global player“ formuliert und verspricht, weltweit befriedend in Konflikte einzugreifen, liefert außer einem zugleich moralisch und interessengeleiteten militärischen Handlungsanspruch wenig Anhaltspunkte für das konkrete Handeln, etwa im Umgang mit Rebellen Gruppen, für diplomatische Einflussnahme in Friedensverhandlungen und den „Zielkonflikt zwischen politischer Stabilität und Demokratisierung“. Sie liest sich - und diese Worte seien Brüne hier zum Abschluss in den Mund gelegt - wie ein Traum von einer großen Zukunft, der an der Realität zerschellen wird. Die kleinen Scherben des zerplatzten Traumes - wahlweise der Großmacht oder der Friedensmacht - halten die Autoren des Buches spürbar in ihren Händen, während sie auf die enormen Brüche blicken, die sie in ihren ehemaligen und zukünftigen Einsatzgebieten in Afrika nicht kitten konnten, teilweise sogar selbst vergrößert haben.

Heinz-Gerhard Justenhoven, Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.): *Intervention im Kongo - Eine kritische Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU*, Kohlhammer Verlag 2008. ISBN 978-3-17-020781-3



KONGO - AKTUELL

Die offizielle Armee der DR Kongo (FARDC) will Nkundas offensichtlich gut ausgerüsteter CNDP nichts mehr entgegensetzen und zieht sich plündernd Richtung Landesinneres zurück. Dabei wurde die Armee zwischenzeitlich sogar von den Kabila-nahen Mayi-Mayi-Milizen attackiert, die diesen Rückzug aufhalten und die FARDC zum Kämpfen gegen die CNDP zwingen wollten. Durch den Rückzug der Armee ist die MONUC in die missliche Lage geraten, die CNDP nur noch alleine zu bekämpfen oder mit den anderen bewaffneten Gruppen, eben den Mayi-Mayi oder der FDLR, gemeinsame Sache zu machen. Letztere gelten aber mittlerweile als größter destabilisierender Faktor im Osten der DR Congo. Einer faktischen Komplizenschaft kann die Monuc nur noch

entgehen, wenn sie die Herrschaft Nkundas über die eroberten Gebiete anerkennt.

Das versucht Nkunda der UN gerade so einfach wie möglich zu machen. Er öffnete humanitäre Korridore, zog sich an einigen Stellen zurück und forderte die Monuc auf, in den freigegebenen Gebieten die Kontrolle zu übernehmen und das Eindringen anderer bewaffneter Gruppen zu verhindern. Würde die Monuc dabei versagen, würde die CNDP wieder die Kontrolle übernehmen.

In den von ihr besetzten Städten ernannte Nkunda neue Bürgermeister, ließ ihm hörige „Polizeieinheiten“ patrouillieren und hielt Ansprachen an die Bevölkerung. Von Plünderungen und groß angelegten Vergeltungsmassnahmen durch die CNDP war hingegen in den letzten Tagen kaum zu hören. Offensichtlich will sich Nkunda als staatsmännischer Verhandlungspartner geben und hofft

darauf, dass es zu Gesprächen mit Kabila kommt. Diese werden mittlerweile von nahezu allen Beobachtern für notwendig erachtet und die UN unternimmt nun auch ernsthafte Bemühungen, Kabila zu überreden, mit Nkunda Kontakt aufzunehmen. Man kann hoffen, dass sich nun die humanitäre Situation verbessert und diplomatische Lösungen in den Vordergrund rücken. Diese scheinen an Nkunda, der eine kaum nachvollziehbare Macht im Osten des Landes aufgebaut hat, nicht vorbeizukommen. Auch in der internationalen Gemeinschaft und der EU werden militärischen Lösungen gerade kaum noch Erfolgsaussichten zugesprochen.

Eine Einschätzung der aktuellen Situation von der Kritischen Online-AG „Neue Kriege“ und „Scheiternde Staaten“ (www.jpberlin.de/online-ag)

China in Afrika: Positive Effekte?

von Andreas Seifert

Der Zugang zu Rohstoffen, so eine verkürzende Aussage, sei die Triebfeder hinter Chinas Afrika-Engagement. Die chinesische Export-Industrie braucht billige Rohstoffe, um die Produktion zu gewährleisten und damit das Wirtschaftswachstum abzusichern, welches die Grundlage des Entwicklungsprojektes ist: die chinesische Bevölkerung aus der Armut zu führen. Als Rohstoffquellen bieten sich viele Länder und Regionen an – aus einer Reihe von Gründen Afrika aber besonders. Einer der ausschlaggebenden Gründe ist, dass Europa und die USA in den letzten 20 Jahren nur geringes Interesse daran gezeigt haben, positiv auf die Entwicklung in Afrika Einfluss zu nehmen. Chinas Regierung bedient sich in Afrika einer Reihe von Instrumenten und Maßnahmen, um ein positives Klima zu schaffen, aus dem heraus die wirtschaftlichen Interessen verfolgt werden können. Der chinesisch-afrikanische Handel ist seit den 90er Jahren stetig gewachsen. Importierte China aus Afrika 1995 für 1,4 Milliarden USD Rohstoffe und Waren, so waren es 2006 bereits 28,7 Milliarden USD – davon über 95% Rohstoffe. Chinas Exporte nach Afrika sind von 2,5 Milliarden (1995) auf 26,7 Milliarden (2006) gestiegen. Im besten Fall, so die Verlautbarungen aus Beijing, verläuft der Handel zum beiderseitigen Vorteil: Alle sollen verdienen und alle sollen sich entwickeln. Dabei überträgt China implizit einen Teil seines eigenen Entwicklungsweges und bringt ihn mit den Wünschen afrikanischer Länder in Einklang.

Wirtschaftshilfe als Entwicklungshilfe

Es ist notwendig unterschiedliche Akteure auf chinesischer Seite zu identifizieren und ihr Agieren auseinander zu halten, um das Entwicklungshilfemodell zu beurteilen. Der chinesische Staat taucht in Afrika vor allem dann direkt auf, wenn Entwicklungshilfe bzw. Wirtschaftshilfe vergeben wird. Entwicklungshilfe wird in Form von konkreten Maßnahmen vergeben – Krankenhäuser, Malariastationen, Präsidentenpaläste – nicht selten, aber eben auch nicht immer, gebaut von chinesischen Bauunternehmen vor Ort. China bietet auch Kredite an, die dann den afrikanischen Regierungen zur Verfügung stehen, um Schritte in der eigenen Ent-

wicklung zu finanzieren. Verwendet werden diese Kredite vor allem für Infrastrukturmaßnahmen, also Straßenbau, den Bau von Dämmen und Kraftwerken, oder auch für Eisenbahnaufbau und die Entwicklung von Industrieparks. Ein afrikanischer Staat bewirbt sich um einen solchen Kredit und es wird ausgehandelt, wie dieser zurückgezahlt wird. Zentrale chinesische Institution hierfür ist die chinesische Export-Import-Bank (Exim), die den Kredit auch verwaltet. Kommt ein Kredit zustande, zahlt die Exim Bank die Rechnungen des Auftragnehmers der Maßnahme – also nicht direkt an den jeweiligen Empfängerstaat. Die Maßnahme (z.B. ein Kraftwerk) geht dann in den Besitz des Landes über und dieses zahlt den Kredit zurück – aus chinesischer Sicht im besten Fall über die Zusicherung von Rohstofflieferungen oder Abbaulizenzen für Rohstoffe (dieses Grundgerüst wird als Angola-Modell bezeichnet). Als Auftragnehmer im Angola-Modell und bei anderen Hilfskrediten kommen neben den Firmen der Länder selbst vor allem chinesische Firmen in Frage: im Schnitt müssen mindestens 70% der Kreditsumme oder der Aufträge an chinesische Firmen vergeben werden.

Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen (auch in den Rohstoffbereich) sind etwas, was Afrika dringend benötigt – und etwas, für das in westlichen Entwicklungshilfetöpfen kaum Volumen ist. So kommt man zum Ergebnis, dass das chinesische Engagement in Afrika in diesen Bereichen durchaus das Potential hat, einen positiven Effekt auf die weitere Entwicklung der Staaten zu nehmen. Lucy Corkin vom Center for Chinese Studies der Universität Stellenbosch, betont allerdings, dass die afrikanischen Staaten noch nicht so ganz wissen, wie sie mit diesem Potential umgehen sollen und so viele Maßnahmen verpuffen.

Keine politischen Bedingungen

Der pragmatische Ansatz der chinesischen Maßnahmen hat aus Sicht vieler afrikanischer Staaten entscheidende Vorteile: sie haben etwas, was als Kern weiterer Entwicklung taugt und sie haben einen langfristigen Partner/Abnehmer ihrer Produkte gefunden. Und (hier könnte die Kritik auch schon beginnen) sie müssen sich nicht vor-

schreiben lassen, wie sie zu regieren haben. Das Fehlen politischer Konditionen bei der Vergabe der Gelder wird in Afrika selbst als Vorteil gesehen. In Europa sieht man dies (in Politik und Presse) durchweg negativ, da mit dieser Maßnahme, so das Credo, Unrechtsregime am Leben erhalten werden und Korruption gefördert wird – gängige Beispiele sind Zimbabwe, Angola und der Sudan. Jeder dieser Fälle zeigt jedoch im Detail, dass der moralisch hohe Standard der westlichen Seite kaum noch von Belang ist, wenn es um günstige Rohstoffe geht (das angolische Öl fließt nach China und in die USA) und dass es der chinesischen Seite nicht prinzipiell darum geht, ein repressives Regime zu stützen.

Der sudanesischer Konflikt entsteht genau an der Nahtstelle von Ressourcenzugriff. Der – größtenteils noch potentielle – Ölreichtum des Landes hat einerseits dazu geführt, dass der Norden und die Gegend um die Hauptstadt eine erstaunliche Entwicklung erlebt haben, andererseits ist das Bedürfnis nach Absicherung dieses Entwicklungsweges gestiegen. Chinesische Ölfirmen, allen voran CNPC, haben im Sudan die Ausbeutung der Ölquellen überhaupt erst ermöglicht und sehen sich nun mit ungelösten alten Konflikten vor Ort konfrontiert. Die Diskussionen um mögliche Sezessionen des Landes betreffen auch ihre Investitionen – CNPC hat allein aus diesem Grund schon kein Interesse an einer sich verschärfenden Bürgerkriegssituation, die in einer Teilung münden kann/wird. Unter diesem Aspekt liegt es nahe, das Regime in Khartoum dahingehend zu beeinflussen, friedliche Lösungen zu erarbeiten, die die Integrität des Landes nicht gefährden.

Sudan als Stellvertreterkonflikt

Chinas Ölfirmen sind nicht zufällig gerade im Sudan aktiv: Die sudanesischen Öl-Quellen sind eine der wenigen Fördergebiete, die nicht bereits unter den großen (westlichen) Ölfirmen aufgeteilt sind. Der Sudan ist also eines der verbliebenen Länder, in die chinesische Ölfirmen überhaupt investieren können. Das konkrete Verhalten von CNPC im Sudan ist kritisch zu beurteilen, denn es sind mitunter Wünsche und Sicherheitsbedürfnisse der Ölfirma, die die vorhandenen Konflikte zu gewaltsamen Gefechten ausarten lassen.

Der westliche Vorwurf, China würde bewusst oder aus Nachlässigkeit die sudanesischen Konflikte verschärfen, begründet sich unter diesem Blickwinkel selbst als durchaus wirtschaftlich motiviert: denn auch der Westen hat Interesse am sudanesischen Öl (Total zahlt für seine ungenutzte Konzession im Sudan jährlich ca. 1,5 Mil-

lionen Euro an Khartum). Der Zerfall des Sudan in mehrere Teilstaaten würde westlichen Interessen mehr dienen, als ein Sudan, der seine territoriale Integrität behält – oder präziser: Der Westen arbeitet im Sudan auf eine Aufspaltung hin um seinen Konzernen den Zugang zu ermöglichen.

Afrika ist unser

In der westlichen Presse gewinnt man Chinas Afrikapolitik wenig Positives ab – unter anderem chinesische Waffendeals erscheinen bar jeder Moral. China und die chinesischen Unternehmen eröffnen dem afrikanischen Kontinent aber eine Alternative zu der an entmündigenden Umstrukturierungsmaßnahmen geknüpften Entwicklungshilfe der westlichen Staaten. Chinas Hilfe ist aber nur scheinbar an wenig Konditionen geknüpft. Einerseits wird mit dem Argument der Nicht-Einmischung keinerlei politische Verantwortung für das Regime übernommen, das China mit seinen Krediten und Hilfeleistungen unterstützt, andererseits wird implizit erwartet, dass wenn ein Land sich mit chinesischen Firmen (und damit dem Staat)



Gemessen am Finanzvolumen ist China kein nennenswerter Waffenhändler in Afrika, verglichen mit europäischen und amerikanischen Firmen. Chinesische Waffen sind dennoch gerade in den afrikanischen Konflikten von immenser Bedeutung, gerade weil ihr technologisches Niveau gering ist. Handfeuerwaffen sind im Vergleich zu Raketen, Panzern und Flugzeugen billig und universell einsetzbar. Chinas Exportbestimmungen sind lax und Waffenhandel (auch im kleinen Umfang) stellt für den Militärisch-Industriellen-Komplex und die Regierung in erster Linie einen Handel dar.

Foto links übernommen aus der Epoch Times (Onlineausgabe): Ein sudanesischer Zollbeamter kontrolliert Seriennummern von AK-47-Gewehren in El-Fasher. Foto: Marco Longari

einlässt, es auch die chinesischen Spielregeln übernimmt: und diese sind kapitalistisch. Die eingangs unterstellte Situation von beiderseitigem Gewinn realisiert sich nur dann, wenn die afrikanischen Staaten wissen, was sie von China wollen.

Das chinesische Engagement hat Afrika eine neue Aufmerksamkeit auch im Westen beschert und wirkt so als Treibsatz für die weitere Entwicklung – und vielleicht auch für zukünftige Konflikte.

KIT - Keine Militärforschung in der neuen Karlsruher Großforschungseinrichtung

Dokumentation der Pressemitteilung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald

Die Gewerkschaft ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald fordert aus gegebenem Anlass, im Gesetz für das Karlsruher Institut für Technologie (KIT), mit dem die Fusion der Großforschung von Universität und Forschungszentrum Karlsruhe geregelt werden soll, die Beschränkung auf ausschließlich zivile Forschungszwecke festzuschreiben. In der Satzung des Forschungszentrums heißt es von Beginn an, dass die Forschung ausschließlich friedlichen Zwecken dient (Zivilklausel). Diese Beschränkung für den gesamten Bereich der atomaren und kerntechnischen Großforschung der Bundesrepublik ist die historische Konsequenz aus dem Naziregime. Für Generationen von Forscherinnen und Forschern ist es zur Selbstverständlichkeit geworden, auf diese Weise ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und ihre schöpferischen Kräfte nur nützlichen, zivilen Zwecken zu widmen.

Wie Wolfgang Eppler, Betriebsratsvorsitzender des Forschungszentrums, mitteilt, seien Versuche der Forschungsadministration in früheren Jahren, die Forschungsziele mit militärischen Zwecken zu vermischen („dual use“), von den WissenschaftlerInnen entschieden zurück gewiesen worden. In einem Symposium im

April über die Zukunft der wissenschaftlichen Mitbestimmung sei in Anwesenheit des Vorstands klar gestellt worden, dass die Zivilklausel auch für die KIT-Großforschung Gültigkeit behalten soll. In der Universität gibt es eine derartige Klausel nicht. Der Personalrat der Universität würde die Aufnahme einer Zivilklausel in das KIT-Gesetz begrüßen.

Wie aus einer Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE hervorgeht, versuchen Bundes- und Landesregierung die Festschreibung einer Zivilklausel in das KIT-Gesetz mit zwei Argumentationsmustern zu umgehen:

- a) Die Klausel sei ohnehin Voraussetzung für das KIT.
- b) In der Sicherheitsforschung sei häufig eine Trennung von Zivil- und Militärforschung schwer zu bewerkstelligen („dual-use“-Projekte).

Der ver.di-Fachbereich erklärt dazu, dass allein dieser Widerspruch die Notwendigkeit belegt, diese wichtige Voraussetzung im KIT-Gesetz zu regeln.

Jürgen Ziegler, ver.di-Geschäftsführer, sieht in der Zivilforschungstradition der beiden Forschungspartner angesichts der eher wachsenden Rolle von Wissenschaft und Forschung bei der verantwortlichen

Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung ein großes Glück. Die aktuellen außenpolitischen Entwicklungen (Afghanistan) bewiesen erneut, dass mit militärischen Mitteln weder Sicherheit noch Frieden geschaffen werden. Sie gemahnen immer gebieterischer, Konflikte ausschließlich mit zivilen, wirtschaftlichen und humanitären Mitteln zu lösen. Dazu brauche man gerade solche WissenschaftlerInnen, die im Umfeld der Zivilforschung groß geworden sind und denen es nicht gleichgültig ist, für welche Zwecke ihre Forschungsergebnisse verwendet werden.

ver.di appelliert an die Bundesregierung, das Bundesforschungsministerium und die Landesregierung Baden-Württemberg dafür zu sorgen, dass die Zivilklausel in das KIT-Gesetz übernommen wird. Sie appelliert an die Bundestags- und Landtagsabgeordneten, sich dieser Forderung anzuschließen und auf Umsetzung zu drängen. Die demokratische Öffentlichkeit wird aufgefordert, sich einzumischen.

Die KIT-Forschung muss der gesellschaftlichen Vorsorge gewidmet sein, und nicht Militär, Krieg und Vernichtung!

Dokumentation / ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald

Bericht des IMI-Kongresses 2008:

Kein Frieden mit der NATO!

Zum mittlerweile elften Mal fand am 8./9. November in Tübingen der alljährliche Kongress der Informationsstelle Militarisierung (IMI) statt. Insgesamt über 150 Menschen beschäftigten sich dort mit dem Thema „Kein Frieden mit der NATO!“

Das Thema wurde vor allem mit Blick auf den im April 2009 anstehenden NATO-Gipfel in Straßburg und Baden-Baden gewählt, bei dem das Bündnis sein 60jähriges Bestehen zelebrieren will. Ziel des Kongresses war es, zur Mobilisierung für die Gegenproteste beizutragen: Einmal, indem mit einer detaillierten Auseinandersetzung die Kritik an der NATO inhaltlich unterfüttert werden sollte. Andererseits, indem Ideen und Ansätze für die Mobilisierung präsentiert wurden. Der vorliegende Bericht soll einen kurzen Überblick über die Hauptthemen des Kongresses bieten. Für ausführlichere Informationen und als Material für die Mobilisierung wird eine erweiterte Dokumentation des Kongresses bis Januar 2009 erstellt (Vorbestellungen: imi@imi-online.de).

Die Waffe des Westens – Strukturen und Strategien der NATO

Tobias Pflüger, Vorstand der IMI, gab zu Beginn des Kongresses einen Überblick über die Geschichte und die Struktur der NATO. „Die NATO ist ein Bündnis, das ein zentrales Ziel verfolgt: Krieg zu führen.“ Seit Ende des Kalten Krieges habe sich die NATO auf allen Ebenen, sowohl was ihre Strategie, Struktur als auch Einsatzpraxis angeht, von einem – wenigstens formal – auf Landesverteidigung ausgerichteten Bündnis in eine immer aggressiver auftretende, global agierende Militärallianz verwandelt, so Pflüger. Obwohl die NATO im Austausch für den Beitritt des wiedervereinigten Deutschland seinerzeit versprochen habe, sich nicht in Richtung Russland auszudehnen, fanden bislang zwei Erweiterungsrounds um zusammen 10 Staaten statt. Die dritte Erweiterungsrounde um Kroatien und Albanien werde noch im Jahr 2009 stattfinden, und selbst der Ukraine und Georgien sei auf dem Gipfeltreffen im April 2008 eine Beitrittssper-

pektive eröffnet worden. Darüber hinaus sei mit der Ausrichtung auf Auslandsinterventionen bereits in den 90er Jahren begonnen worden. Im Jahr 2002 sei darüber hinaus die Aufstellung einer NATO-eigenen Schnellen Eingreiftruppe (NATO Response Force) beschlossen worden.

Mit ihrem Strategischen Konzept von 1999 und dem nahezu zeitgleich erfolgten Angriffskrieg gegen Jugoslawien habe die Allianz endgültig den Rubikon überschritten, indem sie untermauerte, weltweite Militärinterventionen auch ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates durchführen zu wollen. Der nächste Dambruch stehe jedoch kurz bevor. Noch 2009 solle ein neues Strategisches Konzept verabschiedet werden. Der derzeit wichtigste Vorschlagskatalog, den u.a. der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Klaus Naumann, ausgearbeitet hatte, sei ein wahrer „Horror katalog“, so Pflüger: „Von der Forderung nach atomaren Präventivschlägen über Drohungen gegen Russland und die OPEC-Staaten bis hin zu zahlreichen anderen Vorschlägen zur Verschärfung des NATO-Kriegskurses findet sich dort alles, was das Militaristenherz begehrt.“

Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung in Afghanistan: Prototyp einer neuen NATO-Strategie

Jürgen Wagner, Vorstand der IMI, widmete sich dem NATO-Engagement in Afghanistan. Bei dem von der NATO geführten ISAF-Einsatz handele es sich um einen für das Bündnis essentiellen Einsatz, da Erfolg oder Misserfolg des Einsatzes über die Zukunft der NATO entscheiden würde. Die Eskalation des Konfliktes, die nicht vorhandenen Fortschritte in Bereichen der Armutsbekämpfung, Bildung etc. und die damit zusammenhängende zunehmende Ablehnung der Präsenz der NATO-Truppen innerhalb der afghanischen Bevölkerung würden jedoch zeigen, dass der Einsatz de facto längst gescheitert sei. „Die westlichen Truppen sind Teil des Problems, nicht der Lösung. Anstatt aber den sofortigen Abzug einzuleiten, eskaliert die NATO und Deutschland den

Krieg an allen Fronten.“ Nicht zuletzt die hohe Zahl an Zivilopfern trage dabei zum Erstarken des Widerstands bei, weshalb die Aufstandsbekämpfung immer stärker zum Operationsschwerpunkt des NATO-Einsatzes werde. Hierfür werde auf eine völlig neue Form der Kriegführung zurückgegriffen, die künftig in allen ähnlich gelagerten Einsätzen praktiziert werden solle und in Afghanistan prototypisch erprobt werde. Durch die Integration ziviler Akteure sei es das Ziel, eine Effektivierung der Besatzung zu erreichen, indem deren Kapazitäten u.a. auch zur Unterstützung der Aufstandsbekämpfung nutzbar gemacht würden. „Diese zivil-militärische Zusammenarbeit hat fatale Folgen: Humanitäre Helfer verlieren ihre politische Neutralität und werden dadurch in den Augen der afghanischen Bevölkerung zu Kollaborateuren der Besatzungstruppen. Anschläge auf zivile Akteure häufen sich derart, dass sich viele Hilfsorganisationen bereits aus dem Land zurückziehen mussten. Deshalb ist es wirklich Besorgnis erregend, dass die zivil-militärische Aufstandsbekämpfung gegenwärtig auf NATO-Ebene als zentrale Einsatzpraxis institutionell verankert wird“, so Wagners Fazit.

Die Kolonialpolitik der NATO auf dem Balkan

Christoph Marischka, Vorstand der IMI, beschrieb das andauernde Engagement der NATO auf dem Balkan. Hier betonte er besonders die Rolle der NATO-Ausbildungseinrichtungen und des Programms Partnership for Peace. Für Bosnien, den Kosovo und Mazedonien beschrieb er die von der NATO durchgeführten Sicherheitssektorreformen, die die jeweiligen Staaten langfristig an die NATO binden, und den Einfluss der NATO bzw. ihrer Mitglieder auf die Ausgestaltung der Verwaltungen und Sicherheitsinstitutionen der Staaten. Durch eine „imperiale Militärbürokratie“ einerseits und handfeste Angriffskriege andererseits habe die NATO den Balkan vereinnahmt, mit eigenen Stützpunkten überzogen und die Armeen der neuen Staaten für zukünftige Interventionen zugerichtet. So hätten sich fast alle Staaten, die in



Gut besucht - Plenum im Schlatterhaus

den letzten Jahren der NATO beigetreten sind, an den Kriegen in Afghanistan und Irak beteiligen müssen, die South Eastern Europe Brigade, bestehend aus Einheiten aus Albanien, Bulgarien, Griechenland, Italien, Mazedonien, Rumänien und der Türkei übernahm 2006 die Multinationale Brigade der ISAF in Kabul. Jährlich müssen die Beitrittskandidaten Berichte vorlegen, in denen Budget, Struktur und Anschaffungen ihrer Armeen dargelegt und von der NATO beurteilt werden. Darüber hinaus bemüht sich die NATO auch in zivile Bereiche hinein Einfluss zu nehmen. In Bereichen des Katastrophenschutzes über die Kriminalitätsbekämpfung bis hin zur Banken- und Sozialpolitik organisiert sie den Austausch von regionalen, westeuropäischen und US-amerikanischen Politikern und Militärs.

Kameraden im Kaukasus: NATO und EU im Schulterschluss für eine neue Weltordnung

Martin Hantke, Beirat der Informationsstelle, ging zunächst darauf ein, warum Georgien aus der Sicht des Westens ein „geopolitisches Filetstück“ darstelle. Über Georgien sei es möglich den eurasischen Handel mit Waren und vor allem Energielieferungen unter Umgehung Russlands und des Iran abzuwickeln. Vor allem auf-

grund der wachsenden Abhängigkeit von russischen Gastransporten wolle die Europäische Union unter allen Umständen eine Pipeline (Nabucco) verlegen, die das bisherige russische Monopol über die westeuropäische Gasversorgung brechen und die u.a. über Georgien verlaufen soll. Aus diesem Grund seien sowohl NATO als auch die EU an einer Einbindung Georgiens interessiert und hätten deshalb auch einseitig Stellung gegen Russland bezogen. Den Krieg habe eindeutig Georgien angefangen, wie auch der OSZE-Bericht über den Ausbruch der Kampfhandlungen belege. Umso frappierender sei die Einseitigkeit, mit der anschließend in den USA und Washington nahezu ausschließlich Russland für seine militärische Reaktion kritisiert worden sei, ohne dass die vorangegangene georgische Aggression überhaupt groß erwähnt worden sei.

Dabei seien die NATO-Staaten durch die Aufrüstung Georgiens mitverantwortlich für den Ausbruch des Krieges. Zudem habe die NATO durch die Entsendung von Schiffen ins Schwarze Meer mittlerweile auch noch ihre Präsenz in der Region ausgebaut.

Die in der EU-Bürokratie und den westlichen Medien vorherrschenden anti-russischen Darstellungen seien geeignet, die

notwendigen Feindbilder für einen „Neuen Kalten Krieg“ aufzubauen. Dieser habe mit der strategischen Einkreisung Russlands, u.a. im Zuge der NATO-Osterweiterung und des Krieges in Afghanistan, längst begonnen. Die Ankündigungen, am NATO-Beitritt Georgiens festhalten zu wollen, gieße weiteres Öl ins Feuer, weshalb mit zunehmenden Konflikten in unmittelbarer Nähe Russlands zu rechnen sei. „Der Verlauf des Krieges im Kaukasus und die anschließenden Reaktionen der USA und der EU sind äußerst Besorgnis erregend. Ich bewerte das wirklich als den endgültigen Startschuss für einen Neuen Kalten Krieg“, so Hantkes Fazit.

Kanonensboote und Piraten: Die NATO als Seemacht

Den zweiten Tag des Kongresses eröffnete Claudia Haydt, Vorstand der IMI, mit einem Vortrag über die Bedeutung der NATO als Seemacht. Die Präsenz von Marine – nicht nur der NATO, sondern auch der EU-Staaten und der USA – in den Weltmeeren werde zunehmend mit der Bekämpfung von Piraten gerechtfertigt. Sie stellte jedoch heraus, dass die Marine wenig geeignet sei, dieses Problem zu lösen und dass die Interessenslage eine ganz andere sei. Es gehe vor allem um die militärische Absicherung von so genannten Nadelöh-

ren, die für die Versorgung der westlichen Welt von strategischer Bedeutung sei. Dies zeigte Haydt am Beispiel Somalias, das an einem wichtigen Tankernadelöhr, dem Golf von Aden, liegt. Nachdem es dort vermehrt zu Piratenüberfällen kam, hätten sowohl die NATO (Standing Maritime Group-2) als auch die Europäische Union (mit der Mission Atalanta) beschlossen, Kriegsschiffe in die Region vorgeblich zur Pirateriebekämpfung zu entsenden. Haydt warnte aber davor, dieses Argument unkritisch zu übernehmen: „Das Piraterieproblem ist zu einem großen Teil hausgemacht. Als der somalische Staat - nicht zuletzt wegen der Strukturanpassungsprogramme des IWF – vollkommen zusammenbrach, entließ er seine komplette Küstenwache. Dies hatte zur Folge, dass europäische Fangflotten die komplette Region leerräumten und so den örtlichen Fischern ihre Lebensgrundlage raubten. Aus ehemaligem Personal der Küstenwache und Fischern setzen sich die Piraten größtenteils zusammen. Wer also effektiv etwas zur Pirateriebekämpfung tun will, könnte an diesen sozialen Ursachen des Problems ansetzen. Stattdessen wird, wie so häufig, auf die militärische Karte gesetzt.“

Haydt machte in ihrem Beitrag noch auf einen weiteren Aspekt aufmerksam. In naher Zukunft würden im Rahmen des neuen Seerechtsabkommens große Teile der Weltmeere und die dort vermuteten Rohstoffe verschiedenen Staaten zugesprochen. Dabei gebe es teils konkurrierende Gebietsansprüche, was zur Folge habe, dass Länder im Vorgriff auf zu erwartende Auseinandersetzungen Militärschiffe entsenden und damit Claims abstecken würden. „Militärische Präsenz schafft Fakten“, kommentierte Haydt diese Entwicklung.

Schild und Schwert: Aggressive Atompolitik und Raketenabwehr der NATO

IMI-Beirat Arno Neuber verwies zunächst darauf, dass die Nuklearpolitik der NATO schon immer offensiv ausgerichtet gewesen sei und das Bündnis während des Kalten Krieges stets mit etwas zeitlicher Verzögerung die Doktrin der Vereinigten Staaten übernommen habe. Dies sei insofern besonders bedenklich, da Washington mit der im Jahr 2002 veröffentlichten Nuclear Posture Review eine aggressive Neuausrichtung ihrer Atomdoktrin vorgenommen hätte: vorgesehen seien dort Atomschläge gegen „Schurkenstaaten“, aber auch Russland und China werden als potenzielle Gegner benannt. Das Ziel sei die Eskalationsdominanz, man wolle potenziell gegenüber diesen beiden Großmächten erstschlagsfähig sein. Aus diesem Grund habe man auch den ABM-Vertrag gekün-

dig, der Raketenabwehrschilde verbietet. Das Restrisiko, dass nach einem Erstschlag einige russische Waffen übrig bleiben könnten, will man mit der Raketenabwehr weiter minimieren. „Dadurch wären Moskau und China atomar unterfütterten Erpressungsversuchen Washingtons nahezu hilflos ausgesetzt, weshalb sie derzeit beide versuchen, ihr Arsenal massiv aufzurüsten, um auch weiter über ein Abschreckungspotenzial zu verfügen. Diese Rüstungsspirale geht auf das Konto der USA“, so Neuber. Auch die NATO werde in ihrer Atompolitik immer aggressiver. Das bereits im ersten Vortrag von Tobias Pflüger angesprochene Grundsatzpapier von General Naumann plädiere für eine atomare NATO-Erstschlagdoktrin. Darüber hinaus plane auch die NATO den Aufbau einer umfassenden Raketenabwehr, zusätzlich zu den ohnehin schon anvisierten US-Installationen in Osteuropa. Die NATO habe hierfür bereits eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die im Jahr 2006 veröffentlicht wurde und eine Raketenabwehr für machbar halte. Auf dieser Grundlage sei auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 beschlossen worden, die Pläne für den Aufbau eines NATO-Schildes voranzutreiben. „Es ist vollkommen absurd, dass diese Machbarkeitsstudie ausgerechnet von einem Konsortium aus Rüstungskonzernen erstellt wurde, die naturgemäß ein großes Interesse an der Realisierung eines solchen Projektes haben. Dass deren Ergebnisse darüber hinaus auch noch geheim gehalten und damit nicht überprüft werden können, riecht danach, dass hier einmal mehr den Rüstungskonzernen gigantische Summen in die Taschen gespült werden sollen – die Rede ist von Kosten in Höhe von bis zu 40 Mrd. Euro“, so Neuber.

Lokale Einrichtungen für globale Kriege: Kein Friede mit der NATO in Deutschland

Das abschließende Plenum mit einem Vertreter des „Regionalen Aktionsbündnisses gegen den NATO-Gipfel“, Jens Rüggeberg vom Friedensplenum Tübingen, Tobias Pflüger und Franz Iberl vom Münchener Friedensbündnis war zweiteilig. Im ersten Teil sollte gezeigt werden, dass es in vielen Städten NATO-Einrichtungen gibt, die sich hervorragend zur Mobilisierung eignen. Als Beispiele benannte Tobias Pflüger folgende Einrichtungen: das US-EUCOM in Stuttgart-Vaihingen, das auch innerhalb der NATO eine wesentliche Rolle spielt, die NATO-AWACS-Militärbasis in Geilenkirchen, der von der EU, der NATO und den USA für ihre Militäreinsätze umfangreich genutzte „zivile“ Flughafen Halle/Leipzig

und das im südbadischen Müllheim beheimatete Eurokorps, das insbesondere von der NATO als NATO Response Force genutzt wird. Franz Iberl ging auf die NATO-Schule Oberammergau und das George-Marshall-Center in Garmisch ein, die als Schulungs- und Denkzentren wichtige Bedeutung für die NATO-Politik haben. „Brutstätten für autistische Parallelwelten“ nannte Iberl diese Einrichtungen, die ein weltweites Netzwerk von NATO-Angehörigen und politischen Entscheidungsträgern bilden. Jens Rüggeberg beschrieb die neu ausgebaute NATO-Pipeline, die bundesweit durch viele Landkreise verläuft, symbolträchtig auch von Tübingen nach Kehl. „Kein Krieg ohne Sprit, kein Frieden ohne Unterbrechung der Spritzzufuhr“, so Rüggebergs Aussage verbunden mit dem Vorschlag, Friedensgruppen entlang der Pipelinestrecke sollten sich miteinander vernetzen.

Nachdem mit dem ersten Teil Anregungen für kleinere Protestaktionen bei den jeweiligen NATO-Einrichtungen gegeben wurden, widmete sich der zweite Teil des Plenums den Vorbereitungen für den Protest zum NATO-Gipfel in Straßburg und Baden-Baden. Ein Vertreter des „Regionalen Aktionsbündnisses gegen den NATO-Gipfel“ berichtete über den Stand der Vorbereitungen in Kehl, das zwar nicht mehr als Veranstaltungsort des NATO-Gipfels, aber aufgrund der Nähe zu Straßburg Ort für das Camp der Gipfel-Gegner sein wird. Tobias Pflüger berichtete über den Stand der deutschlandweiten und internationalen Vorbereitungen des Protestes. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, wie wichtig es ist, dass die unterschiedlichen Spektren in der Friedens- und Antimilitaristischen Bewegung und darüber hinaus gemeinsame Aktionen zustande bringen. Es wurde angeregt, Gewerkschaften und die Kirchen in die Vorbereitung einzu beziehen. Auch wurde die Notwendigkeit unterstrichen, anderen linken Gruppen, die sich nicht hauptsächlich mit Themen wie Krieg, Frieden und Militär beschäftigen, die Bedeutung der NATO auch für Themen wie Umweltschutz, Welthandel, Repression und den Schutz von Menschenrechten zu vermitteln. Als wichtige Etappen bei der Vorbereitung auf die Proteste gegen den NATO-Gipfel im März 2009 wurden die internationale Aktionskonferenz am 14. und 15. Februar in Strassburg sowie die Aktivitäten im Rahmen der NATO Sicherheitskonferenz am Wochenende davor unterstrichen.

Versammlungsgesetz: Der Staat geht in die Offensive

Baden-Württemberg plant ein neues Versammlungsgesetz, welches voraussichtlich irgendwann zu Beginn des Jahres 2009 in Kraft treten soll. Ziel ist es, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit stark einzuschränken. Offiziell lautet die Begründung, man wolle Neonazis bekämpfen. Das stimmt jedoch nicht: Das neue Versammlungsrecht schadet jedem, der sich bezüglich der Gestaltung von Politik, Gesellschaft und Kultur aktiv einbringen möchte. Im Folgenden einige der wichtigsten Änderungen, die, so die Einschätzung der KritikerInnen, oftmals als grundgesetzwidrig einzuschätzen sind:

Das neue Versammlungsrecht soll auch für Versammlungen in geschlossenen Räumen gelten. Das erscheint als grundgesetzwidrig: Für Versammlungen in geschlossenen Räumen ist nach dem Grundgesetz eine mögliche Einschränkung durch ein Versammlungsgesetz eigentlich nicht vorgesehen. Somit wird es der Polizei aber zukünftig erlaubt sein, auch bei Versammlungen in geschlossenen Räumen präsent zu sein und die TeilnehmerInnen in ihren politischen und sozialen Aktivitäten einzuschüchtern und zu hemmen.

Die neue Definition von Versammlung stellt quasi jegliche politische Betätigung unter eine obrigkeitstaatliche Meldepflicht: „§ 2 Begriffsbestimmungen, Absatz 1: Eine Versammlung im Sinne dieses Gesetzes ist eine ortsfeste oder sich fortbewegende Zusammenkunft von mindestens zwei Personen zur gemeinschaftlichen, überwiegend auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung.“ Damit besteht auch die Möglichkeit der Ordnungsbehörden jegliche von Ihnen unerwünschte politische Betätigung mit Auflagen und Verboten zu behindern und zu unterdrücken.

Mit neuen und viel zu weitreichenden Verantwortungen sollen die Veranstalterin oder der Veranstalter in die Rolle der Hilfspolizei gedrängt werden. Er/Sie muss z.B. dafür garantieren, dass keine Gewalttätigkeiten aus der Demo heraus begangen werden. Geschieht dies doch, darf die Polizei die Demonstration sofort auflösen. In der Konsequenz könnten Versammlungen durch Gegner bzw. Störer unter den TeilnehmerInnen durch gewalttätiges Auftreten „gesprengt“ werden. Diese Regelung erscheint ebenfalls als verfassungswidrig,

denn das Bundesverfassungsgericht stellte dazu schon einmal fest:

„Würde unfriedliches Verhalten Einzelner für die gesamte Veranstaltung und nicht nur für die Täter zum Fortfall des Grundrechtsschutzes führen, hätten diese es in der Hand, Demonstrationen „umzufunktionieren“ (...); praktisch könnte dann jede Großdemonstration verboten werden, da sich nahezu immer „Erkenntnisse“ über unfriedliche Absichten eines Teiles der Teilnehmer beibringen lassen.“ (BVerfGE 69, 315 [319])

Zusätzlich soll das frühere Uniformverbot nun zu einem schwammigen „Milizverbot“ ausgeweitet werden. Ihm zufolge dürfen keine Handlungen mehr getätigt oder Klei-

dung getragen werden, die „geeignet ist, den Eindruck der Gewaltbereitschaft zu vermitteln, die Bevölkerung einzuschüchtern und den öffentlichen Frieden zu stören.“ (siehe §7). Das Feststellen dieses subjektiven Tatbestandes bleibt der Polizei überlassen. Vor allem Gewerkschaften weisen darauf hin, dass Streikposten oftmals auch einschüchternd wirken können (Einheitliche Kleidung, Fahnen, stehen am Werkstor). Zusätzlich hat die Polizei im neuen Gesetz überall auf Demonstrationen das Recht zu filmen, zu kontrollieren, TeilnehmerInnen anzuhalten und zu befragen. Ebenfalls problematisch, aber nicht nur aus datenschutzrechtlicher Perspektive, ist die zukünftige Pflicht der/des VersammlungsleiterIn OrdnerInnen mit persönlichen Daten im Vorhinein zu melden. Die Ordnungsbehörden überprüfen diese OrdnerInnen und können sie gegebenenfalls ablehnen. Was mit den abgegebenen Daten passiert ist unklar.

Das geplante Versammlungsgesetz ist kein Einzelfall, sondern steht vielmehr im Kontext einer ganzen Reihe von Gesetzen, die der Überwachung und Bespitzelung dienen - wie z.B. die Online-Durchsuchung, der Lauschangriff oder das bisher abgewehrte BKA-Gesetz. Auch ist Baden-Württemberg kein Einzelfall. Ein ähnliches Gesetz wurde unter großen Protesten sehr breiter gesellschaftlicher Bündnisse dieses Jahr schon in Bayern verabschiedet. Auch Niedersachsen plant eine Gesetzesänderung.

Zusammengenommen deutet dies darauf hin, dass es verstärkte Bestrebungen innerhalb der Landes- und Bundespolitik gibt, auf große Protestbewegungen repressiv zu antworten. Veranstaltungen wie der G8-Gipfel, die Sicherheitskonferenz in München, regelmäßige Castortransporte oder der anstehende NATO-Gipfel in Straßburg und Baden-Baden sorgen für großen Widerspruch zur herrschenden Politik. Diese versucht sich mit immer umfangreicheren Einschränkungen von Grundrechten zur Wehr zu setzen.

Tobias Kaphegyi

JA ZUR VERSAMMLUNGSFREIHEIT
NEIN ZUR VERSCHÄRFUNG DES
VERSAMMLUNGSGESETZES

DEMONSTRATION AM
6. DEZEMBER 2008, 14 UHR,
STUTTGART-HBF
(LAUTENSCHLAGERSTRASSE)

www.versammlungsrecht2009.tk



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154